



# Politische Berichte

Nummer 12 / 13. Jahrgang

5. Juni 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Fortsetzung der Diskussion um den Bundeshaushalt 93. CDU: Berliner Wahlergebnis ist ein „Schlag ins Kontor“

## Erst gegen Arbeitslose, jetzt gegen Kranke

Die mit dem Waigel-Vorschlag einer Einstellung aller Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit gestartete Haushaltsdiskussion der christlich-liberalen Regierung geht weiter. Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Merkel hat als „Alternative“ zur Streichung von ABM-Stellen in den Ost-Ländern ihren Vorschlag erneuert, als Bemessungsgrundlage für die ABM-Gehälter im Osten statt 100 % nur 80 % der vergleichbaren Tariflöhne zugrunde zu legen. Die Wirkung auf den Arbeitsmarkt wäre im wesentlichen dieselbe wie bei Streichung der ABM-Stellen: Weitere Zunahme der absoluten Armut, mithin weiter zunehmender Zwang für die Lohnabhängigen in den Ost-Ländern, sich (West-)Kapitalisten zu von diesen diktierten Löhnen und Arbeitsbedingungen ohne großen Widerstand anzubieten. Der Unterschied: Ein Teil der ABM-Stellen bliebe erhalten, während die Bundesanstalt für Arbeit erstmals Zahlungen nicht mehr in Abhängigkeit zum vollen Tariflohn gestalten dürfte.

Zu diesem Angriff über den Arbeitsmarkt will die Bundesregierung nun einen zweiten Angriff starten: auf die Kranken. Noch bevor aus den Beratungen über den Bundeshaushalt 1993 weitere Einzelheiten verlauten, werden aus dem Gesundheitsministerium immer neue Einschränkungen in der Krankenversicherung bekannt. Geplant ist u.a. eine generelle Beteiligung von Kranken an allen Medikamenten in Höhe von 10 % des Medikamentenpreises. Die „Selbstbeteiligung“ von Kranken an den Kosten des Krankenhausaufenthalts (bisher 14 Tage lang täglich 10 DM) soll künftig für die gesamte Dauer des Krankenhausaufenthaltes verlangt werden. Die Ausgaben der Krankenkassen für Krankenhausaufenthalte sollen künftig nicht stärker steigen als Löhne und Gehälter. Steigender Krankenstand, längere Krankheitszeiten infolge der insgesamt weiter verschlechterten Gesundheit der lohnabhängigen Bevölkerung haben bei dieser Konstruktion zur Folge, daß der Rationalisierungsdruck auf die Krankenhäuser noch schärfer, die Behandlung von Krankenhauspatienten entsprechend nicht besser, sondern noch schlechter wird. Das wird vor allem bei den höheren Gehaltszonen die Flucht in die private Krankenversicherung weiter vorantreiben, während für Bezieher niedriger Einkommen die Krankenversorgung noch schlechter wird. Vor allem alte Leute, chronisch Kranke und Lohnab-

hängige mit niedrigen Einkommen, die wegen gesundheitsschädlicher, schwerer Arbeit, schlechter Wohnung und Ernährung häufig krank werden, werden von dem neuerlichen „Kostendämpfungspaket“ am härtesten getroffen.

Während so die Diskussion um die „Haushaltssanierung“ bzw. die „Kosten der Einheit“ ungebrochen reaktionär weitergetrieben wird, sind die Spekulationen über eine mögliche große Koalition auffällig leiser geworden. Der Grund dafür dürfte das Ergebnis der Berliner Wahlen sein. „Das Berliner Wahlergebnis war für die Bonner Koalitionsparteien CDU und FDP ein Schlag ins Kontor“, berichtet beispielsweise die Welt am 26. Mai. Die Tatsache, daß die PDS im Osten Berlins doppelt so stark wie die „Kanzlerpartei“ CDU geworden ist und fast genauso stark wie die SPD, hat zahlreiche Spekulationen über den Haufen geworfen. Die reaktionäre Hoffnung, die PDS bald vernichtet zu haben, ist hin. Ebenso die Erwartung der SPD, von einer Vernichtung der PDS mit Zugewinnen im Osten profitieren zu können. Eine große Koalition in Bonn wäre unter diesen Umständen im Anschlußgebiet mit einem zunehmend fester werdenden Widerstand, angeführt von einer stabilisierten PDS, konfrontiert. Und das in einer Lage, wo der vielbeschworene „Aufschwung“ im Osten immer offensichtlicher ausbleibt, die

Zerstörung von Betrieben und die damit verbundene soziale Verelendung der früher dort Beschäftigten dagegen immer weitergeht.

Diese Aussicht hat fürs erste die Spekulationen um eine große Koalition verstummen lassen, wenngleich die Überlegungen, die PDS und andere Kräfte des Widerstands sowohl im Anschlußgebiet wie im Westen zu schwächen und zu vernichten, eher noch heftiger weitergehen.

Entsprechend reaktionär fielen denn auch die Ergebnisse des „Gipfeltreffens“ der SPD mit den Regierungsparteien wenige Tage nach den Berliner Wahlen aus. So wird die SPD parallel zur Ratifizierung der Beschlüsse des Maastrichter EG-Gipfels einer Verfassungsänderung zustimmen, die die Übertragung weiterer Kompetenzen der Bundesländer an die EG-Kommission bzw. EG-Ministerräte erlaubt. Beim Asylrecht ist ein Einschwenken der SPD auf eine Verfassungsänderung nur noch eine Frage der Zeit, und auch bei der „Reform der Bundeswehr“ kündigte die SPD bei dem Treffen mit Union und FDP „Mitwirkungsbereitschaft“ an. Faktisch ist damit gemeint die Vorbereitung für erste militärische Einsätze der Bundeswehr im Ausland!

Im finanzpolitischen Bereich vereinbarten alle vier Parteien eine weitere Finanzspritze für die großen Konzerne: Die Investitionszulage von 12 %, die die

Konzerne zusätzlich zu den extrem günstigen Abschreibungsbedingungen und der Befreiung von Gewerbe- und Vermögenssteuer im Osten kassieren und die im Sommer ausgelaufen wäre, soll verlängert werden — bis 1993, so die SPD, bis 1995, so die FDP. Gleichzeitig nähern sich SPD, Union und FDP auch beim Thema weitere „Unternehmenssteuerreform“. Der neue Wirtschaftsminister der großen Koalition in Baden-Württemberg, Spöri (SPD), propagiert bereits eine Senkung des Spitzensteuersatzes für Unternehmen um 10 Prozentpunkte.

Ermuntert durch so viel Regierungs- und Konzernverbundenheit der SPD hat Finanzminister Waigel mit einem weiteren Vorschlag aufgewartet: Nach Ablauf des „Solidaritätszuschlags“ auf Lohn- und Einkommenssteuer Ende Juni sollten Regierung, Gewerkschaften und Kapitalisten einen „Solidaritätspakt“ abschließen. Hauptinhalt: Zwei Jahre lang sollen die Tariflöhne maximal um die Teuerungsrate angehoben werden. Bei der geltenden Steuerprogression und den zahlreichen Kosten der Lohnabhängigen, die nicht oder nur ganz unzureichend in die Teuerungsrate eingehen, wäre das faktisch eine zweijährige Reallohnsenkung für die Masse der Lohnabhängigen.

Quellen: Die Welt, 26.5. und 2.6., Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.6.92 — (rül)

### Behinderte: Mehr Rechte!

Am 5. Mai protestierten europaweit Selbsthilfegruppen gegen die Diskriminierung Behinderter (Bild: Heidelberg). Sie fordern: „Behinderte Menschen müssen mit ... einklagbaren Rechten ausgestattet werden ...“ In Artikel 3 GG müsse aufgenommen werden, daß niemand „wegen seiner körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung benachteiligt ... werden“ darf. aus: Informationsdienst Gesundheitspolitik 12/92 — (rül, Bild: anf)



### „Für das Leben und die Freiheit der Gefangenen“

„Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen“ — unter dieser Losung findet am 20. Juni in Bonn eine bundesweite Demonstration zur Unterstützung der politischen Gefangenen statt. Im Aufruf heißt es: „Wir wollen nach Bonn gehen, um von der Regierung zu fordern, die Weichen für eine politische Lösung für alle politischen Gefangenen zu stellen. Das heißt, die Freilassung aller politischen Gefangenen zu entscheiden und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, daß die Gefangenen in einem überschaubaren Zeitraum rauskommen. Erste Schritte dazu sind, daß die haftunfähigen Gefangenen Bernd Röbner, Günter Sonnenberg, Isabel Jacob und Ali Jansen sofort freigelassen werden. Ute Hladki und Angelika Goder müssen draußen bleiben, weil sie haftunfähig sind. Für alle anderen Gefangenen aus RAF und Widerstand fordern wir als ersten und sofort möglichen Schritt ihre Zusammenlegung und die Aufhebung aller Sondermaßnahmen, die ihre Kommunikation einschränken oder unmöglich machen. Dazu gehört auch, daß die neuen Strafverfahren gegen einige Gefangene aus der RAF, die auf Kronzeugenaussagen basieren, eingestellt werden. Und: Die Freilassung der politischen Gefangenen darf nicht von inquisitorischen Anhörungen abhängig gemacht werden. Politische Lösung bedeutet aber auch: Alle Isolationsstrakte und Sonderabteilungen müssen geschlossen werden. Alle haftunfähigen Gefangenen müssen freigelassen werden. Alle repressiven Maßnahmen gegen die, die sich für das Leben und die Freiheit der Gefangenen einsetzen, müssen eingestellt werden.“ Zu der Demonstration rufen auf „FreundInnen und GenossInnen der politischen Gefangenen in der BRD“, örtliche Gruppen, Infoblätter und andere Organisationen unterstützen die Aktion. Die Demonstration soll um 11 Uhr beginnen. — (rül)

### Programmdiskussion der DKP

Am 30. Mai fand eine mit rund 200 Teilnehmern gut besuchte bundesweite Arbeitsberatung der DKP zur Diskussion der Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP in Mordfeldern bei Frankfurt statt. Die eher kontroverse Diskussion in sieben Arbeitsgruppen (Unsere Epoche, Imperialismus, Strategie, Sozialismus, Arbeiterklasse, Partei, Frauenpolitik) soll von der Kommission programmatische Erneuerung bei der Überarbeitung der Thesen aufgenommen werden; für den 12. Parteitag im kommenden Jahr wird die Verabschiedung eines programmatischen Dokumentes angestrebt. Die Vorträge und Arbeitsgruppenberichte sollen in einem Reader veröffentlicht werden. — (alk)

### Regierung will wieder Waffen an Türkei liefern

Die Bundesregierung will weiter den menschenrechts- und völkerrechtswidrigen türkischen Kolonialkrieg gegen die Kurden unterstützen. Bundesaußenminister Kinkel soll bei seinem Besuch in der Türkei die Wiederaufnahme der Ende März gestoppten Waffenlieferungen vereinbaren, u.a. die Rüstungsunterstützung IV in Höhe von 1,5 Mrd. DM und die kostenlosen Material- und Waffenlieferungen aus NVA-Beständen. Der Bundessicherheitsrat hat deutschen Beamten dafür in Vorbereitung des Besuchs entsprechende Weisungen erteilt. Vorbereitet worden war diese Entscheidung durch das Bundesverteidigungsministerium, das in einer Stellungnahme wegen „der deutschen Haltung in der Kurdenfrage“ eine Belastung des Bundeshaushalts von rund fünf Milliarden DM und Verluste in Höhe von zehn bis elf Milliarden DM für deutsche Konzerne im Türkei-Rüstungsgeschäft prophezeit. Die Bundesregierung begründet ihr Vorhaben zudem aus der neuen Schlüsselrolle der Türkei im Mittleren Osten.

Quellen: Die Welt, 14.5. und 29.5.92 — (rub)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

## Tarifabschlüsse im Einzelhandel

### Neue Entgelttarife in NRW, Baden-Württemberg, Bremen, Bayern

Bis zum 28. Mai wurden in den Tarifbezirken Nordrhein-Westfalen, Bremen, Bayern und Baden-Württemberg im Einzelhandel die neuen Entgelttarife abgeschlossen. Zu erwarten ist, daß die anderen West-Tarifbezirke diese Abschlüsse übernehmen. Vorausgegangen waren zahlreiche Warnstreiks.

Obwohl der Vorsitzende des Tarifpolitischen Beirats des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) und Karstadt-Vorstandsmitglied Uwe Lorenzen erklärte, daß Abschlüsse über den Pilotabschluß mit 5,8 % in Nordrhein-Westfalen nicht in Frage kommen: „Dafür würde ich persönlich auch Arbeitskämpfe hinnehmen“ (Süddeutsche Zeitung 27./28. Mai), wurden in Baden-Württemberg und Bayern doch noch einige Verbesserungen erreicht.

Im folgenden einige Eckdaten der Tarifabschlüsse:

In der Verkäufer/innengruppe wurde in allen Tarifgebieten eine Staffelung vereinbart, die die Anhebung des Endgehaltes auf 2 815 DM (in Bayern und

Baden-Württemberg auf 2 820) und im letzten Monat der Laufzeit auf 2 860 DM vorsieht. Dies bedeutet keine Verlängerung der Laufzeit. In der Einstiegsguppe nach dreijähriger Ausbildung wurde eine Erhöhung um 200 DM vereinbart (10 %), in Baden-Württemberg um 235 DM (über 11 %).

Insgesamt sind damit die Gehälter in dieser Gruppe zwischen 5,8 % und 10 % erhöht worden.

Die Erstverkäufer/innengruppe wurde linear um 5,8 % erhöht (in Bayern im 2. Berufsjahr um 8,3 %). Die Beschäftigungsgruppen von Substituten und Abteilungsleitern wurden in NRW und Bremen um 5,6 % erhöht, mit einem Nullmonat (in Bayern und Baden-Württemberg ohne Nullmonat).

Die wichtige Forderung nach überproportionaler Anhebung der Gewerblühengruppen konnte in Bremen und NRW nicht durchgesetzt werden, dort gibt es lineare Erhöhungen von 5,8 %. In Bayern und Baden-Württemberg konnte da was verbessert werden, die Erhöhun-

gen liegen zwischen 6 % und 7 %. Das sind die Tarifbezirke, in denen im letzten Jahr eine Mobilisierung in diesen Gruppen erreicht werden konnte.

Durchweg schlecht kamen die Auszubildenden davon: 80 DM Erhöhung für alle Ausbildungsjahre.

Einen Fortschritt gab es bei einer (noch) bayerischen Spezialität: Dort wurde die Absicherung von Leistungsentlohnung gefordert. Trotz härtestem Widerstand der Tarifkommission des bayerischen Einzelhandels, wurde dann doch wenigstens verbindlich vereinbart, daß die Verhandlungen nach dem Tarifabschluß weiter geführt werden.

Alles in allem können die Abschlüsse als annehmbar bezeichnet werden. Angesichts der Entwicklung nach den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst und der Metallindustrie wäre ein umfassender und harter Arbeitskampf nötig geworden, um diese Ergebnisse bedeutend zu verbessern. Das hat der Einzelhandel wahrscheinlich noch nicht im Kreuz. — (dar)

## Aktuell in Bonn

## SPD-Wohnungsbauprogramm

Eine Verdoppelung des jährlich vom Bund geförderten Sozialwohnungsbaus auf jährlich 200 000 geförderte neue Sozialwohnungen fordert die SPD in einem „Konzept gegen die Wohnungsnot“. 6 Mrd. DM jährlich seien dafür nötig. Außerdem will die SPD, daß jährlich der Bau von 180 000 Eigentumswohnungen gefördert wird, in Ostdeutschland die „Förderung der Sanierung des Wohnungsbestandes“ fortgeführt werde (die Regierung will diese Förderung einstellen) und der Mietanstieg auf 15 % in drei Jahren begrenzt werde. Kühle Antwort von FDP-Wohnungsministerin Schwätzer: Die „überzogenen Vorschläge zum Mietrecht“ würden den freifinanzierten Wohnungsbau „zum Erliegen bringen“, zu deutsch: Ohne Mietwucher kein Wohnungsbau!

## EG-Getreidepreise sinken

Nach 18-monatigen Verhandlungen haben sich die EG-Agrarminister auf einschneidende Änderungen der Agrarpolitik, vor allem bei Getreide, geeinigt. Der von der EG garantierte Getreidepreis soll in den nächsten drei Jahren von jetzt 353 DM je Tonne auf 235 DM gesenkt werden. Die Minister erwarten dadurch einen Rückgang der EG-Getreideproduktion von derzeit 175 Millionen Tonnen auf 140 bis 145 Mio. Tonnen, der Getreideexport soll von 40 auf 10 Mio. Tonnen zurückgehen. Als „Ausgleich“ erhalten die Bauern in der BRD je Hektar 593 DM „Flächenprämie“. Sofern sie mehr als 16 Hektar Grund besitzen, müssen sie aber dafür die Anbaufläche um 15 % verringern. Hauptziel der Reform ist, die Nahrungsmittelpreise auf Kosten der Bauern zu senken, um den Kapitalisten die Lohnsenkung zu erleichtern.

## Außer Spesen ... ?

Beim Spitzentreffen zwischen CDU, CSU, FDP und SPD sei außer Spesen nichts gewesen — so der Tenor. Richtig ist, daß Christen und Liberale in Sachen „Finanzierung deutsche Einheit“ das Blaue vom Himmel herunterlogen. Auch stimmt, daß sie jede Steuerung auf Gutverdienende strikt ablehnen, damit auch Weizsäckers Vorschlag ablehnen. Sogar beim Jäger 90 versuchen Kohl/Waigel einen neuen faulen „Kompromiß“. Doch bei all dem Dissens zwischen CDU/CSU/FDP und SPD wird übersehen: Einigkeit gab es, daß die „Investitionshilfe“, sprich Super-Subvention für Ostspekulation, fortgesetzt wird. Und gemeinsam wollen sie alle das Grundgesetz ändern, um Maastricht abzusegnen und die Privatisierungen von Bahn und Post durchzuzocken.

## Mehrwertsteuer: Von wegen EG!

Da die EG-Finanzminister sich auf eine Anhebung der Mindest-Mehrwertsteuer auf 15 Prozent geeinigt hätten, sei eine Anhebung der BRD-Mehrwertsteuer unvermeidlich — so vor wenigen Mona-

ten ein zentrales Argument Waigels für die Anhebung der hiesigen Mehrwertsteuer. Dieser Bluff ist nun hin. Am 19. Mai scheiterte im EG-Finanzministerrat erneut die Verabschiedung dieser Mindest-Mehrwertsteuer-Richtlinie am Widerstand Großbritanniens. Das Inkrafttreten dieser Richtlinie 1993 ist damit, da Einstimmigkeit der EG-Minister vorgeschrieben ist, unwahrscheinlich.

## Rachejustiz

In den 70er Jahren drohten die NS-Verbrechen zu verjähren, weil die deutsche Justiz diese Verfahren verschleppte. Als aufgrund vieler Proteste die Verjährung aufgehoben wurde, wurde dies nicht eingeschränkt auf NS-Verbrechen, sondern auf Mord ausgedehnt. Nach der Einheit hat das Folgen. Soeben wurde in Hamburg der 68-jährige ehemalige DDR-Bürger Gerhard Bögelein zu „lebenslang“ verurteilt. Sein „Verbrechen“: Er hatte 1947 im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klapeda den früheren Oberstaatsrichter Erich Kallmerten „aus Haß gegen die Nazi-Justiz“ getötet. Der Untersuchungsrichter, der in den 50er Jahren die Anklage vorbereitet hatte, Kurt Steckel, war zuvor Ankläger beim NS-Sondergericht in Königsberg gewesen.

## Oberste Gerichte bleiben im Westen

Die „Föderalismus-Kommission“ von Bundesrat und Bundestag hat sich über den Umzug von Bundesbehörden und -gerichten geeinigt. 9000 Planstellen sollen durch Verlegung von Bundesämtern und -gerichten in die Ost-Länder verlegt werden. Zugleich erhält Bonn 7000 neue Planstellen — als „Ausgleich“ für den beginnenden Abzug von Ministerien. Interessant ist die Ablehnung der West-Länder, den Bundesgerichtshof nach Leipzig (Sitz des alten Reichsgerichts) zu verlegen. Sorge vor Ost-Einfluß auf das Gericht?

## Gegen ILO-Abkommen zu Nachtarbeit

Vor über einem Jahr kündigte die Bundesregierung an, das ILO-Abkommen, das Nachtarbeit von Frauen in gewerblichen Betrieben weitgehend verbietet, zu kündigen. Grund: Nicht mehr zeitgemäß. Die Ankündigung ermunterte die Kapitalisten bei ihrem Angriff auf das Nachtarbeitsverbot. Kurz danach urteilte das Bundesverfassungsgericht, ein Nachtarbeitsverbot nur für Frauen verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Nun hat die Bundesregierung ihre Ankündigung, das ILO-Abkommen zu kündigen, erneuert. Neuer Grund: „Verfassungswidrig!“

## Was kommt demnächst?

Am 5. Juni tagt der Bundesrat. Der Bundestag berät am gleichen Tag in dritter Lesung das Zinssteuergesetz der Bundesregierung. Kohl reist zur UN-Versammlung nach New York, von wo er am 9. Juni zurückkehren will. Ende Juni soll der Bundestag über die Gesetzesentwürfe zur Neufassung der Strafverfolgung bei Abtreibungen entscheiden. Am 1. Juli will das Bundeskabinett den Haushaltsplan für 1993 verabschieden. Anfang Juli berät in München der Weltwirtschaftsgipfel.

§ 218 im Bundestag  
Gruppenantrag akzeptabel?

Abgeordnete der SPD und FDP haben sich auf einen gemeinsamen Gruppenantrag zum § 218 geeinigt und versuchen nun, eine Mehrheit für diesen Gesetzesentwurf im Bundestag zu bekommen. Der Entwurf beinhaltet im wesentlichen ein Annäherung der SPD an die FDP-Position: Hatte bisher die SPD auf einer reinen Fristenregelung bestanden (Drei-Monatsfrist), so hat sie sich nun dem Votum der FDP gebeugt, die eine Beratung mindestens drei Tage vor dem Schwangerschaftsabbruch zwingend vorschreibt. Der Schwangerschaftsabbruch bleibt damit weiterhin grundsätzlich strafbar. SPD und FDP hoffen, mit diesem Gesetzesentwurf eine Mehrheit im Bundestag zustande zu bekommen, sie spekulieren auf einige Abgeordnete aus der CDU, mit einem gewissen Erfolg. Des weiteren soll dieser Gesetzesentwurf dem Verfassungsgebot auf Schutz des Lebens Genüge tragen.

Es ist fraglich, wieweit diese Spekulation aufgeht. Die CSU hat schon jetzt eine Verfassungsklage angekündigt für den Fall, daß der „Gruppenentwurf“ im Bundestag durchkommt. Schließlich ist noch immer die Klage von Bayern gegen die gegenwärtig angeblich zu lasche Handhabung des § 218 in den alten Bundesländern anhängig. Und die erste Niederlage haben die Antragsteller schon einstecken müssen: Die C-Parteien konnten durchsetzen, daß der Entwurf am 20. Mai ohne Plenardebatte in den Ausschuß „Schutz des werdenden Lebens“ verwiesen wurde.

Ein weiteres Problem ist die Festlegung der Beratung auf den „Lebensschutz durch Rat und Hilfe für die Schwangere unter Anerkennung des hohen Wertes des vorgeburtlichen Lebens und der Eigenverantwortung der Frau“ (§ 219). Selbst diese Formulierung ist den C-Parteien nicht weitreichend genug. Das „Leben“ sei nicht ausreichend geschützt. Bischof Lehmann hat angekündigt, die katholische Kirche werde ihre Beratungsstellen von der Beratung zum Schwangerschaftskonflikt zurückziehen, sollte dies durchkommen.

Die C-Parteien hatten es ohnehin nicht eilig und konnten die Zeit für sich arbeiten lassen: Ende 1992 ist die Übergangsregelung aus dem Einigungsvertrag hinfällig. Ist bis dahin kein neues Gesetz rechtsgültig, so gilt das alte BRD-Recht bundesweit, also die Indikationslösung. Wie diese zu handhaben ist, darüber haben ja höchste Gerichte keinen Zweifel gelassen: Schließlich wurde das Urteil gegen Dr. Theissen aus Memmingen im großen und ganzen bestätigt.

In der außerparlamentarischen Auseinandersetzung um den § 218 ist es recht still geworden. Das liegt vielleicht daran, daß die Erwartungen an das Parlament zu hoch gesteckt waren. Viele hatten vielleicht gehofft, daß im Bundestag zumindest eine Mehrheit für die Fristenlösung zustande kommt. So sieht es

gegenwärtig nicht aus, es ist nicht einmal sicher, ob der SPD-FDP-Entwurf eine Chance auf eine Mehrheit hat und dann vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben wird. Für die Frauen aus der ehemaligen DDR bedeutet er eine wesentliche Verschlechterung gegenüber der gegenwärtigen Regelung, für die Frauen im Süden Deutschlands würde er eine gewisse Erleichterung gegenüber der Indikationsregelung bringen. Abgeschafft ist der § 218 damit so oder so nicht. Es ist daher gut, daß viele Gruppen und Organisationen weiterhin auf dieses Ziel hinweisen, auch wenn es parlamentarisch gegenwärtig nicht durchsetzbar ist. — (elf, mif)

**Auszüge aus dem „Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des vorgeburtlichen/ werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz)“**  
**Artikel 11: Änderung des Strafrechtsbuchs**  
**§ 218 Schwangerschaftsabbruch**

(1) Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. (2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter 1. gegen den Willen der Schwangeren handelt oder 2. leichtfertig die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung der Schwangeren verursacht. (3) Begeht die Schwangere die Tat, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe. (4) Der Versuch ist strafbar. Die Schwangere wird nicht wegen Versuchs bestraft. (5) Die Absätze 1 bis 4 sind nicht anzuwenden, wenn 1. der Schwangerschaftsabbruch mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommen wird, 2. seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen vergangen sind und 3. die Schwangere dem Arzt durch eine Bescheinigung nach § 219 Abs. 3 nachgewiesen hat, daß sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff hat beraten lassen. (...)

**§ 219 Beratung der Schwangeren in einer Schwangerschaftskonfliktlage**

(1) Die Beratung dient dem Lebensschutz durch Rat und Hilfe für die Schwangere unter Anerkennung des hohen Wertes des vorgeburtlichen Lebens und der Eigenverantwortung der Frau. Sie soll die Schwangere in die Lage versetzen, eine verantwortungsbewußte eigene Gewissensentscheidung zu treffen. Aufgabe der Beratung ist die umfassende medizinische, soziale und juristische Information der Schwangeren, die sich in einer Konfliktlage befindet. Die Beratung umfaßt die Darlegung der Rechtsansprüche von Mutter und Kind und der

möglichen praktischen Hilfen, insbesondere solcher, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern. (2) Die Beratung hat durch eine auf Grund Gesetzes anerkannte Beratungsstelle zu erfolgen. Der Arzt, der den Schwangerschaftsabbruch vornimmt, ist als Berater ausgeschlossen. (3) Die Beratungsstelle hat der Frau über die Tatsache, daß sie die Informationen nach Absatz 1 für ihre Entscheidungsfindung erhalten hat, eine mit Datum versehene Bescheinigung auszustellen. Die vorausgegangene Beratung wird nicht protokolliert und ist auf Wunsch der Schwangeren anonym durchzuführen.

**Artikel 12: Änderung der Strafprozeßordnung**

Werden bei einem Arzt Gegenstände ... gefunden, die den Schwangerschaftsabbruch einer Patientin betreffen, ist ihre Verwendung in einem Strafverfahren gegen die Patientin wegen einer Straftat nach § 218 des Strafrechtsbuchs ausgeschlossen.

## Stellungnahmen

**Aus der Resolution der 14. ord. Bundesversammlung der Grünen, 15.17.5.**

... Der zwischen SPD und FDP ausgehandelte Kompromiß, dem sich auch Abgeordnete der CDU und Bündnis 90/ Die Grünen angeschlossen haben, ist kein Grund zur Freude. Den Frauen im Westen bringt er zwar die Abschaffung des Zwanges, den Schwangerschaftsabbruch durch eine Indikation genehmigen zu lassen. Die Verschärfung der Zwangsberatung sowie die Neueinführung der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen im Osten sind jedoch ein zu hoher Preis dafür.

## PDS-Pressedienst, 20. 5. 92:

Die Abgeordnetengruppe der PDS/LL bleibt bei ihrer Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218. Der Kompromißentwurf von Abgeordneten der CDU, SPD, FDP und von Bündnis 90/ Die Grünen, der hinsichtlich der §§ 218, 219 fast identisch mit dem ursprünglichen FDP-Entwurf und damit in Wirklichkeit kein Kompromiß ist, bedeutet eine reale Schlechterstellung der Frauen in den neuen Bundesländern durch Kriminalisierung von Frauen, die die Schwangerschaft abbrechen, und durch Zwangsberatung ... Sollten die für Frauen günstigeren Gesetzesentwürfe (der PDS/LL, von Bündnis 90/ Die Grünen und von der SPD) scheitern, werden wir vor der 2. und 3. Lesung unser weiteres Abstimmungsverhalten beraten, auch hinsichtlich der sog. Kompromißvariante, deren endgültige Fassung erst dann feststeht. Selbstverständlich werden wir uns keinesfalls so verhalten, daß durch uns die mittelalterlichen Vorstellungen der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion eine Chance erhielten.



Heimliche Statistik: Offiziell beträgt die Erwerbslosenquote in Deutschlands Wildem Osten „nur“ 14,7 Prozent (April 1992). Nun enthüllte die *Wirtschaftswoche*: „Inoffiziell errechnen die Nürnberger sowie die ostdeutschen Arbeitsämter weitaus höhere Zahlen.“ (29.5.92) Es sei eine „behördeninterne Belastungsquote“ errechnet worden. In dieser werden korrekterweise Arbeitslose, Kurzarbeitende, staatlich finanzierte Umschüler und ABM zusammengefaßt. Als „relativ gering“ gilt diese Quote, wenn sie „unter 27 %“ liegt. Einzelne Orte liegen aber bereits bei knapp 40 Prozent, etwa der Kreis Altenburg (37,2%), die Kreise Nordhausen, Neubrandenburg und Annaberg (35,6 und 36,8%).

Koalition: Pflege-Sozialversicherung  
ohne Belastung der Wirtschaft

Am 19. Mai haben CDU/CSU und FDP in Berlin einen Koalitionsbeschluß zur Pflegeversicherung mit folgenden Wortlaut gefaßt: „Es soll versucht werden, eine Lösung für eine Pflegeversicherung zu finden, die bei einem umlagefinanzierten System durch eine ausreichende Kompensation einen Anstieg der Lohnnebenkosten vermeidet, den Vorrang häuslicher Pflege sichert, einen durch die demographische Entwicklung drohenden Kostenanstieg durch Elemente eines Kapitaldeckungsverfahrens begrenzt.“ (1) Das endgültige Modell samt „Kompensation“ und Leistungsumfang der Pflegeversicherung soll bis zur Sommerpause von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus den Fraktionsvorsitzenden und Sozialexperten der CDU, CSU und FDP, ausgearbeitet werden.

Nach dem Beschluß soll grundsätzlich eine Pflege-Sozialversicherung eingeführt werden, die wie die anderen Sozialversicherungen durch Beiträge (ca. 1,5 bis 2 % vom Bruttolohn) je zur Hälfte von den Lohnabhängigen und ihren öffentlichen oder privaten Arbeitgebern finanziert wird. Als „Elemente eines Kapitaldeckungsverfahrens“ sind zu-

sätzliche Sonderbeiträge der abhängig Beschäftigten im Gespräch (ca. 0,4 Prozent vom Bruttolohn) für einen Fonds (private Versicherung), aus dessen Mitteln Zuschüsse an die Pflegeversicherung gezahlt werden sollen in den sogenannten demographischen Krisenjahren (mehr Pflegebedürftige und weniger Berufstätige) ab 2015.

Ferner will die FDP für die Jüngeren auf lange Frist das Kapitaldeckungsverfahren (d.h. private Risikovorsorge ohne Arbeitgeberbeitrag) durchsetzen. Dies ist auch das Ziel des Deutschen Industrie- und Handelstags, um die Arbeitgeberanteile an der Pflegeversicherung wenigstens langfristig loszuwerden.

Die vorgesehene „ausreichende Kompensation“ der etwa 15 Mrd. DM Arbeitgeberbeiträge zur Pflegeversicherung heißt nichts anderes, als daß Sozialleistungen an anderer Stelle gestrichen werden sollen. Durch das zu beschließende Gesetz soll die finanzielle Belastung der Wirtschaft nicht anwachsen. Schäuble ließ den Versuchsballon „Einführung eines Karenztages“ (für den ersten Krankentag soll ein Urlaubstag geopfert oder auf Lohn verzichtet wer-

den) steigen. Dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ist das viel zu wenig: ein Tag bringe nichts. Er verlangt vielmehr, daß die Krankenkassen in Zukunft die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall insgesamt übernehmen. Dafür bringe die deutsche Wirtschaft jährlich insgesamt 50 Mrd. DM auf, so Himmelreich. Außerdem will er durch „Kontrollmechanismen der Kassen Mißbrauch eindämmen“ (2).

Die Wirtschaftsverbände sind fest entschlossen, eine Senkung der Lohnnebenkosten durchzusetzen. Die o.g. Arbeitsgruppe wird bis zum Sommer ausloten, wo mit dem geringsten Widerstand seitens der Lohnabhängigen gerechnet werden muß. Der DGB wandte sich gegen die Streichung von Sozialleistungen, erklärte sich aber zur konstruktiven Mitarbeit an einer „wirklichen Strukturreform in der Krankenversicherung“ bereit (3). Die Gefahr besteht, daß die Pflegeversicherung mit der Kürzung von Leistungen der Krankenversicherung gekoppelt wird.

(1) *Handelsblatt*, 21. 5. 92; (2) ebd., 25. 5. 92; (3) *Süddeutsche Zeitung*, 23./24. 5. 92 — (ew)



# BRD und Frankreich forcieren gemeinsame europäische Armee

Auf der Sitzung des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates am 22. Mai in La Rochelle wurde beschlossen, „einen Großverband mit europäischer Ausrichtung zu schaffen und in die Aufstellungsphase einzutreten“. (1) In der Presseerklärung über die o. g. Sitzung heißt es: „die Aufstellung dieses Korps wird dazu beitragen, die Europäische Union mit Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns auszustatten und verdeutlicht den Willen der am Korps beteiligten Staaten, im Rahmen einer europäischen Union, die auf längere Sicht auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik umfaßt, ihre Verantwortung auf dem Gebiet der Sicherheit und der Aufrechterhaltung des Friedens wahrzunehmen...“ (2)

Dieser „Beschluss“ ist an sich nichts Neues, denn die Aufstellung eines deutsch-französischen Korps mit einer Anfangsstärke von 30000 Soldaten wurde bereits im Oktober zwischen den beiden Regierungen vereinbart (3). An den damals vereinbarten Tatsachen hat sich nichts geändert. Das Korps soll aus einer deutschen, einer französischen sowie der deutsch-französischen Brigade bestehen. Die deutsche Division wird je nach Lage entweder der NATO oder der WEU unterstehen, d. h. sie ist nicht mehr an die operativen Einschränkungen des NATO-Vertrages gebunden. Dies wird in der Presseerklärung vom 22. 5. 92 auch betont: „Das Korps wird für die gemeinsame Verteidigung der Verbündeten entsprechend Artikel 5 des Washingtoner Vertrages oder entsprechend dem Brüsseler Vertrag eingesetzt werden können. Es kann auch mit Maßnahmen der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Friedens beauftragt sowie im Rahmen von humanitären Aktionen eingesetzt werden.“ (4) Diese Formulierung ist quasi der Freibrief für Einsätze „out of area“.

Doch es geht nicht nur um die Schaffung einer Interventionstruppe, die welt-

weit operieren kann. Beim Maastrichter EG-Gipfel vom Dezember 1991 wurden zwar die deutsch-französischen Vorschläge zum Aufbau der WEU als militärischer Arm der EG berücksichtigt, aber Teile der deutsch-französischen Vorschläge wurden nicht beschlossen. Die Widersprüche innerhalb der EG zeigen sich auch in der britisch-italienischen Erklärung vom 4. Oktober 1991, die die besonderen Beziehungen zwischen Nordamerika und Westeuropa hervorhob. So kommt es auch nicht von

Tafel am 21. 5. 92 in Brüssel. (5)

Die Außen- und Sicherheitspolitik Frankreichs ist seit jeher kontinental-europäisch orientiert, während die BRD ein Doppelspiel treibt. Einerseits der Aufbau des deutsch-französischen Korps, andererseits beteiligt sich die BRD mit der 27. Luftlandebrigade an der Multinational Airmobile Division (MNAD) der NATO. Als de Gaulle 1958 Adenauer wissen ließ, daß Frankreich sich aus der NATO-Kommandostruktur zurückziehen werde, antwor-



ungefähr, daß die USA und Großbritannien umgehend Bedenken gegen das EURO-Korps angemeldet haben, weil es das Bündnis der NATO-Partner schwächen könnte. So haben die USA die EG aufgefordert, ihre Pläne zur Gründung eigener Streitkräfte so lange aufzuschieben, bis Frankreich auch an den militärischen Verpflichtungen der NATO wieder teilnimmt. Falls dies nicht geschehe, werde die NATO geschwächt und die gemeinsamen Interessen würden bedroht, warnte US-Botschafter William

te Adenauer: „Was die NATO angehe, so sei (er) zwar de Gaulles Meinung, aber wir könnten nicht zulassen, daß diese Organisation zugrunde gehe. Wir müßten unser Bestes tun, um sie zu erhalten.“ (6) Doch damals war die BRD Frontstaat gegenüber dem Warschauer Pakt. Durch das Machtvakuum in Osteuropa stellt sich jetzt die strategische Lage ganz anders dar. Die NATO hatte Frankreich schon seit Jahrzehnten als Rückversicherung gereicht, gleiches gilt jetzt für die BRD. Die BRD und Frank-

reich sind politisch, militärisch und wirtschaftlich schon jetzt die Kernstaaten von ganz Europa.

Verteidigungsminister Rühle hat jetzt alle Hände voll zu tun, Bedenken der anderen NATO-Staaten herunterzuspielen. In der Presseerklärung ist man auch redlich bemüht, den zu erwartenden Bedenken zuvorzukommen: „Nationale Beiträge zu diesem Verband berühren die bestehenden Verpflichtungen gegenüber anderen Organisationen nicht. Das europäische Korps trägt zur Stärkung der Atlantischen Allianz bei.“ Aber auch die anderen europäischen NATO-Staaten versuchen noch, die aktuellen Entwicklungen zu kaschieren, so auf ihrer Tagung am 25. Mai in Brüssel: „Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Entwicklung der WEU zur Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers des Atlantischen Bündnisses. Wir begrüßen, daß die WEU ihre operativen Fähigkeiten und ihre Rolle im Einklang mit dem Bündnis entwickelt...“ (7) Frankreich und die BRD haben aber durchaus Chancen, ihr Konzept in Westeuropa durchzusetzen. So hat sich jetzt Belgien grundsätzlich bereit erklärt, dem Korps beizutreten, und sogar Schweden zeigt Interesse.

Auf der EXPO in Sevilla hielt Bundespräsident von Weizsäcker bei der Eröffnung des „Deutschen Tages“ am 23. Mai 1992 eine Rede, in der es u. a. hieß: „So wie Kolumbus vor fünfhundert Jahren zu neuen Entdeckungen aufbrach, sind auch wir Europäer heute unterwegs zu neuen Ufern...“ (8) Was die Fahrt des Kolumbus für Folgen für die dortige Bevölkerung Amerikas hatte, ist bekannt. Noch nicht absehbar sind die Folgen der Konsolidierung Westeuropas als eigenständiges imperialistisches Zentrum unter der Führung des Duos BRD-Frankreich.

(1) Presserklärung über die Sitzung des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates vom 22. Mai 1992; (2) siehe (1); (3) NID Nr. 23/91; (4) siehe (1); (5) Frankfurter Rundschau vom 22. Mai 1992; (6) Süddeutsche Zeitung vom 29. 5. 92; (7) Bulletin der Bundesregierung vom 29. Mai 1992; (8) ebenda — (chl)

## Starke Aktivitäten der Armeeführung

Der neue Inspekteur des Heeres sprach Ende Mai von einem „zweiten Neubeginn“ der Bundeswehr. Und tatsächlich ist nach dem Wegfall des großen Feindes im Osten viel in Bewegung geraten bei der deutschen Armee.

Eine kurze Betrachtung der Entwicklung in diesem Jahr zeigt die Ausrichtung auf neue Kriegsziele und geradezu ein befreites Aufatmen unter den Generälen, die sich nicht mehr hinter der Aufgabe Landesverteidigung verstecken müssen, sondern relativ ungeniert Militäroptionen für alle erdenklichen Kriegsszenarien in der Welt entwickeln können.

Krieg ist für die Bundeswehr wahrscheinlich geworden, militärisches Eingreifen in Konflikte birgt nicht mehr das Risiko einer Konfrontation mit dem Warschauer Pakt, die möglicherweise zu einem Weltkrieg auswachsen könnte. Das Gewicht der Militärs ist entsprechend gewachsen und wird von den Generälen selbstbewußt in der Öffentlichkeit dargestellt.

Seit Februar läuft die Umstrukturierung der Bundeswehr, die zugleich verschiedene Ergebnisse bringen soll:

- Die Ostverschiebung der Bundeswehr auf das Gebiet der ehemaligen DDR soll abgeschlossen werden, der Stab eines der drei Heereskorps wird nach Potsdam verlegt.
- Die Kommandostrukturen werden ausgedünnt und konzentriert, bei Heer und Luftwaffe werden Führungskommandos außerhalb des Ministeriums errichtet als operative Führungsebene auch außerhalb der Bündnisstrukturen.
- Das Feldheer, bisher der NATO unterstehend, sowie das Territorialheer, bisher für Heimatschutzaufgaben vorgesehen, werden vereint zu einem neuen Heer, das nicht mehr automatisch der NATO untersteht.
- Die Zahl der aktiven Soldaten wird bis 1994 auf 370000 verringert, wobei die Zahl der Unteroffiziere und Offiziere weiter steigen soll. Ein Reservistenkonzept soll sicherstellen, daß im Fall

einer Mobilmachung genügend ausgebildete Soldaten zur Verfügung stehen.

So glaubt die Bundeswehrführung, nun den beiden Aufgaben der Armee gerecht zu werden: Schaffung von „mobilmachungsabhängigen Hauptverteidigungskräften“ und von „Krisenreaktionskräften“ (Generalinspekteur Naumann).

Der gestiegene Einfluß der Militärs auf die Politik läßt sich schon daran ablesen, daß die Bundesregierung im Februar eine Vorlage der Bundeswehr genehmigt hat, die zum Inhalt hatte die sicherheitspolitische Lage der BRD in der Welt, verbunden mit der Forderung nach Grundgesetzänderung bezüglich der Grenzen von deutschen Truppenein-



Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Verteidigungsminister Rühle, sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Naumann, inspizierten die 140 deutschen Sanitätssoldaten, die sich unter nationalem Kommando an der militärischen UN-Friedensaktion in Kambodscha beteiligen. Da dieser Einsatz nicht mit der Verfassung übereinstimmt, müßte er eigentlich so heimlich wie möglich stattfinden. Das Aufsehen ist jedoch geplant. Rühle erklärte: „Man muß die Deutschen an solche Einsätze gewöhnen.“ Und vielleicht ist die SPD durch die Schaffung vollendeter Tatsachen beim nächsten Mal so weich, daß sie auch der Infanterie solche Einsätze gestattet. Unbedeutend ist der Bundeswehr-Einsatz keineswegs: Das einzurichtende „German Field Hospital“ dient als einziges Lazarett für 22000 UN-Angehörige. — (jok)

sätzen. Die Rolle der Armee als Instrument der gesetzgebenden Gewalt in der parlamentarischen Demokratie scheint ausgespielt.

Konfrontiert mit dem Vorwurf, die Bundeswehrführung greife politischen Entscheidungen vor, antwortet der Generalinspekteur Naumann in einem Interview, das Fehlen jeglicher Kritik seitens der Regierungsparteien an seinen Äußerungen zeige, daß die politischen Entscheidungen offensichtlich bereits gefallen sind (Welt am Sonntag, 15. 3. 92).

Diese hier durchschimmernde Zusammenarbeit von Regierung und Armeeführung unter Ignorierung des Parlaments findet ihre Entsprechung in der wachsend heftiger vorgetragenen Forderung nach Einführung eines nationalen Generalstabes. Dessen Einrichtung würde die Auflösung des zivilen, d. h. parlamentarisch kontrollierbaren, Oberbefehls bedeuten (s. Politische Berichte 9/92).

Klassisch erledigten Regierung und Armeeführung die Bedeutung des Parlaments bereits durch Schaffung vollendeter Tatsachen im Fall der UN-Stationierung deutscher Sanitätssoldaten in Kambodscha.

Der Einflußgewinn der Generäle zeigt sich auch darin, daß mit Generalleutnant Schönbohm, bis zum 1. 4. 92 Inspekteur des Heeres, ein Soldat als Staatssekretär ins Verteidigungsministerium berufen wurde. Aufgaben: Sicherheitspolitik und „Rüstung“. Verteidigungsminister Rühle hat darüber hinaus im Ministerium eine neue Abteilung „Rüstungsmanagement“ einrichten lassen, die zu einem Drittel aus Militärs besteht.

Neben der Schaffung einer passenden Armeestruktur und der Einflußnahme auf politische Entscheidungen drängen die führenden Militärs auf einen strikteren Kurs bei der Ausbildung der Soldaten. Mehr denn je komme es jetzt auf „Kriegsnähe“ beim militärischen Üben an; die Soldaten bräuchten realistische Vorstellungen von der Kriegswirklichkeit. Der neue Inspekteur des Heeres, General Hansen, siedelte vor 1200 Offiziersanwärtern deren zukünftigen Aufgaben „vor der Front“ und „am Mann“ an.

Quelle: NID, Ausgaben 1/92 - 11/92 — (jok)

## Ran an den Feind

Die Kommandeurstagung der Bundeswehr fand diesmal in Leipzig statt. Der Generalinspekteur hatte die Aufgabe, den Truppenführern klarzumachen, daß der Untergang des sozialistischen Systems nicht zum Frieden führen wird, sondern zu Kriegen. Und daß diese Kriege nicht unbedingt anderswo von anderswem geführt werden, sondern durchaus in der Nähe der BRD und mit Truppen der BRD.

Die Sicherheitsdoktrin der BRD nimmt an, daß politischer Einfluß sich unter dem Schirm eigener Militärmacht entfaltet, unter der Last fremder Militärmacht aber schrumpft: „Selbst in der optimistischen Prognose muß man davon ausgehen, daß auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion mit Rußland eine Weltmacht und eine Nuklearmacht mit globaler Reichweite bestehen bleibt“, warnt General Naumann, und er erklärt auch, warum die neuen Freunde eine Gefahr bleiben: „Vor allem müssen sie die Deformation der Menschen bewältigen, deren erschreckendes Ausmaß wir alle, auch in unserem Land, unterschätzt haben.“ Deformierte bedrohen Deutschland aus dem Weltraum — auf sich allein gestellt wäre da die Bundeswehr überfordert.

Die BRD muß folglich unter dem nuklearen, globalen Schutzschirm der USA bleiben und auf eigene Nuklearkraft verzichten, denn das trägt zur Balance mit den verbündeten Nachbarn bei. Die verbündeten Kräfte entwickeln dann einen Dunstkreis der Sicherheit, in dem deutscher Einfluß gilt.

Die Theorie lehrt, daß einflußbildende Kraft auch von ruhenden Waffen ausgeht, sie lehrt aber auch, daß es dabei nicht bleiben kann: „Konflikte wirksam verhindern kann man nur, wenn man in letzter Konsequenz auch das Recht hat, ein Mandat zur Anwendung von Gewalt zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens zu erteilen.“

Besonders in der BRD verhindern nach wie vor größte gesetzliche und ideologische Probleme die Erteilung solcher „Mandate“, d. h. Angriffsbefehle. Zur Umgehung hat man sich ein hochgefährliches politisches System ausgetüfelt. Unter dem Begriff der „Sicherheitsarchitektur“ werden „mandaterteilende und mandatausführende“ Organe unterschieden. Als mandaterteilende kämen in Frage v. a. die UNO, aber auch die KSZE, als mandatausführende z. B. die NATO oder die WEU. Diese jetzt für europäische Anwendung systematisierte Doktrin war im Krieg gegen Irak erprobt worden. Sie bietet die Möglichkeit, eine nicht kriegsbereite Bevölkerung zu überspielen. Die Frage der Legitimation kann breit diskutiert werden, gerade weil woanders entschieden wird. Wenn das Mandat erteilt worden ist, kann noch nicht mal ein Wahlergebn oder der Sturz einer Regierung das Rad zurückdrehen. Es wurden ja internationale Verpflichtungen eingegangen, die zunächst einzuhalten sind. Mächte können als mandaterteilende Unterstützer einbezogen werden, die als mandatausführende gerade überfordert wären. Ein Einstieg mit ausgewählten Spezialtruppenteilen ist möglich. Kurzum, die politische Demokratie mit ihren Wahlen, Parlamenten usw. kann komplett aus dem Kriegsgeschehen ausgeblendet werden. Es handeln nur Regierungen und Exekutivorgane.

Der BRD entgeht nach der geltenden Sicherheitsdoktrin unvermeidlich Einfluß, wenn sie nicht bereit ist, ihn mit dem Blut ihrer Bürger zu kaufen. Der Generalinspekteur macht den Kommandeuren folgende Schlußbemerkung:

„Wir alle wissen, daß die Maxime Friedrich Wilhelm I. von Preußen: „Ein Staatsmann, wenn er denn Gewicht haben will, in der einen Hosentasche viel Geld und in der anderen eine gute Armee haben sollte“, heute nicht mehr uneingeschränkt gelten kann, aber leistungsfähige Streitkräfte bleiben eine Voraussetzung für den Einfluß, den man in internationalen Grenzen hat und sie bleiben Voraussetzung, den Anspruch umzusetzen, den unser Land als Präambel seiner Verfassung hat.“

Was sind leistungsfähige Streitkräfte? Die Voraussetzung der Umsetzung des Anspruchs der Präambel der Verfassung des Landes. Was ist ein General? Knapp so gut wie Gott.

Zitate aus: Standortbestimmung des Generalinspektors der Bundeswehr, 12. 5. 92 — (maf)



Ein Monat lang hatten die italienischen Parteien mit immer neuen Kandidaten für das Staatspräsidentenamt die politischen Kräfteverhältnisse nach der Wahl vom 5./6. April ausgelotet. In 15 Wahlgängen erhielt keiner der ständig wechselnden Kandidaten die nötige absolute Mehrheit. Die bisherige Regierungskoalition aus Christdemokraten (DC), Sozialistischer, Sozialdemokratischer und Liberaler Partei, die eine zahlenmäßige Mehrheit hat, brachte auch für Kandidaten aus ihren Reihen die eigenen Stimmen nicht zusammen. Der Generalsekretär der DC, Forlani, selbst als Kandidat gescheitert, trat daraufhin zurück. Die DC, die seit dem Krieg als faktische Staatspartei verschiedene politische Strömungen vereinigte und das bürgerliche Lager „gegen den Kommunismus“ anführte, ist in eine Krise geraten.

Kaum ein Kommentator gab einem Kandidaten der Regierungskoalition noch Chancen auf die Staatspräsidentschaft. Dann kam das (vermutliche Mafia-)Attentat auf den Richter Falcone und seine Eskorte bei Palermo. Zwei Tage später war der Christdemokrat Scalfaro mit ca. 86 % der möglichen Stimmen gewählt. Die größte Oppositionspartei, die Demokratische Partei der Linken (PDS, Ex-PCI), die Scalfaro wenige Tage vorher noch als Frömler und Reaktionär abgelehnt hatte, schwenkte um und sicherte ihm eine satte Mehrheit — faktisch eine große Koalition zu den Bedingungen der Christdemokratie.

Der Vorgang erinnert an die Politik des PCI bei der Entführung Aldo Moros

## Nach dem Mafia-Attentat in Italien jetzt eine Politik der großen Koalition?

durch die Roten Brigaden 1978, als der PCI auf jede Kritik an der Regierungspolitik der Christdemokraten verzichtete und selbst am lautesten die *fermezza*, das harte Durchgreifen, forderte. Auch diese damalige faktische große Koalition, der Verzicht auf Oppositionspolitik, hat dem PCI geschadet.

Die Wahl Scalfaros, den die Medien *cattolicoissimo*, superkatholisch, nennen, gibt der angeschlagenen Christdemokratie Auftrieb und stärkt den Einfluss der katholischen Kirche auf die italienische Politik. Es wird erwartet, daß die seit fast zwei Monaten stockende Regierungsbildung mit der Wahl Scalfaros einen neuen Anstoß erhält und damit auch die soziale und politische Reaktion, die das bürgerliche Lager dringend fordert. Drei Vorhaben stehen dabei im Mittelpunkt: Die „Reform der Institutionen“, also die Revision der Verfassung, die Haushaltssanierung und der „Kampf gegen das organisierte Verbrechen“.

### „Reform der Institutionen“

Als „Reform der Institutionen“ kursieren unterschiedliche Konzepte. Sie reichen von der Einführung eines Präsidentsystems (PSI, Faschisten u.a.) bis zu Änderungen des Wahlrechts in Richtung auf ein Mehrheitswahlssystem zur Aus-

schaltung kleinerer politischer Kräfte. Die Fronten verlaufen kompliziert. Was sich im einzelnen durchsetzen wird, ist unklar. Aber die Forderungen nach Stärkung der Zentralmacht und Beschränkung der parlamentarischen Opposition sind stark. Scalfaro war gerade einen Tag gewählt, da erklärte der Fiat-Chef Agnelli in Frankfurt auf einer Tagung zur Europäischen Währungsunion: „Die Exekutive (in Italien, rok) muß stärker sein können, und man muß zu einer Abgeordnetenversammlung kommen, die weniger Parteien hat.“ (1) Scalfaro hat vor einigen Monaten noch gegen seinen Amtsvorgänger Cossiga und dessen „Schläge mit der Spitzhacke“ (Cossiga) gegen die aktuelle italienische Verfassung polemisiert. Jetzt gibt er bekannt, daß er selbst eine „globale Revision der Verfassung“ (2) anstrebe. Die absehbaren Verfassungsänderungen, Stärkung der Zentralmacht, weniger soziale Garantien, weniger parlamentarische Opposition u.a. lösen freilich keines der vorliegenden schweren Probleme wie die Nord-Süd-Spaltung des Landes, sondern tragen eher zu ihrer weiteren Verschärfung bei.

### Haushaltssanierung

Als Maßnahmen der Haushaltssanierung verlangen die italienischen Konzerne als nächstes die Einschränkung von Sozialausgaben. Sie können sich dabei gut hinter der EG und speziell der Regierung der BRD verschanzten. Kohl hat auf der Frankfurter Tagung gerade an die Adresse von Ländern wie Italien erklärt, der Währungsunion könne nur beitreten, wer Inflation, Steuern und öffentliches Defizit in strenge Grenzen gebracht habe. Und das könnten nur Länder mit einer „Stabilitätskultur“. (1) Prompt hält das (deutsche) Wort „Stabilitätskultur“ in der innenpolitischen Diskussion in Italien Einzug. Agnelli hat in Frankfurt gesagt, wie er sich die Haushaltssanierung vorstellt: „Jetzt haben wir einen neuen Staatspräsidenten, bald werden wir eine neue Regierung haben. Einschnitte bei den Ausgaben werden nötig sein, vor allem bei Renten und Gesundheit, und weniger Steuerflucht.“

### „Kampf gegen organisiertes Verbrechen“

Beim „Kampf gegen das organisierte Verbrechen“ wird es wie in der Vergangenheit um eine Ausdehnung staatlicher

Repressionsmittel gehen. Das hilft aber gegen die Mafia nicht wirklich, und das zeigt auch der Fall Falcone. Falcone („ein wahrer Preuß Siziliens“, so die Zeitung *L'Unità*) steht wie kein anderer für den Kampf gegen die Mafia mit staatlichen Repressionsmitteln: „Die Verwundbarkeit der Mafia gezeigt zu haben, stellt auch für die Ermittler eine Kraft dar in dem Maß, in dem das ein Bewußtsein schafft, daß die Mafiosi Menschen wie die anderen sind, Kriminelle wie die anderen, und daß sie mit einer wirksamen Repression bekämpft werden können.“ (Falcone) Für ihn war der Kampf gegen die Mafia ein „regelmäßiger Krieg mit seinen Toten und Verletzten“, der wie jeder Krieg mit größter Anstrengung und Ernsthaftigkeit geführt werden müsse. (3)

Falcone führte die „Maxi-Prozesse“ gegen die Mafia in der zweiten Hälfte der 80er Jahre mit Hunderten von Angeklagten und vielen Verurteilungen. Von einem wirklichen und bleibenden Erfolg dieser Politik gegen die Mafia kann dennoch keine Rede sein. Im Gegenteil, die Geschäftsmacherei mit kriminellen Mitteln und die Verflechtung von Mafia, Verwaltungen, Regierungen und regierenden Parteien dehnen sich weiter aus. Die parlamentarische Antimafiakommission untersucht inzwischen auch im Norden und stellt fest, daß sich Mafia-„familien“ auch dort etabliert haben.

Mehr noch: Über weite Strecken sind die Beziehungen zwischen öffentlichen Auftraggebern und industriellen Unternehmen inzwischen außerhalb der Legalität. Aktuelles Beispiel ist Mailand. Seit Februar ermitteln die Untersuchungsbehörden über Korruption zwischen Unternehmen (darunter ein Fiat-Baukonzern) und der Stadtverwaltung. Mehr als 30 Unternehmer und Politiker (darunter Minister der lombardischen Regionalregierung) sind in Haft. Die Mailänder Stadtverwaltung ist zurückgetreten. Die Untersuchungsbehörden sprechen von einem allgemeinen Klima der Korruption und Erpressung in einer Stadt, die — im Unterschied z.B. zu Palermo — als industrielles und Finanzzentrum gilt und sich lange Zeit als moralisches Gegenstück zur Mafia des Südens hingestellt hat.

Hier wird auch die Aussichtslosigkeit einer Antimafiapolitik deutlich, die sich auf staatliche Repressionsmittel konzentriert. Es sind gesellschaftliche Tenden-

zen, die heute die Ausdehnung von Mafiapraktiken fördern: Die Konzerne werden in ihrer Profitmacherei brutaler und in der Wahl ihrer Mittel rücksichtsloser. Sie scheren sich zunehmend weniger um die „Rechtsstaatlichkeit“ ihrer Aktivitäten. Ihre Repräsentanten geraten mit der ihnen grundsätzlich freundlich gesinnten Justiz häufiger zusammen. Das schafft ein Klima, in dem auch die Geldmacherei mittels Gewaltandrohung und Gewaltanwendung immer „normaler“ erscheint.

Auch Regierungstätigkeit und Behördenhandeln tragen zur Unterhöhlung von Rechtsstaatlichkeit bei. Zum Beispiel die Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen. So häufen sich etwa Meldungen, daß hilfessuchende Menschen von Krankenhäusern abgewiesen werden. Persönliche Beziehungen und/oder Zahlung von Vermittlungsgeldern erscheinen immer wichtiger, wo öffentliche Leistungen selbst bei elementaren Dingen versagen.

Schließlich findet die Mafia auch ständig neuen Boden aus der sozialen und regionalen Spaltung des Landes. Wo massenhaft Menschen aus der Landwirtschaft kein Auskommen mehr haben, aber auch keine Chance auf eine Arbeit in anderen Wirtschaftszweigen, und wo ihnen obendrein eine erträgliche Arbeitslosenversicherung verweigert wird, muß der Anschluß an einen Mafiaclan mit Aussicht auf ein Einkommen, mit einer wie auch immer gearteten sozialen Absicherung in der Mafia, „familie“, mit Unterstützung gegen die staatlichen Stellen usw. für viele Menschen als einziger Ausweg erscheinen. Der Appell an die Moral oder auch die Drohung mit staatlichen Gewaltmitteln bleiben da hohl. Da mögen sich die Vorschläge für staatliche Gewaltmittel überschlagen (der faschistische MSI fordert gar in der Tradition des italienischen Faschismus „Gegenmaßnahmen militärischer Art, eine staatliche Kriegserklärung in Sizilien, um die Todesstrafe anzuwenden zu können“). (4)

Solange die Konzernwirtschaft und die Regierungspolitik den Boden beackern, auf dem Mafia gedeihen kann, wird der „Kampf gegen das organisierte Verbrechen“ nicht zu den behaupteten Zielen führen.

Quellen: (1) *la Repubblica*, 27.5.92; (2) *RAI*, 27.5.92; (3) *L'Unità*, 24.5.92; (4) *Corriere della Sera*, 25.5.92 — (rok)



Transparente gegen die Mafia in Palermo nach dem Attentat auf Falcone. Die Gewerkschaften riefen zu einer Arbeitsniederlegung auf.

Chrome Chemical (SA) ist eine eine Fabrik, die seit 1974 vollständig dem Bayer-Konzern gehört. Die Fabrik liegt in der Nähe von Durban (Südafrika), die Beschäftigten produzieren Chromverbindungen. Die Fabrik wird von einer konzerneigenen Mine beliefert. Viele der Beschäftigten von Chrome Chemical leiden an schweren Krankheiten, die sie sich durch die Arbeit zugezogen haben. Bis 1991 arbeiteten ca. 260 Leute für Chrome Chemical, 215 wurden im Mai 1991 entlassen. Die Mine produziert jedoch weiter. Auf der Hauptversammlung der Bayer AG, die am 30. April in Köln stattfand, sprach für die Kritischen Aktionäre und die Coordination gegen Bayer-Gefahren Dr. Colvin von der arbeitsmedizinischen Abteilung der Universität von Natal in Durban. Dr. Colvin berichtete über die Folgen der Ausbeutung durch den Bayer-Konzern für die Arbeiter und die Forderungen der Chemiearbeitergewerkschaft CWIU. Die Erkenntnisse der Universität beziehen sich nur auf Chrome Chemical. Über die Verhältnisse in der Bayer-Mine hat die Universität keine gesicherten Kenntnisse. Der Bayer-Konzern weist die erhobenen Vorwürfe zurück und weigert sich, den Forderungen der Chemiearbeitergewerkschaft CWIU in Südafrika/Azania nachzukommen.

Dr. Colvin protestierte gegen die Stellungnahme des Bayer-Konzern mit dem Hinweis, daß in Deutschland seit Anfang der dreißiger Jahre äußerst strenge Arbeitsschutzvorschriften bestehen für die Arbeit mit Chromaten. Seitdem ist bekannt, daß Chromate ätzend auf die Haut und andere Gewebe wirken und daß sie Lungenkrebs und andere Krebskrankungen der Atemwege hervorrufen können. Die Arbeitsbedingungen bei Chrome Chemicals seien jedoch weit von diesen Vorschriften entfernt.

## Bayer Südafrika schädigt Gesundheit von Chromarbeitern

Dr. Colvin führte weiter aus: „Wie aus werksinternen Berichten zu entnehmen ist, litten 1991 34 % von 129 ehemaligen Arbeitern an Nasenscheidewandperforation, d.h. Löchern in der Nasenscheidewand. Bevor Löcher in der Nasenscheidewand entstehen, bilden sich Geschwüre. Wenn die Arbeiter dann nicht sofort an einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden, sondern weiter der extrem hohen Konzentration von Chromstaub ausgesetzt bleiben, frisst sich das Geschwür durch die Membran und die Knorpel der Nase.“

Sehr geehrte Damen und Herren, die Mehrzahl dieser Arbeiter hat solch große Löcher in der Nase, daß sie ihren Finger in das eine Nasenloch einführen und zum anderen wieder herausstecken können. Viele von ihnen leiden an Nasenschmerzen, Nasenbluten, laufendem Schleim, dem Gefühl einer verstopften Nase und pfeifenden Geräuschen bei jedem Atemzug. In manchen Fällen bricht die Nase vollständig ein, da durch das riesige Loch der notwendige Halt fehlt.

Obwohl die Bayer-Werksärzte dieses gesundheitliche Problem feststellten und aufzeichneten, teilten sie den Arbeitern nichts über die Anfänge ihrer Krankheit mit. Es wurden keine Schritte unternommen, die kranken Arbeiter an einen anderen Arbeitsplatz zu versetzen. Genau sowenig beantragte der untersuchende Werksarzt eine Entschädigung für die Arbeiter. Zudem mußten sie sowohl ihre Medikation als auch die ärztliche Behandlung außerhalb des Werkes aus eigener Tasche zahlen.“

Das allergrößte gesundheitliche Problem, das durch Chrom verursacht wird, ist Lungenkrebs — die große Mehrzahl der Patienten stirbt daran. Bis heute haben wir acht Todesfälle unter den ehemaligen Arbeitern zurückverfolgen können, die an Lungenkrebs starben — aber wir vermuten, daß es sich nur um einen Bruchteil der tatsächlichen Fälle handelt. Die Arbeiter, die noch während ihrer Tätigkeit für Bayer an Lungenkrebs erkrankten, wurden entlassen. Nach ihrem Tod erhielt keiner der Angehörigen je Entschädigung.

Die Geschäftsleitung von Chrome Chemicals weigert sich hartnäckig, Informationen über die Chromstaubkonzentration in der Luft vorzulegen. ... Trotzdem wissen wir, daß die Chromstaubkonzentration enorm hoch ist. Die Arbeiter berichten, daß sie teilweise nur wenige Meter weit sehen konnten, weil die Staubwolken oft so dicht waren. ...

Bereits 1973 protestierten Arbeiter, die gerade mit der Bildung unabhängiger, nichttrassistischer Gewerkschaften begannen, gegen die gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen bei Chrome



Pantomime gegen die Selbstherrlichkeit der weißen Siedler.

Chemicals. 1989 wandten sich Gewerkschaftsvertreter gemeinsam mit Witwen von verstorbenen Chrome-Chemical-Arbeitern an die Universität Durban. Sie waren besorgt, weil immer wieder Arbeiter krank wurden, daraufhin entlassen wurden und kurz darauf starben. Es gelang Dr. Colvin, die Krankengeschichte von drei Arbeitern bei den Krankenhäusern einzusehen. Alle drei waren an Lungenkrebs gestorben. Dr. Colvin berichtete, daß dies nur ein kleiner Teil ist:

„Wir befürchten stark, daß viele schwarze Arbeiter zurück in ihre ländlichen Gegenden gegangen sind — den sogenannten Homelands — und dort ohne ärztliche Versorgung dahinsiechen oder an Krebs gestorben sind. Die Arbeiter, die entlassen wurden, haben ein schweres Schicksal. Sie können keine anderen Arbeitsplätze bekommen, weil sie krank, wie sie sind, von keinem anderen Arbeitgeber eingestellt werden. Arbeitslosengeld gibt es in Südafrika nur maximal sechs Monate lang. Viele Arbeiter haben deshalb zur Zeit kein Einkommen. Gleichzeitig müssen sie aber die Ausgaben für ihre ärztliche Behandlung selber bezahlen. ...“

Die CWIU fordert deshalb von Bayer, erstens die Verantwortung für diese Gesundheitsschäden zu übernehmen. Zweitens, einen Fonds einzurichten. Von dem Geld dieses Fonds müssen die ehemaligen Arbeiter ausfindig gemacht werden, um diese medizinisch zu untersuchen. Aus dem Fonds sollen angemessene Entschädigungen gezahlt werden an chromerkrankte Arbeiter oder die Familien derjenigen Arbeiter, die an Chrom gestorben sind. Drittens soll Bayer dieselben Arbeitsschutzmaßnahmen und dieselbe Umwelttechnologie einsetzen wie in der BRD.

Quelle: Pressemitteilung der Coordination gegen Bayer-Gefahren — (old)



## UNO-Sanktionen gegen Jugoslawien

Vor anderthalb Jahren bot der kroatische Staatspräsident Tudjman dem serbischen Präsidenten an, Bosnien untereinander aufzuteilen. Vor gut einem Monat trafen sich Vertreter der Serben und Kroaten aus Bosnien im österreichischen Graz und besprachen dort die Modalität einer Aufteilung. Nach Angaben des serbischen Außenministers Jovanović soll bei den jüngsten Gesprächen mit Vertretern der EG der serbischen Delegation zugesagt worden sein, daß die Hälfte des bosnischen Staates an Serbien abgetreten werden kann.

Vor diesem Hintergrund sind die Kämpfe um Bosnien-Herzegowina zu betrachten. Sowohl Kroatien wie auch Serbien versuchen, auf dem Balkan eine dominierende Rolle zu spielen. Kroatien ist bei der gegenwärtigen Aufteilung der Territorien dazu aber keineswegs in der Lage. Der kroatische Generalstab kündigte daher auch schon an, die Gebiets-erweiterungen nicht nur auf Bosnien zu beschränken, sondern auch in serbische Regionen vorzudringen. Für Serbien gilt es, dieser Verringerung seines Territoriums zu begegnen und möglichst viel Verhandlungsmasse bei einer endgültigen Aufteilung des alten Jugoslawien zu erreichen. Dazu bedient sich die serbische Regierung eines lauthals verkünde-

ten serbischen Chauvinismus, der rassistisch begründet wird und sich militärisch auf die Truppen des Cetnikführers Četeljić stützt, die in Bosnien die Dreckarbeit leisten. Die Imperialisten treiben die Serben dabei noch an. Stimmt die Aussage des serbischen Außenministers Jovanović, so muß man dies als geschicktes Manöver interpretieren, Vorwände zu schaffen, um Serbien militärisch in die Knie zu zwingen. Die Situation ist ähnlich wie im Kuwait-Konflikt. Damals machte die amerikanischen Botschafterin in Bagdad Andeutungen, daß gegen eine eventuelle Annexion Kuwaits durch den Irak keine Bedenken angemeldet werden. Hussein fiel auf den Trick herein. Serbien scheint es nun ähnlich zu gehen. Die Imperialisten setzen zunächst aber auf den destabilisierenden Effekt der UNO-Sanktionen. Erwartet wird ein Aufstand gegen die Milosević-Regierung. Als Alternative bietet sich der promonarchistische Vuk Drašković an, der derzeit an der Spitze der serbischen Oppositionsbewegung steht. Dieser hatte in einem Interview im Juli 1991 gesagt: „Ich hoffe auf ein Patronat Europas (über den Balkanstaat, hav), auch wenn das erniedrigend ist.“ Und das ist wohl ganz im Sinne der EG-Bourgeoisie. — (hav)

## Alternatives Aids-Symposium

Die offizielle Theorie über die Immunschwächekrankheit Aids lautet, diese werde durch eine Infektion mit dem HIV (Human Immunodeficiency Virus) verursacht. In Amsterdam fand Mitte Mai ein Kongreß von rund 200 Fachleuten und Interessenten statt, die diese Theorie bezweifeln.

Martien Brands, Mitorganisator des Symposiums, sieht neben dem Virus auch andere Ursachen: „Solche Faktoren sind jahrelanger Konsum von Drogen und Medikamenten, Unter- und Fehlernährung, Geschlechtskrankheiten, Bluttransfusionen und psychosozialer Stress. Alle diese Faktoren sind selber bereits hinreichend, um das Immunsystem so nachhaltig zu schädigen, daß der Körper sich nicht mehr gegen Infektionskrankheiten wehren kann.“

Luc Montagnier vom Pasteur-Institut in Paris hielt zwar an der Notwendigkeit des HIV bei der Aids-Entstehung fest, der Virus allein genüge aber nicht: „Eine HIV-Infektion und die Entwicklung zu Aids kommen eher bei Menschen vor, deren Immunabwehr bereits unterdrückt ist.“ Der menschliche Organismus insgesamt spiele eine ebenso wichtige Rolle wie die Viren.

Peter Duesberg, Virologe an der

Berkley-Universität, vertritt die Auffassung, daß die Aids-Epidemie in den USA und Europa vor allem durch Drogen und Anti-HIV-Medikamente verursacht werde. Dafür spräche, daß die Aids-Epidemie zeitlich auf die massive Ausdehnung des Drogenkonsums folgt sei.

Gordon Stewart, emeritierter Professor der Universität Glasgow: „Die mangelhafte Immunabwehr bei Patienten mit der Diagnose Aids ist ein auf bestimmte Bevölkerungsschichten beschränktes komplexes Mangelsyndrom (Krankheitsbild, d. Red.)...“

Von Betroffenen wurde vorgetragen, daß die Angst, die durch die Tests entstehe, oft verheerende Wirkungen habe. Michael Callen, Autor des Buches „Surviving Aids“ (Aids überleben), der seit zehn Jahren mit der Diagnose Aids lebt, beklagt, daß sich die Wissenschaftler nicht für jene interessieren, die Aids überlebt haben. Seiner Erfahrung nach spiele hierfür eine wichtige Rolle die Fähigkeit, sein eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen, die „heilende Beziehung“ zu einem Arzt, ebenso das Verändern der Lebensweise, eine bessere Ernährung und soziale Kontakte.

Neue Zürcher Zeitung, 28./29.5. — (alk)

## Generalstreik in Euskadi und Spanien

Der 24-stündige Generalstreik in Euskadi (Baskenland) am 27. Mai hat das öffentliche Leben umfassend lahmgelegt. Zu dem Ausstand hatten folgende Gewerkschaften aufgerufen: ELA-STV (baskische Gewerkschaft, der baskischen Provinzregierung nahestehend), Comisiones Obreras, UGT und LAB (letztere für ein sozialistisches Baskenland eintretend). In den anderen Regionen Spaniens hatten die Gewerkschaften für den 28. Mai zu einem siebenstündigen Generalstreik aufgerufen. Nach Gewerkschaftsangaben war auch dieser siebenstündige Streik „ein voller Erfolg“. Schwerpunkt des Streiks waren die Großbetriebe. Während in Euskadi Barrieren auf den Straßen und Gleisen den Verkehr verhindern konnten, verkehrten in den anderen Regionen Spaniens noch einige Züge, Busse und Straßenbahnen. Bei massivem Polizeiaufgebot in den Städten kam es zu circa 30 Festnahmen. Der Generalstreik, der sich gegen die neuen gesetzlichen Einschränkungen beim Arbeitslosengeld richtete, stieß auf breite öffentliche Unterstützung. Da in Spanien fast jeder dritte neue Arbeitsvertrag nur befristet

ist, verlieren viele Beschäftigte mit der Änderung des Arbeitslosengesetzes ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld. Auch die spanischen Bischöfe sahen sich zu einer Stellungnahme veranlaßt. Darin wurde die Regierung González angeklagt, weil mit einigen der neuen gesetzlichen Bestimmungen die am meisten gedrückten und schwächsten Bereiche der Gesellschaft bestraft würden. Gleichzeitig ruft „das Episkopat zum Gewaltverzicht und zum Dialog auf. In Euskadi verband sich die Kritik am neuen Arbeitslosengesetz mit dem Protest gegen die regierungsamtliche, EG-treue Industriepolitik. Die Gewerkschaftsführungen in Euskadi bekräftigten, daß die Regierung jetzt eine Wende in ihrer Politik des Anschlusses an Europa vollziehen müsse. Sie forderten ausdrücklich, daß die Verwaltungen sich schnell um den industriellen Fortschritt in Euskadi kümmern sollten. Die Regierung genieße keine Unterstützung mehr für ihr Modell Europa. Nach Ansicht des baskischen Unternehmensverbandes war „der Streik ein Attentat auf die Freiheit der Bürger und auf das Recht zu arbeiten“. — (ros)

## Internationale Umschau



Etwa 40000 Teilnehmer zählten die ERNK-Europavertretung und die flämische Partei der Grünen, Agalev, auf einer gemeinsamen Großdemonstration am 21. Mai in Brüssel, zu der von kurdischer Seite europaweit mobilisiert worden war und die auch von anderen fortschrittlichen politischen Organisationen und Gewerkschaften in der EG unterstützt wurde. Die Demonstration sollte den Europarat und andere EG-Organen unter Druck bringen, das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes nicht länger zu ignorieren. — (rül, Bild: Solidair)

### Großgrundbesitzer setzen sich durch

Die Regierung von Honduras hat den Direktor des Nationalen Landwirtschaftsinstitutes entlassen. Dieser hatte landlosen Bauern Besitztitel für rund 4000 Hektar Land zugesprochen, das von den Bauern seit Anfang Mai besetzt gehalten wurde. Hinter der Entlassung wird die Vereinigung der Großgrundbesitzer vermutet. Der neue Direktor ließ als erstes das Abkommen mit den Bauern annullieren und kündigte die Vertreibung von den Grundstücken an. Bereits vor drei Monaten war ein neues Landgesetz verabschiedet worden, wonach statt Förderung von Kleinbauern Plantagenwirtschaft, auch durch ausländische Unternehmen, Vorrang erhalten soll. NZZ, 24./25.5. — (alk)

### Rotes Kreuz kritisiert Haftbedingungen in Israel

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, das sich üblicherweise eher nichtöffentlich um politische Gefangene bemüht, hat jetzt in ziemlich scharfer Form die israelischen Behörden aufgefordert, die Haftbedingungen für palästinensische Gefangene aus den besetzten Gebieten zu verbessern. Bei Besuchen hat das IKRK festgestellt, daß Untersuchungsgefangene physischem und psychischem Druck ausgesetzt werden. Gängige Praxis sind Verhöre durch kollaborierende Mitgefangene. Da keine Behörde direkt für die Untersuchungsgefangenen zuständig ist, tummelt sich der Geheimdienst in den Gefängnissen und führt die Verhöre durch. — (alk)

### Vereinigte Linke auf Distanz zum EG-Anschluß

Auf der dritten Konferenz der Izquierda Unida (IU, Vereinigte Linke Spaniens) vom 22. bis 24. Mai 1992 kam es nicht zur öffentlich erwarteten Spaltung zwischen der Gruppe der „Erneuerer“ und anderen. Vielmehr stellte die Konferenz bezugnehmend auf die aktuelle EG-Politik mit großer Mehrheit fest, daß „beim Gipfel von Maastricht Regeln für den europäischen Zusammenschluß aufgestellt wurden, die von den Interessen der multinationalen Konzerne und der konservativen Kräfte auf dem Kontinent bestimmt sind“. Weiter wurde gefordert, daß „der Wettlauf für einen neuen europäischen Binnenmarkt nicht hinführen dürfe zur Zustimmung zu einem asozialen und undemokratischen Europa, wohin derzeit der Kurs geht“. Deshalb beschloß die Konferenz, bei Abstimmungen über die Maastrichter Vereinbarungen sich der Stimme zu enthalten. Damit wurden die Abgeordneten der IU kritisiert, die vorher im spanischen und europäischen Parlament den Vereinbarungen von Maastricht unter Vorbehalt zugestimmt hatten. Der Bruch zwischen den verschiedenen Gruppen in der IU war zu Beginn der Konferenz durch einen Pakt verhindert worden. Darin wurde vereinbart, daß die spanische Verfassung und die Demokratie respektiert werden und daß die ideologische Basis der IU der „demokratische Sozialismus“ sei. — (ros)

### Konservativer Präsident in Österreich

Der überraschende Ausgang des zweiten Wahlgangs für den österreichischen Bundespräsidenten — gewonnen hat der Kandidat der ÖVP, Klesstil, vor dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei — hat unter anderem den deutschen Nationalen Haider von der FPÖ gestärkt. Auf seine Wahlempfehlung hin hatten die FPÖ-Wähler des ersten Wahlgangs „bürgerlich“ gewählt. So erhöhte Klesstil z. B. in Kärnten seinen Anteil von gerade 24 % um jene 30 %-Punkte, die beim ersten Wahlgang auf die Kandidatin der FPÖ gefallen waren. Jetzt forderte Haider Neuwahlen, da die Koalition von ÖVP und SPÖ „verbraucht“ sei. Der Wahlkampf von Klesstil, betont parteifern und kritisch auch gegenüber der eigenen Partei, brachte ebenfalls eine Stärkung für den Populismus der Rechten, die sich gerne auf Partei- und Politikverdrossenheit beziehen. — (alk)

### Nationalismus etwas zurückgedrängt?

Laut Umfragen sollen die linken Parteien bei den bevorstehenden Parlamentswahlen in der CSFR im slowakischen Teil mit einer Mehrheit rechnen können. Das ist nicht unwahrscheinlich, denn die Wahlprogramme aller Parteien, soweit sie uns aus der gefilterten Berichterstattung bekannt sind, nehmen ziemlich stark auf die Wirtschaftsprobleme der Masse der Bevölkerung Bezug, wogegen die Propaganda gegen die Tschechei bis hin zur Lostrennung der Slowakei eher in den Hintergrund tritt. Die Bewegung für eine demokratische Slowakei, laut Umfragen soll sie die stärkste Partei werden, betont gegenüber dem brutal-marktwirtschaftlichen Kurs des Finanzministers Klaus, daß Elemente der Staatslenkung nötig seien. Die Christdemokraten, die gegen den Rückfall in „kollektivistische Vorstellungen“ polemisieren, sind den Umfragen nach hinter die Partei der ehemaligen Kommunisten auf den dritten Platz zurückgefallen. Die Sozialdemokraten mit Dubcek sprechen davon, daß die Arbeitnehmer in der Zeit der Umstellung des besonderen Schutzes bedürften. Dagegen sind die Versammlungen der Slowakischen Nationalpartei, die offen für einen unabhängigen slowakischen Staat eintritt, eher schlecht besucht. — (alk)

### Münchener Abkommen von Anfang an ungültig

Nach dem Staatsbesuch des britischen Premierministers haben jetzt alle Unterzeichner des sogenannten Münchener Abkommens, mit dem Hitler 1938 sich internationale Zustimmung zur Annexion von Teilen der Tschechoslowakei erpreßte, gegenüber der Regierung der CSFR erklärt, dieses Abkommen sei „von Anfang an“ ungültig gewesen — außer der BRD, die sich revanchistische Ansprüche von Sudetendeutschen offenhalten will. Schon während der Verhandlungen über den deutsch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrag, mit dem die CSFR vergeblich versuchte, von der BRD eine Nichtigkeitsklärung zu erhalten, hatten Italien und Frankreich eine entsprechende Erklärung abgegeben, daß auch sie das Münchener Abkommen von Anfang an für ungültig ansehen. Süddeutsche Zeitung, 29.5. — (alk)



Nach 19 Monaten Streik haben die 1700 Lohnabhängigen des US-Stahl- und Aluminiumkonzerns Ravenswood in Ravenswood die Konzernleitung zum Einlenken und zur Wiederaufnahme von Tarifverhandlungen mit ihrer Gewerkschaft gezwungen. Zwischenzeitlich hatte der Konzern allen Streikenden die „fristlose und endgültige Kündigung“ geschickt und versucht, mit Streikbrechern die Produktion fortzuführen. Am 16. Mai feierten die Streikenden und ihre Familien die Wiederaufnahme der Verhandlungen durch die Kapitalisten auf einer großen Kundgebung (Bild). Vertreter von neun anderen Gewerkschaften übergaben Solidaritätsspenden für die Streikenden in Höhe von 34000 Dollar. — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

## Bau: Neue Lohn- und Rahmentarifverträge

Die 1,03 Millionen Beschäftigten im westdeutschen Baugewerbe erhalten rückwirkend zum 1. April 5,8 Prozent höhere Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen bei einer Laufzeit von einem Jahr.

Die Lohnabhängigen in der ehemaligen DDR erhalten ab dann 77 Prozent der westdeutschen Bezüge. Die neuen Rahmentarifverträge, die ab 1.1.1993 in Kraft treten und eine Laufzeit von drei Jahren haben, beinhalten eine Urlaubserhöhung auf 30 Tage, eine Erhöhung des Kilometergeldes und eine Erhöhung der Erschwerniszuschläge um 22 Prozent. In den neuen Bundesländern gelten ab 1993 27 Tage Urlaub, ab 1995 dann auch 30 Tage. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 39 Stunden festgelegt, in den neuen Bundesländern wird sie in drei Stufen von derzeit 42 Stunden bis zum 1.9.94 auf 39 Stunden gesenkt. Die 30 Tage Urlaub für die Arbeiter setzen sich jetzt zusammen aus 22 frei verfügbaren und 8 Tagen sogenanntem Zusatzurlaub, der nur in der Schlechtwetterzeit vom 1. November bis 31. März genommen werden kann. Vorher waren es für Arbeiter unter 35 Jahren 18 Tage Urlaub und 5 Tage Zusatzurlaub, für Arbeiter über 35 Jahren 21 Tage Urlaub und 5 Tage Zusatzurlaub. Da pro Urlaubstag 0,38 Prozent vom Jahres-

bruttolohn als Urlaubsentgelt gewährt werden, erhöht sich dieses auf 11,4 Prozent Urlaubsentgelt insgesamt. Das zusätzliche Urlaubsgeld beträgt 30 Prozent vom Urlaubsentgelt und erhöht sich damit auch. Für einen Spezialbaufacharbeiter mit einem angenommenen Jahreslohn von 45000 DM erhöht sich das zusätzliche Urlaubsgeld somit um ca. 400 DM. Diese Koppelung an den Lohn bewirkt, daß die Arbeiter, die am härtesten arbeiten müssen und sowieso weniger Geld bekommen, auch noch für ihren Erholungsurlaub weniger Geld zur Verfügung haben.

Daß die Baukapitalisten den Schlichterspruch von 5,8 Prozent angenommen haben, sieht die BSE als Erfolg einer hohen Streikbereitschaft. Ein Streik in den Sommermonaten bei den derzeitigen hohen Auftragsbeständen hätte den Kapitalisten auch viel Geld gekostet. Weiterhin sieht BSE in dem Abschluß einen Erfolg gegen „die politisch gesteuerte Wende aus Bonn.“ Trotzdem bleibt festzuhalten, daß 5,8 Prozent brutto nicht viel über der Preissteigerungsrate liegt und demnächst mit weiteren Abzügen zu rechnen ist, während die großen Baukonzerne im letzten Jahr Auftragssteigerungen um 20 Prozent hatten und sich hohe Profite eingesteckt haben. — (tja)

## Gegen das Treffen des „Coburger Convent“

Coburg ist alljährlich einer Belagerung ausgesetzt, der inzwischen sogar einige Gastwirte mit Grausen entgegensehen. Die Pfingstorgie der CC (Coburger Convent) -Waffenstudenten in der Vestestadt wird von den BürgerInnen zumeist gleichgültig hingesehen. Wir GegnerInnen des CC-Nationalismus werden in der Tagespresse als „Störer“, „Chaoten“, „Berufsdemonstranten“ und bestenfalls als „ausschließlich Jugendliche“ hingestellt bzw. beschimpft. Das „Coburger Tagesblatt“, dessen rechte Schlagseite auf die Nazizeit zurückgeht, tut sich dabei besonders hervor.

Viele BürgerInnen in Coburg denken wohl, Studenten, das seien junge Männer, die sich mit Mützen und Bändern maskieren und die in Bierlaune die Nächte durchzechern. In Wahrheit sind die schlagenden Verbindungen — für die der CC einen Dachverband bildet — nur eine kleine Minderheit an den deutschen Hochschulen. Sie glauben und behaupten, sie seien etwas Besseres — eine Elite — und sie lassen das gerne raushängen. Was „Besseres“ sind die Korporierten zweifellos durch ihre materiellen Möglichkeiten. Wohnungsprobleme, die heute viele StudentInnen plagten, werden ihnen von den „Alten Herren“ abgenommen. Ein „Alter Herr“, das ist ein Academicus, der es zu etwas gebracht und der voll Stolz auf die Ahnenreihe des reaktionären Ausbeuterstandes zurückblickt. Ihre Ideologie bauen die CC-ler seit 123 Jahren auf drei Grundbegriffe. An erster Stelle steht für sie die Ehre, dann folgt ihre Korporation (Freundschaft) und das dritte ist das deutsche Vaterland. Nachdem sie im Faschismus kräftig mitmischten, sie wurden reibungslos in den Nazistudentenbund integriert, geben sie sich heute demokratisch, weshalb der Begriff Freiheit (ihre eigene!) zu CC-Würden kam.

Was brockt der CC den seinen ein? Mensch könnte sagen, die Waffenstudenten übertreffen ihre eigene Versoffenheit nur noch durch ihren reaktionären Starrsinn. Unbeirrt halten sie an dem Glauben fest, das deutsche Volk hätte zwei ehrenvolle Kriege geschlagen. Wahr dagegen ist, daß die deutsche Bourgeoisie die Welt in zwei verbrochene Kriege stürzte, worauf die Faschisten stolz sind. Am Pfingstsonntag veranstaltet der CC im Hofgarten eine Helldenkverehrung, die etwas Schauriges hat. Wie die frisch polierten Zinnsoldaten stellen sich die fahnen- und säbelhaltenden Schwanzträger in Reih' und Glied auf, um ihren verblenden, gefallenen Kameraden zu gedenken. Die Chargierten, die in vollem Wicks antreten, kommen sich dabei besonders wichtig vor.

Wie schon Jules Huret über die Burschen schrieb: Die Jugend findet daran Vergnügen, sich ein wichtiges Ansehen zu geben. ...

### Gegen Nationalismus, Rassismus, Elitedenken — in Coburg & überall

Vor 13 Jahren, an Pfingsten 1979, gab es die erste Demonstration gegen die schlagenden Verbindungen des „Coburger Convent“. Seit 1986 konnten die antifaschistischen Gegenaktionen jährlich organisiert werden. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, unser altes Motto CC raus durchzusetzen, aber unsere Proteste sind nicht ohne Wirkung geblieben. Der Narrenrummel des CC ist ins Gerede gekommen, und so sehen sich die Herren Akademiker gezwungen, ihr angeschlagenes Image aufzupolieren. Neuerdings geben sie sich sogar umweltfreundlich, und angeblich spendete eine Korporation für Indien. Am reaktionären Grundcharakter dieser bierseeligen Nationalisten aber hat sich nichts geändert. Ihr Deutschlandlied („... von der Maas bis an die Memel ...“) sangen sie letztes Jahr mit allen drei Strophen — im Festzelt. Manche KritikerInnen, allen voran der OB und die Jusos, haben sich mit diesem Täuschungsmanöver zufriedengegeben. Die befackelte Wahnstunde am Pfingstmontag wurde in Feiern umbenannt, aber die Säbel schwingen sie noch! Sie schwangen auch die Säbel, als sie 1919 in die Freikorps strömten, um die Revolution der ArbeiterInnen blutig niederzuschießen. Die Freikorps wurden zu Faschisten und der Coburger Convent gliederte sich problemlos in das 3. Reich ein. Damals sagten sie stolz: Unser Nationalismus entspringt dem gleichen Geist wie der Nationalsozialismus. Wir sagen, daß diese Linie erst gebrochen wird, wenn der CC und die anderen Korporationen verschwinden. Nach dem Krieg waren die Verbindungen von den Alliierten verboten, insbesondere die Mensur (Schlagen mit scharfen Waffen) und das Farbentragen (Uniformierung). Der Militarismus der Korporationen wurde von den Alliierten als eine Ursache des faschistischen Reiches und des Weltkrieges angesehen. Dem stimmen wir noch heute zu.

**Demonstration gegen den CC Montag, 8. Juni 1992, 16 Uhr in Coburg, HUK**

\* Für internationale Solidarität mit Flüchtlingen, ImmigrantInnen und antirassistischen Befreiungsbewegungen!

\* Für die Befreiung vom Patriarchat!

Quelle: Antifa Coburg, anti-cc-zeitung, Ausgabe Pfingsten 1992

## Gewerbeaufsicht NRW: Leiharbeit drückt Standards

**Düsseldorf.** Das Landesarbeitsamt NRW muß immer öfter gegen Leiharbeitsfirmen und Betriebe ermitteln, die illegal ausländische Arbeitskräfte, vor allem aus Osteuropa, beschäftigen. In mehr als 4000 Fällen wurden im letzten Jahr Verfahren gegen Unternehmen eingeleitet. 1,01 Mio. DM mußten als Verwarnungsgeld gezahlt werden. Auch die Gewerbeaufsicht NRW hat zunehmend mit dem Problem zu tun. In einem Bericht stellt sie ausdrücklich fest, daß auch die legale Beschäftigung von Ausländern in Leiharbeit oder auf Grundlage von Werkverträgen auf Lohn- und Arbeitsschutzstandards drückt. Die verbreiteten Sammel- bzw. Gemeinschaftsunterkünfte für osteuropäische Arbeiter genügen „häufig auch niedrig angesetzten Anforderungen an menschenwürdiges Wohnen nicht.“ — (wof)

## Ab August 10% höhere Kita-Beiträge

**Göttingen.** Die letzte Anhebung der Kita-Beiträge in den städtischen Einrichtungen ist gerade ein Jahr her. Ab August 92 sollen die Eltern erneut tiefer in die Tasche greifen. Der Grundbetrag soll auf Vorschlag der Verwaltung von jetzt DM 216 auf DM 238 angehoben werden. Die Erhöhung trifft in gleicher Weise auf die Hortplätze zu. Bei den Krippenplätzen macht die Beitragssteigerung sogar 20 % aus, da die Personal- und Sachkosten der dort kleineren Betreuungsguppen über den durchschnittlichen Kosten liegen. Begründet wird die geplante Erhöhung mit den Personalkostensteigerungen 1991 um ca. 14 % und 1992 um ca. 5 %. Die Verpflegungskosten waren erst im Dezember 91 im

Vorgriff auf die Haushaltsberatungen beschlossen worden. Unverändert gelten die Einkommensgrenzen zur Übernahme der Kinderbetreuungskosten durch die Stadt für Empfänger von Sozialhilfe, die im Januar 1991 vom Stadtrat beschlossen wurden. — (rein)

## Hebammen fordern bessere Arbeitsbedingungen

**Karlsruhe.** Auf dem 6. Kongreß des „Bundes Deutscher Hebammen“ (BDH) vom 18.-20.5. wurde von den rd. 2000 Teilnehmern scharf kritisiert: in der BRD gebe es ca. 10000 Hebammen, 15 % zu wenig. Vielfach müßten Hebammen mehr als eine Geburt gleichzeitig leiten. Der BDH fordert mehr Planstellen, höhere Bezahlung, Besetzung der Kreißsäle unabhängig von der zu erwartenden Geburtzahl, Einbeziehung aller geleisteten Arbeiten in die Personalbemessung. Gäste von SPD, FDP und vom Bundesministerium „unterstützten“ einige Forderungen — und hielten das Unzuständigkeitskarussell in Schwung: „zuständig“ seien nämlich Kassen und Krankenhausträger. — (wjw)

## Aktionen gegen faschistischen Kampftag

**Wilhelmshaven.** Gegen den vom faschistischen „Deutschen Kameradschaftsbund/Vereinigte Rechte“ durchgeführten „Nationalen Aktions- und Kampftag“ in Wilhelmshaven riefen Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Region unter dem Motto „Schaut nicht weg — greift ein! Verhindern wir den ‚Kampftag‘ am 23.5.1992!“ auf. Das Verbot der faschistischen Kundgebung und (!) der antifaschistischen Gegendemonstration durch die Stadt Wilhelmshaven wurde vom Verwaltungsgericht

Oldenburg am 22.5. wieder aufgehoben. Außerdem hatten 47 Wilhelmshavener Organisationen zu einer Kundgebung auf dem ursprünglich von den Faschisten vorgesehenen Sammelplatz vor dem Olympia-Werk in Roffhausen zu einer Kundgebung aufgerufen. Das Flugblatt des „Kameradschaftsbundes“ ergreift sich in Hetztiraden wie: „In einer Zeit, in der darüber diskutiert wird, ob es demnächst Heroin auf Krankenschein und LSD am Kiosk gibt; in einer Zeit, in der ausländische Drogendealer jedes Jahr hunderte von jungen Deutschen rücksichtslos umbringen; in der Polizei und Gerichte ihre Bankrotterklärung abgegeben haben und vor der organisierten Kriminalität kapituliert haben; in einer Zeit, in der Türken, Araber und Kurden Bürgerkrieg auf deutschem Boden spielen, ist der Staat nicht mehr imstande, seine Deutschen Bürger zu schützen.“ Etwa 1500 Menschen demonstrieren gegen den Aufmarsch der 150 Faschisten. Mehrere Antifaschisten wurden von der Polizei festgenommen. — (joi)

## Protest gegen weiteren Ausbau des FJS-Airports

**München.** Bei der Einweihung des Flughafens München II kündigten die Bürgerinitiativen ihren Protest gegen jeglichen weiteren Ausbau dieses Airports an. Die Stadt München mit ihrem 23 %-Anteil an der Flughafengesellschaft müßte für ein weiteres Terminal, das etwa eine Milliarde DM kostet, einen Anteil von 230 Millionen tragen. Die weltweit agierende Wirtschaft will sich diese Infrastruktur durch die öffentliche Hand bezahlen lassen — auf Kosten der sozialen Grundversorgung der Bevölkerung. Inzwischen explodieren Boden- und Mietpreissteigerungen weit über die offizielle Teuerungsrate. — (dill)



## Bochum-Wattenscheid: Antifaschistische Aktion

**Bochum-Wattenscheid.** 400 bis 500 Leute beteiligten sich an einer antifaschistischen Demonstration am 16.5.1992. „Verbot faschistischer Organisationen“, „Gleiche Rechte für Ausländer“, „Ein 33 ist genug“ lauteten einige Forderungen und Losungen auf Transparenten. Bei den Kundgebungen sprachen ein Bezirksvertreter der SPD, Leute von Sinti- und Roma-Unterstützern und autonomer Antifa sowie ein Bezirkssekretär der Gewerkschaft ÖTV. Der ursprünglich für den 17.5. in Wattenscheid geplante NPD-Parteitag fand nicht statt, die Stadt hatte die Räume anderweitig vergeben. — (wof, Bild: J.V.)

## Springer: Mit Rationalisierung wird die Expansion finanziert

Der Axel-Springer-Verlag (ASV) will in den kommenden zwei Jahren 1400 von 12620 Arbeitsplätzen wegrationalisieren. 700 Stellen sollen im Bereich der Verlage und Redaktionen abgebaut werden, 600 in der Administration. In Hamburg, wo mehr als die Hälfte der Beschäftigten arbeiten, sollen über 800 Stellen gestrichen werden. Zudem sollen 140 Arbeitsplätze in der EDV in eine gemeinsam mit Daimler-Benz zu gründende Firma ausgelagert werden, wo die Kollegen zunächst nur für ein Jahr übernommen werden und dies zu schlechten Bedingungen, als sie der Tarifvertrag für Verlage garantiert.

Das Rationalisierungskonzept, das über 500 Stellenstreichungen auch in den Betriebsstätten Ahrensburg, Berlin, Darmstadt, Kettwig u. a. vorsieht, wurde auf Grundlage einer Untersuchung der Unternehmensberatung Roland Berger & Partner entwickelt. Jährlich sollen 165 Mio. DM eingespart werden.

Der Gesamtbetriebsrat habe eine Betriebsvereinbarung zur „Milderung sozialer Härten bei Strukturanpassung und Rationalisierung“ abgeschlossen, entnimmt man der Presse. Der Betriebsrat in Hamburg erklärte auf einer Betriebsversammlung, er wolle dafür sorgen, daß „dieser Vorstandsbeschuß nicht umgesetzt wird“. Sollte der Arbeitsplatzabbau dennoch notwendig werden, so sei er zeitlich so zu strecken, daß es zu keinen Kündigungen komme. Instru-

mente seien Vorruhestand, Teilzeitarbeit für Ältere, Versetzungen und Umschulungen.

Der Vorsitzende des Springer-Vorstands, Wille, hatte im Februar erklärt, daß angesichts des verschärften Wettbewerbs auf dem Medienmarkt ein „Konzentrations- und Konsolidierungskurs“ eingeschlagen werden solle, dessen Leitlinien Absicherung der westdeutschen Kernmärkte, Aufbau einer starken Wettbewerbsposition im Anschlußgebiet und eine „Straffung des ASV-Auslandsengagements“ sein sollen. Allein die Finanzierung der Auslandsexpansion hat den Verlag 1991 ca. 100 Mio. DM gekostet. Dabei ist der Versuch, in Spanien ein Boulevardblatt zu starten, mißlungen, was allein 70 Mio. gekostet hat. Desweiteren hat sich der Verlag in Österreich (Standard, Tiroler Tageszeitung) sowie in Ungarn eingekauft. Der Einstieg in Regionalzeitungen der Ex-DDR z. B. in Rostock und Leipzig kostete den Verlag 40 Mio. DM. Ein offenes Geheimnis ist, daß die Verbreitung der BILD-Zeitung im Anschlußgebiet trotz aufwendiger Werbemaßnahmen und Niedrigpreispolitik weit hinter den Erwartungen geblieben ist. Obwohl der Konzernumsatz um 4 % gestiegen ist, sank der Gewinn durch diese teuren Expansionsprojekte. Mit der Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung soll das ehrgeizige Investitionsprogramm (1992: 370 Mio. DM),

u. a. für Neu- und Ausbau von Druckereien in Leipzig, Berlin und Rostock sowie für die Aufmootung des seit 1968 defizitären rechtskonservativen Blattes Die Welt finanziert werden.

Roland Berger gehört zu über 75 % der Deutschen Bank, die auch Depotverwalter für einen Teil der Springer-Aktien ist. Dies und die Kooperation des ASV mit Daimler-Benz zeigen, daß die internationale Expansion des Verlages insbesondere nach Osten planmäßiger Bestandteil der Expansion des westdeutschen Finanz- und Industriekapitals ist und diesen publizistisch flankieren soll. Durch diese Zusammenhänge gewinnt der Widerstand gegen die Rationalisierungen beim ASV Bedeutung über die Verteidigung der Arbeitsplätze hinaus.

Auch der Hamburger Bauer-Verlag (TV Hören und Sehen) will nach Angaben der IG Medien zehn Prozent des Personals bei den Programmzeitschriften einsparen. 30 Beschäftigte seien betroffen. Der Unternehmenssprecher Roman Köster wollte Entlassungen nicht ausschließen. Überwiegend sollen Umschulungen und Umsetzungen durchgeführt werden. Der Markt für die TV-Blätter sei härter geworden.

Gruner & Jahr Hamburg will die gesamte Satzproduktion im Hamburger Betrieb einstellen, mehr als 60 Beschäftigte sind von Entlassungen bedroht.

Quellen: Mitteilungen der AG Medien, Handelsblatt, 28.2. — (ulj, hao)





**Bad Lippspringe.** Die Belegschaft der Firma „Bali“ folgte am 22. Mai dem Aufruf der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) zu einem 75-minütigen Warnstreik. Die „Bali GmbH“ ist nicht im Arbeitgeberverband. Die 130 Beschäftigten fordern einen Haustarifvertrag und die Übernahme des Lohnabschlusses für die Polstermöbel- und Matratzenindustrie von 6,8%, rückwirkend ab 1.1.92. Am 27. Mai wurde erneut für zwei Stunden gestreikt. (aus: Mitteilungsblatt Paderborn)

## Vertrauensleute Jugendamt zum Tarifstreik

**Stuttgart.** Die Vertrauensleute des Jugendamts werteten den Streik im öffentlichen Dienst positiv, unter den Erziehern war die Enttäuschung über den Abschlus aber besonders groß. Der erste, sehr erfolgreiche Streik, fast alle Kindergärten und Tagheime wurden bestreikt, die Eltern waren fast ausschließlich solidarisch, Streikversammlungen und Aktionen waren erfolgreich, da hatten viele mit einem besseren Ergebnis gerechnet. Damit eine solche Situation nicht wieder eintreten kann, wurde beraten, daß über Delegierte aus Stuttgart ein Initiativantrag beim Gewerkschaftstag eingebracht werden soll, der zumindest fordert, daß die Streiks nicht ausgesetzt werden dürfen, bis das Ergebnis der zweiten Urabstimmung vorhanden ist. Die überwiegende Meinung war, daß es zumindest bei Willi Hanss personelle Konsequenzen geben muß: Des weiteren wurden Aktionen geplant, die dazu führen sollen, daß die Nachzahlung des letzten Eingruppierungstarifvertrages (Januar 1991) ausgezahlt wird und Personalgewinnungsmaßnahmen eingeleitet werden, die das Erzieherloch stopfen helfen. — (unb)

## Tarifabschluß in der Papier- und Kunststoffverarbeitung

**Stuttgart.** Für die Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie vereinbarte die IG Medien am 26.5. eine Tarifierhöhung um 5,8%, rückwirkend ab 1. Februar; die Laufzeit ist ein Jahr. Die Ausbildungsvergütungen wurden für das 1. Ausbildungsjahr um 93 DM auf 900 DM erhöht, für das 2. um 102 DM auf 1 000 DM, für das 3.

um 84 DM auf 1 100 DM und nach dem 3. Ausbildungsjahr um 108 DM auf 1 200 DM. Die Arbeitszeit wird ab 1.2.1992 auf 36 Std./Woche und ab 1.11.1997 auf 35 Std./Woche verkürzt. Dieser Tarifabschluß gilt auch für die Tapetenindustrie. Bis zum letzten Verhandlungstag fanden zahlreiche Warnstreiks statt. — (ulk)

## Vielfältige Proteste gegen Sparmaßnahmen

**Bremen.** Die von der Ampelkoalition beschlossenen radikalen Sparmaßnahmen im Bildungswesen, die offensichtlich zu einer qualitativen Verschlechterung und Umwälzung des Bildungswesens führen sollen, haben zu umfangreichen Protesten von Eltern, Schülern und Lehrern geführt. Am 27.5. streikten und demonstrierten ca. 15 000 Menschen auf dem Marktplatz gegen die Maßnahmen, die die Schulbehörde schon umgesetzt. Schon an den Tagen zuvor hatten Eltern, Schüler und Lehrer mit zahlreichen Aktionen ihrem Protest Ausdruck verliehen. Zu den Aktionen am 27.5. hatten der Zentralelternbeirat, die Gesamtschülervertretung, der Personalrat Schulen, die GEW und der Beamtenbund aufgerufen. Bekanntgegeben wurde, daß sich in Bremen und Bremerhaven bisher 58 000 an einer Unterschriftensammlung gegen die Sparmaßnahmen beteiligten. Laut Bildungssenator Scherf werden durch die geplanten Maßnahmen die Zukunftschancen der Schüler „in keiner Weise gefährdet“. Die Schulbehörde hatte die Proteste am 27.5. untersagt und die Schulleitungen aufgefordert, in der Schule abwesende Lehrer und Schüler festzustellen und zu melden, um Disziplinarmaßnahmen vorbereiten zu können. — (wjo)

# 11% aller Hamburger müssen von Sozialhilfe leben

Mit der Vermehrung des Reichtums der Kapitalisten und des Wohlstandes (noch) besser gestellter Schichten in der angeblich reichsten Stadt Europas (*Morgenpost*) geht eine Vermehrung des Elends, der Armut einher. Mindestens jeder zehnte Bewohner Hamburgs lebt in Armut. 1990 bezogen 181 269 Menschen „Hilfe zum Lebensunterhalt“, das sind elf Prozent der Hamburger Bevölkerung. Bezogen 1989 noch 145 184 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, so sind es 1990 schon 150 810 Personen. Jeder zehnte der ca. 865 000 Hamburger Haushalte bezieht Sozialhilfe.

## Erwerbstätigkeit und Sozialhilfe

Die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung in Hamburg ist in den letzten zehn Jahren von 67,6% auf 65,6% leicht zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Erwerbsquote von 69,6% auf 73,5% gestiegen: Mehr Personen bieten ihre Arbeitskraft an, können sie nicht oder nur unter Wert verkaufen. Durch die Zunahme der Arbeitsintensität wird ein immer größer werdender Teil insbesondere älterer Lohnabhängiger aussortiert. Durch die zeitliche Begrenzung von Arbeitslosengeld bzw. -losenhilfe landen diese bei Sozialhilfe. So bezogen 1990 27% der 89 401 Haushalte „laufende Hilfe“ aufgrund von Arbeitslosigkeit. Die Masse der Sozialhilfeempfänger ist im erwerbsfähigen Alter (ca. 70%).

Durch die Verankerung tarifloser/ungeschützter Arbeitsverhältnisse bzw. durch die Verankerung geringster Löhne sind auch immer mehr erwerbstätige Lohnabhängige auf die Sozialhilfe angewiesen — der Lohn reicht nicht zum Leben. In Hamburg verdienen 24,4% aller Erwerbstätigen (Lohnabhängige in einem Arbeitsverhältnis) unter 1 400 DM!

Die der Sondergesetzgebung ausgesetzten Menschen aus dem Ausland sind im hohen Maße der diskriminierenden und entwürdigenden Sozialhilfepraxis ausgesetzt. 27% aller Sozialhilfeempfänger sind ausländischer Nationalität. Dies ist von der Reaktion gewollt — denn man darf nicht vergessen, daß für die Asylbewerber Arbeitsverbot besteht, Nicht-EG-Ausländer nach dem Arbeitsförderungsgesetz vom Arbeitsamt erst dann vermittelt werden, wenn kein Deutscher oder EG-Ausländer als Mitbewerber auftritt und daß es gerade ausländische Arbeiter sind, die in den

Niedriglohnbereichen arbeiten müssen, die allein zum Leben nicht reichen.

## Sozialräumliche Gliederung

So bezieht z.B. fast jeder vierte Einwohner in St. Georg, jeder fünfte Einwohner auf St. Pauli und im Kerngebiet Altona jeder zehnte Einwohner Sozialhilfe (siehe Schaubild). In diesen Gebieten leben viele Lohnabhängige, die wegen ihrer nichtdeutschen Nationalität unter der Sondergesetzgebung stehen und/oder in absoluten Niedriglohnbereichen arbeiten müssen. Die von den Kapitalisten diktierte Gesellschaft führt in diesen Armuts-Gebieten auf allen Ebenen mittels der entmündigenden und diskriminierenden Sondergesetzgebung eine rigorose Unterdrückung durch, die zur totalen Zerrüttung und (moralischen) Degradation des einzelnen Menschen führen soll.

## Mindeststandards!

Gerne wird behauptet, der Wohlstand in Hamburg hätte eine „dunkle Seite“, nämlich die „sozial Schwachen“, die

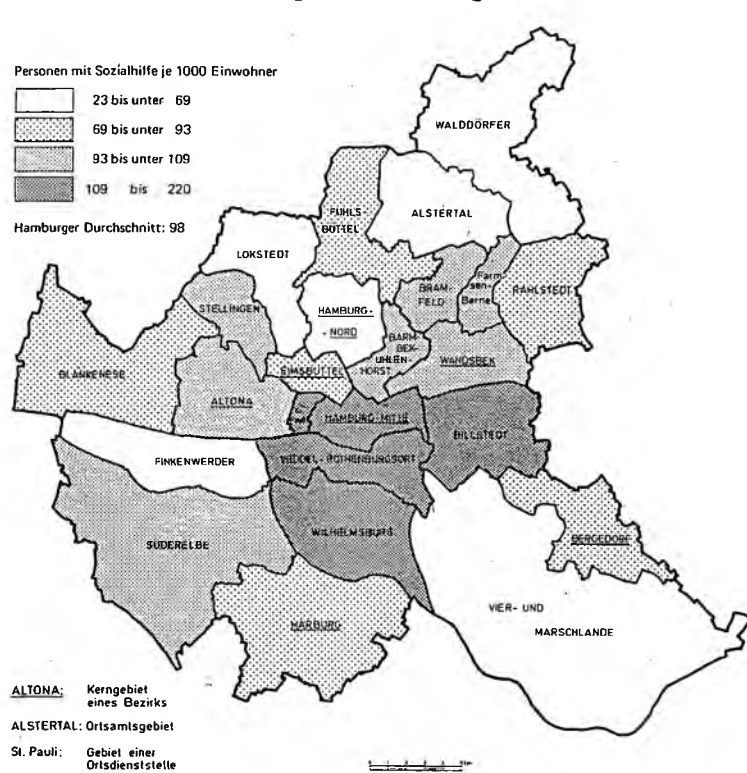
wohl nicht ganz mitgekommen seien. Je nach Standpunkt wird „Ein Herz für Arme“ entwickelt oder eben nicht.

Tatsächlich ist aber vielmehr die Vermehrung des Reichtums der Kapitalisten die Ursache der Armut und des Elends. Dies resultiert daraus, daß die Vermehrung des Reichtums immer auf Kosten der Arbeitskraft geht: wachsende Arbeitsintensität, hoher Verschleiß, weitere Verstümmelung der Tätigkeit. Dies bedeutet aber auch, daß die Kapitalisten nicht alle Arbeitskräfte immer brauchen. Es werden Arbeitskräfte freigesetzt oder gar nicht gebraucht.

Eine kollektive Gegenwehr gegen die Armut ist erforderlich, z.B. durch die Gewerkschaften, die sich um soziale, nichtdiskriminierende Standards auch gerade für die vernutzte, zeitweise oder gar nicht nachgefragte Arbeitskraft kümmern müssen.

Quellen: Statistisches Taschenbuch 1990, *Morgenpost* vom 7.5.91, *Hamburger Abendblatt* vom 5.5.92, Erwerbstätigkeit, Haushalte und Familien 1990 — Reihe A des Statistischen Landesamtes, 18.12.1991 (aus: Lokalberichte Hamburg — stg)

## Sozialhilfe in hamburgischen Stadtgebieten 1990



## Opel: Erpressung von Mehrarbeit

**Bochum.** Die Auseinandersetzung um die drastischen Rationalisierungsabsichten der Opel AG hat sich zugespitzt. Am Mittwoch, 27.5., ließ die Betriebsleitung die beiden normalen Produktionschichten ausfallen. Die Vorgesetzten wurden am Vortag angewiesen, den Beschäftigten mitzuteilen, sie könnten zu Hause bleiben. Als Grund wurden Engpässe beim Nachschub von Teilen für die Produktion angegeben, die durch die Ablehnung von Überstunden durch den Betriebsrat entstanden seien.

Anfang Mai hatte der Vorstand der Opel AG die Ergebnisse einer Studie über Rationalisierungsmaßnahmen vorgestellt. Bei diesen „Opel-Visionen“ geht es um die Umsetzung von Maßnahmen in Richtung des japanischen Modells „schlanker Produktion“. In den drei deutschen Opel-Werken sollen bis 1996 16 000 Beschäftigte abgebaut werden, im Werk Bochum allein 6 000 Leute, etwa jeder Dritte. Dabei geht es vor allem um die Vergabe von Arbeiten an Fremdfirmen, nicht nur in Abteilungen wie Versand, Reparatur, Instandhaltung und Werkküche, sondern gerade auch in den Produktionsbereichen Preßwerk, Getriebe-, Achsen- und Motorenbau. Nicht zuletzt sollen so Billiglöhne durchgesetzt werden.

Der Betriebsrat kündigte sofort Widerstand an und fordert die Rücknahme der „Visionen“. Um Druck zu machen, verweigerte er die Zustimmung zu sämt-

lichen Überstunden, in Bochum im Schnitt der letzten Zeit rund 140 000 Stunden pro Monat. Gleichzeitig klagte er gegen die Absicht der Bochumer Werksleitung, im Leergut-Rückversand eine Fremdfirma einzusetzen, vor dem Arbeitsgericht. Die örtliche IG Metall tritt für die Bildung eines bundesweiten Opel-Aktionsausschusses ein.

Inzwischen signalisierte die Opel-Geschäftsführung zwar Gesprächsbereitschaft, das ursprünglich für Ende Mai angekündigte konkrete Konzept liegt bisher nicht vor. In der Praxis sucht sie anscheinend jedoch Konfrontation. Noch am Montag war dem Betriebsratsvorsitzenden des Werkes Bochum von der Geschäftsführung versichert worden, die Überstundenverweigerung würde sich frühestens Anfang Juni auswirken. Am Dienstagvormittag wurde der Produktionsausfall für Mittwoch bekannt gegeben. Die Betriebsleitung will den nach ihren Angaben 4 000, nach Angaben des Betriebsrates 6 500 betroffenen Beschäftigten keinen Lohn zahlen.

Der Betriebsrat bezeichnete die Maßnahme als Erpressungsversuch. Er will wegen Verletzung des Mitbestimmungsrechts in punkto Veränderung der Arbeitszeit klagen und fordert die Auszahlung des Lohns. Gleichzeitig stimmte er am Mittwoch jedoch der Hälfte der geforderten Überstunden zu, damit die Produktion ab Anfang Juni wieder laufen kann. — (wof)

## Lebensmittelversorgung wird in Stadtteilen immer schwieriger

**Karlsruhe.** In dem Karlsruher Stadtteil Weiherfeld schloß im April der letzte Einkaufsladen, eine Filiale der Firma Pfannkuch. Stadträte hatten in Schreiben die Pfannkuch-Firmenleitung gebeten, die Filiale aufrecht zu erhalten. Sie wiesen besonders auf die vielen alten Menschen hin, die wegen der Schließung keine Möglichkeit zur Versorgung mehr hätten. Ohne Auto ist kein Laden in den in der Nähe gelegenen Stadtteilen mehr erreichbar.

Die Filialleitung, die Industrie- und Handelskammer und das städtische Amt für Wirtschaftsförderung hatten dafür nichts übrig: „Kleine Ladenzeilen und Tante-Emma-Läden haben keine Zukunft.“ Es lohnten sich nur noch Selbstbedienungsmärkte über 800 qm, diese müßten dann 3 000 bis 5 000 Einwohner „abdecken“. Es wäre zu erwarten, daß künftig nur noch in dichtbesiedelten Bereichen ein Laden zu Fuß erreichbar sei.

Die Filialkette Pfannkuch, die vor 40 Jahren in Karlsruhe ihre erste Selbstbedienungsfiliale eröffnete, ist bisher in jedem Stadtteil vertreten gewesen. Die neue Planung sieht den Ausbau größerer und die Schließung kleinerer Läden in weiteren Stadtteilen vor.

Die Filialketten und die großen Selbstbedienungsmärkte auf der „Grünen Wiese“ haben die kleinen Läden aus den Stadtteilen verdrängt.

Welcher Ladenbesitzer an der Ecke kann denn die Großhandelspreise durch Abnahme großer Mengen entsprechend drücken? Je nach Abnahmemenge existieren ca. 50 Rabattstufen im Großhandel.

Von einer Stadtteilplanung, die als oberstes Ziel die notwendige Versorgung der dort wohnenden Leute hat, ist wenig zu sehen. Vielmehr läugelt das städtische Amt für Wirtschaftsförderung mit der Ansiedlung von Feinkostläden oder von Läden mit Vertrieb von höherwertigen Artikeln.

Das liegt ganz auf Linie des neuen Lebensgefühls für Karlsruhe: Die Stadt für's gutbezahlte Publikum aus High-Tech-Firmen, Hochschulen, Wirtschaftsinstituten, Gerichten usw.

Der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung, Dr. Zajonc, legt sich für den „Wirtschaftsstandort“ Karlsruhe langfristig fest. Gefördert werden sollen „Gewerkeflächen, Verkehrslage, Arbeitskräfte, Wissenschafts- und Technologiepotential, Kultur- und Freizeitwert und Wirtschaftsfreundlichkeit“.

Und Oberbürgermeister Prof. Dr. Gerhard Seiler über die „Technologie Region Karlsruhe“: „Die Kombination von hochqualifizierten Denk- und Werk-Stätten und einladender Lebensart hat inzwischen gegriffen. Das Markenzeichen gewinnt zusehens an Profil.“

Die Stadtverwaltung kommt nicht auf die Idee, in ihrer Wirtschaftsplanung, ihren Bebauungsplänen und mit Auflagen die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Vielmehr wurden und werden werden Ansiedlungen von Großmärkten gefördert, auch durch Änderung von Bebauungsplänen.

Grundlage dieser Entscheidungen sind das Raumordnungsgesetz (1965) und die Landesentwicklung- und Raumordnungspläne (70er Jahre).

Im Raumordnungsbericht der Bundesregierung von 1974 wird der Mindestzeitaufwand zum Erreichen der Zentren für die Grundversorgung auf 30 Minuten festgelegt. In der baden-württembergischen Verordnung schwankt dieser Zeitaufwand zwischen 30 Minuten für den Individualverkehr und 60 Minuten für den öffentlichen Nahverkehr.

Keinesfalls wird den Kommunen zur Auflage gemacht, daß in ihren Planungen beispielsweise die allgemeine Sicherstellung der Grundversorgung im Vordergrund zu stehen hat. Vielmehr sieht die Regionalplanung für Oberzentren wie Karlsruhe die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben mit mehr als 1 000 qm und „Wettbewerbsneutralität“ vor.

Quellen: *Badische Neueste Nachrichten*, 15.4.1992; *Karlsruher Wirtschaftsspiegel* 1991/1992; *Regionalplanungen Bund und Länder*, verschiedene Ausgaben — (rub)

## Kurz berichtet

Sächs. Parlament beschloß  
für's Volk eine Verfassung

Als erstes der fünf neuen Bundesländer hat der Freistaat Sachsen seit 27. Mai 1992 eine rechtsgültige Verfassung. Tags zuvor hatte der Landtag das „sächsische Grundgesetz“ mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit der 160 Abgeordneten gebilligt. Gegen die Vorlage stimmten die meisten Abgeordneten der Fraktion Linke Liste-PDS.

Begründet wird die Ablehnung von seiten der Fraktion u. a. damit, daß die Rechte auf Arbeit/Arbeitsförderung, auf Wohnen und angemessenen Wohnraum sowie auf lebenslange Bildung im nunmehr gültigen Verfassungstext nicht als einklagbare soziale Grundrechte, sondern nur als (ferne) Staatsziele normiert wurden. Ferner werde nach Ansicht der Fraktion durch die De-facto-Gleichsetzung von Faschismus und DDR-Ära in der Präambel Geschichtsfälschung zur Staatsdoktrin erhoben.

Ablehnung aber auch und vor allem, weil die Verfassung dem sächsischen Volk durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß übergestülpt wurde.

Wie aus der Fraktion dazu angemerkt wird, sei es „schon fast ein Treppenvitz der Geschichte“, daß die Verfassung in Form einer durchaus moderaten dreistufigen Volksgesetzgebung (Volksantrag, Volksbegehren, Volksentscheid) die Annahme einfacher Gesetze durch Volkes Votum vorsehe, aber ausgerechnet die Landesverfassung nicht dessen Zustimmung erfahren habe. Im unmittelbaren Vorfeld der Inkraftsetzung der Verfassung waren von der „INITIATIVE für ein demokratisch verfaßtes Sachsen e. V.“ (i. G.) über 40 000 Unterschriften für einen Volksentscheid gesammelt worden, die jedoch keine parlamentarische Beachtung fanden. — (L. B.)

Sachsen will Verlängerung  
von Bedarfskündigungen

Das Land Sachsen hat im Bundesrat einen Gesetzesantrag zur Änderung des Einigungsvertrages eingebracht, dessen Ziel die Verlängerung der Möglichkeit von Bedarfskündigungen im öffentlichen Dienst um zwei Jahre ist. Nach bisheriger Rechtslage endet die Möglichkeit der Bedarfskündigung am 2. Oktober d. J. Sachsen begründet seinen Antrag damit, daß die Verwaltungen in Ostdeutschland noch im Aufbau begriffen seien, und mit einem unbefriedigendem Ergebnis beim Personalabbau. Gegen eine Verlängerung spricht sich der DGB Berlin-Brandenburg aus. Er hält einen Vergleich zwischen Beschäftigtenzahlen west- und ostdeutscher Verwaltungen für unzulässig und verweist auf eine gemeinsame Erklärung der kommunalen Spitzenverbände, des Deutschen Städtebundes, des Vka u. a. sowie der ÖTV zur personellen Situation in den neuen Bundesländern, in der festgestellt wird, daß für „die im Zuge des Umstrukturierungsprozesses der öffentlichen Verwaltungen notwendigen Personalmaßnahmen vorrangig der Grundsatz — qualifizieren statt entlassen —“ gilt. Die Annahme des Antrages aus Sachsen würde

nach Auffassung des DGB „zu erheblicher sozialer Unruhe und zu einer Fülle von Rechtsstreiten führen, die erhebliche Kosten verursachen und den sozialen Frieden im öffentlichen Dienst gefährden“, sowie „eine weitere Diskriminierung der Menschen“ Ostdeutschlands darstellen. (Schreiben des DGB vom 12. 5. 92 — har)

## Streiflichter aus Thüringen

**Rückläufige Wirtschaftsleistung:** Wurden Ende 1990 in Thüringen noch 2237 Mio. DM umgesetzt (Bergbau und verarbeitendes Gewerbe), waren es Ende 1991 nur noch 1 188 Mio. Das ist ein Rückgang auf 53 %. D. h.: 1991 wurde nur noch ein Viertel dessen produziert, was 1985 erreicht wurde. — **Wachsende Pendlerzahl:** Eine Folge der unbewältigten wirtschaftlichen und sozialen Probleme ist es, daß zahlreiche Thüringer ihren Wohnsitz in die Alt-Bundesländer verlegt haben bzw. zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln. Es handelt sich mindestens um 100 000 Pendler. Der Trend ist steigend. Zwei Drittel aller Westpendler sind jünger als 35 Jahre. Von den 72 000, die seit 1990 Thüringen verlassen haben, waren fast zwei Drittel zwischen 18 und 40 Jahren. **Wohnungsdefizit wird größer:** Völlig unzureichend ist die Entwicklung im Wohnungsbau. Diese wird statistisch nicht mehr erfaßt, registriert werden nur noch „Genehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau...“. Vom 1. 1. bis Ende November 1991 wurde in Thüringen der Neubau von 662 Wohnungen genehmigt. Der Sozialwohnungsbau spielt dabei eine verschwindend geringe Rolle. Dem steht ein Wohnungsdefizit von ca. 100 000 Wohnungen gegenüber. (Nach: unz, 2. Mai-Ausgabe)

Kita-Streik nach 2 Jahren  
Aussetzung beendet

Berlin. Ende 1989 begann der Streik der Westberliner Erzieherinnen und Erzieher für einen Tarifvertrag, der Festlegungen für Personalbemessungs- und Gruppengrößen, Vor- und Nachbereitungszeiten sowie Fort- und Weiterbildung beinhalten sollte. Trotz elfwöchigem Streik unter vermeintlich politischen guten Bedingungen — zu dieser Zeit regierte der SPD/AL-Senat — gelang es den in ÖTV und GEW organisierten Kita-Beschäftigten nicht, ihre Forderungen durchzusetzen. Neben tiefem Groll der Gewerkschaften gegen die SPD und Enttäuschung vieler AL-Anhänger in den Gewerkschaften hat dieser Streik auch Spuren insbesondere in der ÖTV hinterlassen, da sich die Erzieherinnen und Erzieher von anderen Bereichen nicht ausreichend unterstützt fühlten. Trotzdem gab es nach elfwöchigem Streik in der Tarifkommission nur eine knappe Mehrheit für die Aussetzung.

Mitte Mai hat die ÖTV nun einen Tarifvertrag abgeschlossen, der zwar nur noch „Fragmente der ursprünglichen Forderungen“ erfüllt, nämlich Festlegungen für Vor- und Nachbereitung sowie Fort- und Weiterbildung, jedoch nach Auffassung des ÖTV-Bezirksvorsitzenden Lange „in die richtige Richtung geht“. Der Tarifvertrag gilt auch für die Beschäftigten in den Ostberliner Kitas. — (har)

Die alte Generation wehrt sich  
gegen soziale Bestrafung

„Von der deutschen Einheit“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Kraus beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung am 20. 5. im nach Berlin verlegten Bundestag, „haben in Ostdeutschland am schnellsten die Rentnerinnen und Rentner profitiert“. Draußen auf dem Alexanderplatz hatten gerade an die 10 000 Rentnerinnen und Rentner gegen eine Rentengesetzgebung demonstriert, die nur als soziale Bestrafungsmaßnahme gegen Hunderttausende bezeichnet werden kann. Die Demonstration, der eine Reihe von großen Protestaktionen vorausgegangen war, bewies nicht nur den Zorn der Rentner, sondern auch ihre Entschlossenheit, den Kampf gegen ihre soziale Diskriminierung zu führen.

Der Deutsche Bundestag verwies den PDS-Antrag „Erarbeitung eines neuen Rentengesetzes“ an die Ausschüsse. In den nächsten Tagen will die SPD, aufgeschreckt durch die anhaltenden Proteste der alten Generation in Ostdeutschland, ihrerseits Korrekturen am Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) beantragen. Die Regierungsparteien geben sich beinhardt. Eine Reihe von Organisationen hat im April beschlossen, die Vorbereitung einer Verfassungsbeschwerde zum RÜG zu koordinieren. Über 100 000 haben bisher Einspruch gegen die Neuberechnung ihrer Renten nach westdeutschem Rentenrecht eingelegt, mit 400 000 Einsprüchen (bei 3,2 Mio. Rentnern) insgesamt rechnen die Verantwortlichen. — In stärkerem Maße als bisher ist die Unterstützung der Rentner, nicht nur übrigens in Ostdeutschland, durch Gewerkschaften und politische Organisationen im Westen erforderlich. Dies um so mehr, als Bundeswirtschaftsminister Waigel hat erkennen lassen, daß er zu weiteren Angriffen auf die Renten der Menschen in Ostdeutschland bereit ist.

Es soll nicht bestritten werden, daß einige Gruppen unter den ostdeutschen Rentnern, Männer mit langer Versicherungszeit und gutem Durchschnittseinkommen, z. T. auch die Empfänger von Hinterbliebenen-Renten, durch die Eingliederung in das westdeutsche Rentensystem bessergestellt wurden. Doch eine große Zahl von Rentnern, vor allem Frauen, erfährt durch die Beseitigung der Elemente einer Mindestrente, die das DDR-Rentenrecht prägten, und die „Anpassungsmaßnahmen“ des RÜG eine z. T. drastische Verschlechterung ihrer sozialen Lage. Die größten Gemeinheiten sind:

Die Streichung bzw. Kürzung der Sozialzuschläge trifft ca. 300 000 Menschen mit Rentenkürzungen um durchschnittlich 80 DM monatlich. Gestrichen bzw. gekürzt wird damit der 1990 geschaffene (Kaufkraft-)Ausgleich. Dabei handelt es sich überwiegend um Frauen, deren Sozialzuschlag weggestrichen wird, weil das Gesamteinkommen der Eheleute über 960 DM (also noch unter Sozialhilfssatz) liegt. Es geht dabei vor allem um Arbeiterhaushalte. Schwer ins Gewicht fällt auch die Streichung der Pflegegeld- und Kinderzuschläge, die noch einmal 500 000 alte Menschen mit durchschnittlich minus 48 bzw. 60 DM trifft.

Die Veränderungen im Frauen-Rentenrecht beseitigen Maßnahmen des DDR-Rentenrechts gegen die Differenzierung nach Geschlecht, sie streichen die ehemaligen Zurechnungszeiten für Frauen, die der Gleichstellung dienen, und betreffen ca. 240 000 Frauen. Durch Streichung von Zurechnungszeiten für die Geburt von Kindern sowie den Rentenaltersausgleich büßt z. B. eine Mutter von drei Kindern 12,75 Versicherungsjahre ein. Der Ausfall macht eine Rentenleistung von ca. 265 DM aus, die künftig nicht angepaßt werden.

Die sog. Bestandsrenten werden gegenüber den Zugangsrenten benachteiligt, d. h. die Rentner, die schon Renten beziehen, gegenüber denjenigen, die ab dem 1. 1. 92 Renten beziehen. Die Renten der ersten werden nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 20 Jahre berechnet, die Renten der letzteren nach ihrem tatsächlichen Verdienst, unabhängig davon, ob sie dafür Beiträge gezahlt haben oder nicht. Dadurch büßen die Bestandsrentner monatlich im Durchschnitt 150 DM ein. Besonders betroffen sind Rentner über 75 Jahre, bei denen geringe Durchschnittsverdienste zugrundegelegt werden, sowie Frauen,

die zum Ende ihrer Berufstätigkeit mehrere Jahre Teilzeitarbeit ausübten.

Ca. 400 000 bis 500 000 alte Menschen werden durch rentenrechtliche Regelungen sozial abgestraft; rechtmäßig erworbene Ansprüche auf eine Zusatzrentenversorgung für Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer, Künstler u. a. werden nicht anerkannt.

Durch die Einführung von Strafrecht ins Rentenrecht durch Artikel 3 des RÜG werden darüber hinaus 358 000 Rentner und bis zu einer Million Anwartschaften betroffen. Die BRD begrenzt die Rente all derjenigen, die in der DDR mehr als das 1,4fache des Durchschnittsverdienstes hatten, auf maximal 2010 DM, die Witwenrenten auf 1206 DM. Für ehemalige Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit, der NVA oder des Zolls werden die Renten gar auf 802 DM, die entsprechenden Witwenrenten auf 481 DM gekürzt.

Durch das Rentenüberleitungsgesetz erhalten ca. 1 Million alter Menschen eine gekürzte Altersversorgung. Hinzu kommt die große Zahl derjenigen, die eine „Erhöhung“ um nur einige Pfennige zu verzeichnen hatten und auch künftig keinerlei Rentenanpassung erhalten. Ca. 900 000 alte Menschen in Ostdeutschland müssen, bei stark gestiegenen Lebenshaltungskosten, von einer Rente leben, die nicht höher als 602 DM monatlich ist. Dabei geht es um Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und die keine Aussicht haben, der sozialen Not, in die die Annexion sie gestürzt hat, irgendwann und irgendwie vielleicht doch noch zu entkommen.

Quellen: Journal für Recht und Würde 3/92; GBM, Unfrieden in Deutschland, Weißbuch 1992; Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/93 vom 20. 5.; PDS/Linke Liste im Bundestag, Rechts-Einheit bei Renten; Zeit, 15. 11. 91; Die Welt, 31. 1. 92; Süddeutsche Zeitung, 7. 2. 92; Handelsblatt, 14. 2. 92 — (ssc)



Bild: har

## Protest und Widerstand gegen das RÜG

... wurde sichtbar, daß das Rentenrecht nicht dazu angetan ist, allen älteren, behinderten und arbeitsunfähigen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben zu sichern. Insbesondere das Zusammenführen zweier völlig verschiedener Rentensysteme hat den Bürgerinnen und Bürgern im Osten und Westen Deutschlands die Vorzüge und Nachteile deutlich werden lassen. Die mit begrenztem Bestandsschutz versehenen günstigeren Regelungen aus dem DDR-Rentenrecht müssen genutzt werden, ein bundesdeutsches Recht zu schaffen, das zeitgemäßen sozialpolitischen Anforderungen entspricht. Als Prämissen werden angesehen:

- die Verbindung von Lebensarbeitsleistung und Mindestsicherung,
- eine höhere Bewertung von Kindererziehungs- und Pflegeleistungen zur besseren Alterssicherung von Frauen und
- eine Rentendynamisierung, die mindestens der Steigerung der Lebenshaltungskosten folgt.

Die Regelungen zur Rechteinheit bei Renten sind dahingehend zu überarbeiten, daß der Mißbrauch als politisches Strafrecht entfällt.“ (Begründung des Antrags der Gruppe der PDS/Linke Liste: Erarbeitung eines neuen Rentengesetzes)

... Ich bin 89 Jahre. Mein Bescheid über die große Witwenrente enthält 120,28 DM. Bis auf 28 Pfennig ist das der gleiche Betrag, den ich schon im Juli 1991 erhalten habe. Mein verstorbener Mann hatte 51 Arbeitsjahre und ging mit 65 Jahren 1965 in Rente. In Ihrem Artikel wird nun behauptet, daß die Witwenrente 60 % der Rente beträgt, die er nach heutigen Bestimmungen erhalten hätte. Gibt es nach 51 Arbeitsjahren in der BRD eine Rente, von der 60 % 120,— DM sind? Wenn ich einmal eine eigene Rechnung über die Höhe der Rente mache, die mein verstorbener Mann heute erhalten würde, sind 120,— DM 10 %, max. 20 % davon ...

Noch zwei Realitäten möchte ich angeschlossen. Herr Blum hat öffentlich, schriftlich zugesichert: „Der Sozialzuschlag wird ab 1. Jan. 1992 in Höhe des Betrages gezahlt, um den bei Alleinstehenden das monatliche Einkommen den Betrag von 600,— DM unterschreitet.“ Mein Gesamteinkommen, also ein-

schließlich großer Witwenrente, beträgt 585,67 DM.

Im Rentenbescheid heißt es wörtlich: „... auf Antrag wird die Rente daraufhin überprüft, ob die zugrunde gelegten Daten der Sach- und Rechtslage entsprechen. Ein Anspruch auf Überprüfung besteht nicht vor dem 1. 1. 94.“ Wenn ich also Glück habe, muß ich mindestens zwei Jahre warten, bevor ich mit Rechtsmitteln den Anspruch auf Überprüfung durchsetzen kann. Ist das nicht makaber, so etwas einer 89jährigen Frau zuzumuten ...“ (Leserzuschrift an die Berliner Zeitung, aus: Journal für Recht und Würde, 3/92)

Beschluß der Vertrauensleute der Seniorengemeinschaft Friedrichshagen der Gewerkschaft ÖTV vom 9. 1. 92: „... Wir wenden uns entschieden gegen eine solche nie gekannte Politisierung des Rentenrechts und den damit verbundenen massenweisen Sozialabbau. Wir können nicht hinnehmen, daß die Bundesregierung auf der Basis einer typisierenden Betrachtungsweise für den einzelnen Folgerungen ableitet, die selbst bei einer Verurteilung wegen krimineller Tatenstände nicht möglich wären.“

Wir wenden uns dagegen, daß das neue Rentenrecht der Bundesrepublik Deutschland kein Äquivalent gerade für jene Zurechnungszeiten des Rentenrechts der DDR bietet, die der Gleichstellung von Mann und Frau sowie der Reduzierung sozialer Zwänge bei der freien Entscheidung der Frauen über ihr persönliches Leben dienen sollten. Es kann den Prinzipien sozialer Rechtsstaatlichkeit nicht entsprechen, wenn den Frauen und Müttern, die sich einen eigenen Rentenanspruch durch langjährige Berufstätigkeit erworben haben, die erworbenen Zurechnungszeiten aberkannt werden.“

Die Vertrauensleute fordern anschließend die ÖTV auf, entsprechend ihrer Satzung für den Schutz der Rentneransprüche vor willkürlichen Kürzungen einzutreten, auf die Gesetzgebung Einfluß zu nehmen, um die Lebensbedingung der Rentner zu verbessern und die Gleichberechtigung aller ihrer Mitglieder zu sichern, den Mitgliedern bei der Durchsetzung ihrer Rechte aus der Sozialversicherung Rechtsschutz zu geben. (Nach: Journal für Recht und Würde, 3/92)



Auf den 10. und 11. Juni wurden die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands und Ostberlins vertagt. Bei der ersten Verhandlungsrunde am 22. Mai legten die öffentlichen Dienstherren von Bund, Länder und Gemeinden offiziell kein Angebot vor; ihre Vorstellungen für einen Abschluß sollen jedoch bei einer Anhebung um 5 Prozentpunkte auf 65 % des Westtarifs liegen. Gegenwärtig erhalten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland 60 %, aufgrund falscher Eingruppierung und nicht anerkannter Vordienstzeiten jedoch real meist nur etwas über 50 %. Bild: Beschäftigte der Berliner Eigenbetriebe (Ost) demonstrieren während der Verhandlung vor dem Tagungsgebäude. — (har)



Der Brandenburger Landtag hat am 14. April mit den Stimmen der SPD, PDS, Bündnis 90, FDP und Teilen der CDU eine Landesverfassung angenommen. Nach Zustimmung der Brandenburger Wähler in einem Volksentscheid am 14. Juni tritt sie in Kraft.

Der nun vorgelegte Entwurf ist Ergebnis einer über einjährigen Erarbeitung und öffentlichen Diskussion. Der Verfassungsausschuss bezog sich dabei auch auf den Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“, der von der Mehrheit (CDU, FDP und Teilen der SPD) in der letzten DDR-Volkshochschule verworfen wurde. Ähnlich dem „Runden Tisch“ suchte der Ausschuss, einschließlich der CDU-Mitglieder, das Konsensprinzip bei der Entwicklung von Verfassungsgrundsätzen. Der Ausschuss verabschiedete den Entwurf einstimmig. Er befand sich dabei unter zunehmendem Druck durch die Bundes-CDU. Verschiedene Änderungen anfänglicher Entwürfe (u.a. folgende Streichungen: Recht auf Schwangerschaftsabbruch, Verbot der Aussperrung, Gleichberechtigung aller Eigentumsformen, Widerstandsrecht gegen staatliche Gewalt, Verbot des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel durch den Verfassungsschutz, Begrenzung der Sperrklausel bei Wahlen auf 3%) wurden gegen den Widerstand von PDS und Bündnis 90 durchgesetzt.

In der CDU zeichnete sich mit dem West-Import Fink als Vorsitzendem (seit November 91) ein neuer Kurs ab. Er wollte keinerlei Weiterentwicklung der Verfassung über das Grundgesetz hinaus zulassen. Immer stärker hämmerten Bundes-CDU und Landesvorstand auf die Fraktion ein, die sich bereits an vielen Punkten mit den übrigen Parteien verständigt hatte. Eine außerordentliche Sitzung von CDU-Mandats-trägern auf Landes- und Kommunalebene am Tag vor der Landtagssitzung brachte eine Ablehnung von 111 der 122 Teilnehmer. Fink wollte erreichen, daß die Landesverfassung erst nach der Grundgesetzänderung in Kraft treten sollte. Der Volksentscheid sollte verschoben werden. Trotzdem stimmten im Landtag nur 14 CDU-Abgeordnete gegen den Entwurf, weitere vier enthielten sich. Mit dem Abschluß des Fraktionsvorsitzenden Diestel setzten sich die Kritiker vollends durch. Der Landesparteitag am 9.5. erklärte sich gegen den Verfassungsentwurf und ruft zur Ablehnung bei dem Volksentscheid auf.

CDU und Kanzleramt drohen nun, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Brandenburger Verfassung zu klagen. Wortführer ist der Staatsrechtler Rupert Scholz (CDU-MdB, Ex-Verteidigungsminister). Er ist auch Vorsitzender der Verfassungskommission von

## Reaktion hetzt gegen Brandenburger Verfassung

Bundestag und Bundesrat. Seine Angriffe auf die Brandenburger Verfassung führt er im Hinblick auf die Grundgesetz-Reform. Fortschritte in Brandenburg sollen kein Gewicht in der Grundgesetz-Debatte bekommen.

Rupert Scholz schäumt: „... dieser Verfassungsentwurf leidet vor allem daran, daß er die bundesstaatliche Ordnung nicht wahrt“. „Loyalität und Treue zum Bund“ seien nicht beachtet.

Unter reaktionärer Kritik steht die Ausdehnung der Staatsziele und die damit verbundene Verpflichtung des Landes, sich für Verbesserungen des Bundesrechts einzusetzen.

In Verfassungsrang sind u.a. gehoben:

„Freiheit der Person“ (Art. 9) — Schutz vor staatlichem Freiheitsentzug. „Datenschutz“ (Art. 11) — Verfügung über die eigenen Daten, Beschränkung des Verfassungsschutzes; hier sieht Scholz unzulässigerweise auch den bundesrechtlichen Verfassungsschutz beschränkt. „Gleichheit“ (Art. 12) — Diskriminierungsverbot. Art. 18 garantiert politisch Verfolgten Asylrecht. „(2) Ausländer dürfen nicht in ein Land ausgeliefert oder abgeschoben werden, in dem für sie Gefahr der Todesstrafe oder Folter besteht.“ Angesichts der Vorhaben der Bundes-CDU zur Beseitigung des Asylrechts sieht Scholz das „Bundesrecht“ verletzt. Art. 19 garantiert die „Meinungs- und Medienfreiheit“, verbietet aber auch „die Menschenwürde verletzende Diskriminierung“, wie sie Faschisten betreiben. Ähnliches ist in Art. 20 „Vereinigungsfreiheit“ vorgesehen. Art. 12ff stellen sich somit wohltuend gegen das Erstarken faschistischer Anschauungen. Besondere Kritik von Scholz erfährt das Disziplinierungsverbot für öffentlich Bedienstete (Art. 21), das eine westliche Berufsverbotepraxis ausschließt.

Aus CDU und FDP wird insbesondere gegen soziale Ziele polemisiert, da sie einen Rückfall in sozialistische Vorstellungen darstellen. Ansprüche würden geschürt, zu denen der Staat in der Marktwirtschaft wenig beitragen könnte. Diesen Konflikt wollen in Brandenburg offenbar viele austragen. Es sind jetzt übergeordnete (soziale) Ziele für das gesellschaftliche Leben formuliert, die bewußt auch Auswirkungen auf das Wirtschaften haben sollen.

Die Verfassung benennt konkrete so-

ziale Ansprüche: Art. 27 gibt jedem Kind den Anspruch auf einen Kita-Platz; Art. 29 formuliert ein Recht auf Bildung und gleichen Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen, allerdings sollen neben „sozial Benachteiligten und Menschen mit Behinderungen“ auch sog. Begabte besonders gefördert werden. Art. 39 schützt das Recht von jedem „auf Unversehrtheit vor Verletzungen und unzumutbaren Gefährdungen, die aus Veränderungen der natürlichen Lebensgrundlagen entstehen“. Belastungen müssen dokumentiert werden, Betreiber haben eine Offenbarungspflicht, Informationen müssen öffentlich zugänglich sein. Scholz sieht insgesamt Bundesrecht verletzt. Besonderen Haß zieht auf sich, daß Brandenburg „keine atomaren, biologischen oder chemischen Waffen“ im Land dulden will. Scholz sieht ein Eingriff in die „ausschließliche Regelungszuständigkeit des Bundes“. Nach Art. 42 soll sich das Wirtschaftsleben „nach Grundsätzen einer sozial gerechten und dem Schutz der natürlichen Umwelt verpflichteten Ordnung“ gestalten. „Der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist unzulässig und zu verhindern.“ Art. 44 verpflichtet das Land, „in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen“. Art. 45 befaßt sich mit sozialer Sicherung und Anspruch auf Sozialhilfe in Notlagen. Art. 47 bestimmt: „Das Land ist verpflichtet, im Rahmen seiner Kräfte für die Verwirklichung des Rechts auf eine angemessene Wohnung zu sorgen, insbesondere durch Förderung von Wohneigentum, durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, durch Mieterschutz und Mieterzuschüsse.“ Die Räumung aus einer Wohnung wird daran gebunden, daß Ersatzwohnraum zur Verfügung steht. Art. 48 verpflichtet das Land, „im Rahmen seiner Kräfte durch eine Politik der Vollbeschäftigung und Arbeitsförderung für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu sorgen, welches das Recht jedes einzelnen umfaßt, seinen Lebensunterhalt durch freigewählte Arbeit zu verdienen“. Ferner wird ein „Recht auf sichere, gesunde und menschenwürdige Arbeitsbedingungen“ garantiert sowie der Anspruch auf gleiche Vergütung von Männern und Frauen bei gleichwertiger Arbeit. Art. 51 garantiert Koalitionsfreiheit und Streikrecht sowie das Zutrittsrecht der Gewerkschaften zu allen

Betrieben und Dienststellen. Auch hier sieht Scholz Verletzungen des Bundesrechts. Art. 54 bestimmt zum Strafvollzug, daß er die Würde des Menschen zu achten habe, „er muß darauf ausgerichtet sein, den Strafgefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen“.

Reaktionäre Kritik richtet sich auch gegen plebiszitäre Regelungen (Volks-

### Ist die Brandenburger CDU jetzt sauber?

Der brandenburgische CDU-Landesvorsitzende Fink, ein erprobter Westfunktionär und außerdem stellvertretender DGB-Vorsitzender, hat es geschafft. Sein Konkurrent, der Ostfunktionär Diestel, ist nicht mehr Fraktionsvorsitzender der CDU im brandenburgischen Landtag. Die wochenlangen Attacken haben endlich ihre Wirkung erzielt.

CDU-Landtagsabgeordnete bewerten die von Fink eingeleiteten Maßnahmen u.a. als „brachiale Gewalt“, „Machtpolitik“ und „Intrigenspiel“. Dies stört den Landesvorsitzenden Fink jedoch wenig. Welche politischen Fehlleistungen hat Diestel erbracht, die ein Handeln der Westfunktionäre erforderlich machten?

Da war die Sache mit der brandenburgischen Verfassung. Diestel ist tatsächlich der Auffassung, der Entwurf der neuen brandenburgischen Verfassung könne das Grundgesetz inspirieren. Das ist für jeden ordentlichen CDU-Westfunktionär eine Unglaublichkeit. Es soll etwas Besseres geben als die beste Verfassung der Welt, und dann noch aus dem Osten? Und dann diese Stasi-Äußerungen. Diestel hatte durchblicken lassen, es könne Leute geben, die für den Staatssicherheitsdienst der DDR gearbeitet haben und trotzdem keine Schwerverbrecher seien. Er hat sich z.B. auf die Seite von Stolpe gestellt, obwohl die CDU Stolpe doch zur Gallionsfigur der Stasi-Mitarbeiter erklärt hatte. Zu allem Überdruß ließ sich der Diestel auch noch von Politikern aus der SPD loben. Ja, er hat sogar eine für einen CDU-Westfunktionär absolut unbegreifliche politische Haltung gezeigt, indem er nämlich respektvolle PDS-Kommentare nicht sofort zurückgewiesen hat. Jeder CDU-Westfunktionär weiß, daß jedes Lob aus dem Lager der

initiative, -begehren, -entscheid). Obwohl das abgestufte Verfahren eine schwierige Prozedur ist und so wohl kaum zu einem (erfolgreichen) Volksentscheid führen wird, behauptet Scholz eine Gefährdung des „demokratischen Mehrheitsprinzips“. Die Regelungen bieten Möglichkeiten, direkt auf die Gesetzgebung des Landtags Einfluß auszuüben bzw. diese durch Volksentscheid zu ersetzen.

Die Verfassung wird in großer Auflage im Land vertrieben. Meinungsumfragen stellen ein großes Interesse am Volksentscheid fest. Es wird mit einer guten Beteiligung gerechnet.

Quellen: *Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg* vom 22. 4. 92, *Berliner Morgenpost*, 19. 4. 92 — (ard)

Kommunisten entschieden zurückzuweisen ist, sonst ist die Karriere unwiderruflich zu Ende.

Die Ostfunktionäre der CDU verhalten sich oft anders, als gemeinhin von einem ordentlichen bürgerlichen Parteifunktionär erwartet wird. Dinge, die im Westen selbst jüngere RCDS-Funktionäre mühelos bringen, bringt der Ostfunktionär nicht einfach mit. Die Fähigkeit zu lügen gehört dazu. Die Fähigkeit, mit der eigenen politischen Meinung zurückzuhalten, wenn es die eigene Karriere gefährden kann, gehört im Westen zur Grundausbildung der großen bürgerlichen Parteien. Jeder Westfunktionär weiß, wie wichtig der Umgang mit den Medien ist. Zum richtigen Zeitpunkt müssen wohlformulierte Meldungen platziert werden. Der Westfunktionär weiß seine Antworten für Interviews schon, bevor er die Frage kennt. Es spielt für ihn auch keine große Rolle, was der Journalist eigentlich fragt. Wichtig ist allein, daß er die Antwort richtig platziert. Der Ostfunktionär hingegen antwortet tatsächlich oft offen und ehrlich auf eine Frage. Die CDU wird ihre Funktionäre in Ostdeutschland noch erheblich verbiegen müssen, bis sie im westlichen Sinne richtig funktionieren. Es hat sich herausgestellt, daß die CDU für das Amt der Landesvorsitzenden momentan jedenfalls kaum Leute hat, die aus Ostdeutschland stammen und einsetzbar wären. Eine ganze Reihe mußte vorderhand wieder durch Westimporte ausgewechselt werden.

Was für die Politiker gilt, gilt im gewissen Sinne auch für die Bevölkerung. Nun haben die Ostberliner auch noch falsch gewählt, obwohl die CDU vorher propagiert hat, daß jede Stimme für die CDU eine Stimme gegen die PDS ist. Die Bevölkerung richtig hinzutrimmen, ist nicht einfach. Eigentlich müßten die nächsten Wahlen erstmal ausgesetzt werden. — (brr)

Zweieinhalb Millionen Wähler waren zur Wahl der Abgeordneten von 17 Parteien und zehn Wählergemeinschaften für je 45 Sitze in 23 Rathäusern Berlins aufgerufen. Es waren die ersten gemeinsamen Kommunalwahlen nach 1946. Die Wahlergebnisse zu den Berliner Kommunalwahlen sind inzwischen bekannt (siehe auch Tabelle).

Stadtweit bedeuten sie, daß die SPD im wesentlichen ihren Stimmenanteil halten konnte, die CDU erhebliche Einbußen erlitt, Bündnis 90/Grüne/AL um ein Geringes die PDS überholten (was nach ersten Verlautbarungen zu urteilen offenbar das eigentliche Wahlziel der Vereinigung war), die PDS in etwa ihre Stimmen hielt, aber die Republikaner erneut in die Stadtparlamente einzogen.

Im Ostteil der Stadt ergibt sich allerdings ein völlig anderes Bild: In sechs von elf Stadtbezirken hat die PDS mit rund 30 % das beste Wahlergebnis erzielt. Sie teilt sich die Wählerstimmen mit der SPD, die in fünf Bezirken die

## Das Ergebnis der Berliner BVV-Wahlen am 24. Mai 1992

Mehrheit der Stimmen auf sich vereinte. Die CDU liegt zwischen rund 12 und 16 % und erhielt eine herbe Quittung für den Betrug an den Menschen im Osten. Die REPs bekamen einen Stimmenanteil von weniger als 6 %.

Erste Reaktionen zeigen, daß sich die Spitzen der Parteien intensiv mit diesem Thema beschäftigen. Es ist zweifelhaft, ob der Kanzler seine Aussage, daß eine große Koalition ein kapitaler Fehler wäre, nach dem Berliner Wahlergebnis noch für die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik aufrechterhalten kann.

Es setzt sich die Tendenz der bisherigen Wahlen in der Bundesrepublik fort, daß die CDU den Wählerkredit, beson-

ders in Ostdeutschland, verliert und mit ihrer Politik seit der Wiedervereinigung in eine schwere Krise gerät. Bundeskanzler Kohl sagte voraus, daß eine Koalition mit der SPD schließlich zur Bundestagswahl 1994 in Bonn eine Ampelkoalition an die Macht bringt und die Republikaner in den Bundestag einziehen werden. Der Kanzler ahnte offenbar, daß das nun in Berlin unmittelbar bevorsteht! Berlin ist ein deutliches Signal für die Gefahr, die durch die rechten Kräfte heraufzieht. Die Republikaner sind im Kommen. Und — nicht wie immer lauthals verkündet wird — vor allem aufgrund der unbewältigten Vergangenheit in der ehemaligen DDR, sondern — wie die Ergebnisse ausweisen — besonders durch Stimmen aus den Westteilen der Stadt. Viel wichtiger erscheint allerdings die Tatsache, daß dieser sich andeutende Rechtsruck von den Regierungsparteien offenbar gewollt ist. Aufgrund der vielen ungelösten Probleme in Deutschland greifen sie rechtsradikale Parolen auf und machen sie zu ihren eigenen wie im Falle des Asylrechts. Rechte sitzen ohnehin schon in allen Parlamenten, wie Äußerungen des CDU-Abgeordneten Preuß in Berliner Abgeordnetenhaus beweisen.

Preuß hatte dort erklärt: „Politische Stabilität ist in Berlin eine unabdingbare Grundvoraussetzung. Selbst eine große Koalition kann diese Stabilität nicht garantieren.“ Recht und Ordnung — so ruft auch Schönhuber. Die Losungen gleichen sich. Die Gefahr von rechts ist nicht erst durch die Wahlen vorhanden,

sie ist gewollt und deutet den Rechtsruck in Deutschland insgesamt an.

40 % der Wähler in Berlin versagten den Kandidaten aller Parteien ihre Stimme und gingen nicht zur Wahl. Es heißt, daß das im Trend liege und anderwärts ähnliche Nichtwählerpotentiale existieren würden. Ist es aber nicht eine gefährliche Selbstberuhigung, wenn — wie gesagt wird — in dieser Haltung sich der Ärger widerspiegelt, den diese Nichtwähler gegenüber den etablierten Parteien zum Ausdruck bringen wollen? Wer aus dieser Haltung eine Protesthaltung, sogar eine besondere Art Wahlabstimmung machen will, belügt sich und andere. Möglich ist doch, daß dieser hohe Prozentsatz von Nichtwählern aufgrund seiner Unentschlossenheit und Verdrossenheit zu einer nächsten Wahl den Losungen des CDU-Abgeordneten Preuß oder des Chefs der REPs, Schönhuber, folgen könnte, die Recht und Ordnung in Deutschland herstellen wollen.

Mahnende Worte an die Wähler, die man in diesem Zusammenhang, z.B. vor der Wahl vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, hören konnte: „Wer nicht wählt, hilft den Radikalen“, richteten sich vor allem gegen die PDS. War doch der gesamte Wahlkampf der CDU darauf aus, die PDS zu diskriminieren. In Ost-Berlin gab es Wahlkampflosungen der CDU, die sich direkt gegen die PDS richteten. Dem Wähler soll suggeriert werden: Links ist gefährlicher als rechts.

Das Votum der Wähler in Ost-Berlin macht jedoch deutlich, daß 30 % der

Wähler sich gegen die totale Deindustrialisierung, die kolossalen Flächenstilllegungen in Wissenschaft, Bildung, Kultur und anderen Lebensbereichen aussprechen und die Politik der Koalitionsparteien ablehnen. Die PDS hat Programme in den Stadtbezirken erarbeitet, in denen sie sich als konstruktive Opposition anbietet und bereit ist, im Interesse der Menschen für Lösungen, vor allem für Arbeitsplätze, eine richtige Strukturpolitik usw. einzutreten. Nicht eine Spagatsituation muß — wie Eberhard Diepgen meint — überwunden, sondern anstehende soziale Probleme müssen gelöst werden.

Nun wird der Kampf um die Bezirksbürgermeister und Stadträte in den Parlamenten und in Ostberlin, besonders aber gegen die PDS, entbrennen. Die Verhandlungen um den Koalitionspartner werden an Schärfe zunehmen. Alle Parteien haben Wahllosungen propagiert, die den Berliner Kampf gegen Mietwucher, für Arbeitsplätze usw. versprochen. Nun werden die realen politischen Schritte entscheiden. Wahlversprechen werden erneut einer Prüfung unterzogen. Die CDU wird ihre Losung „Berliner, Kurs(z) halten“, sicher sehr ernst nehmen. Inzwischen sind aber andere Fragen von äußerster Bedeutung: Finden sich ausreichend politische Kräfte, die bereit sind, sich gegen rechts zu stemmen? Das betrifft auch die SPD, deren Wahlredner Oskar Lafontaine in Berlin diesen Gedanken aufgriff und rechts den Kampf ansagte. Bleibt zu hoffen, daß der müde Wahlauftritt Lafontaines nicht ein ebenso müdes politisches Programm nach sich zieht und die SPD gemeinsam mit anderen Kräften den Kampf gegen rechts aufnimmt und nicht nur bei der Kritik an der Koalitionsregierung und der Forderung nach Rücktritt stehenbleibt, sondern zu sich und den Problemen findet. — (Achim Berger)

	Gesamtberlin	Berlin (Ost)	Berlin (West)
Wahlberechtigte	2.523.253	964.344	1.558.909
Wahlbeteiligung	1.543.998	553.841	990.157
in Prozent	61,2 %	57,4 %	63,5 %
Gültige Stimmen	1.516.037	564.681	969.356
CDU	417.420	78.216	339.204
in % (in Klammern Dez. 90)	27,5 (40,3)	14,3 (25,0)	35,0 (48,9)
SPD	271.172	76.172	195.000
in % (in Klammern Dez. 90)	31,8 (30,5)	31,8 (32,1)	31,8 (29,5)
PDS	345.172	168.172	177.000
in % (in Klammern Dez. 90)	11,3 (9,2)	29,7 (23,6)	0,9 (1,1)
FDP	156.172	156.172	—
in % (in Klammern Dez. 90)	4,8 (7,1)	3,5 (5,6)	5,6 (7,9)
Bündnis 90/Grüne/AL	202.390	—	20.000
in % (in Klammern Dez. 90)	13,3 (—)	12,6 (9,7)	13,5 (6,9)
REP	125.369	66.172	87.197
in %	8,3	5,4	9,9
	78 Sitze	26 Sitze	52 Sitze

Ab dem Tag der Währungsunion am 1. Juli 1990 hatte Kuba fortan sämtliche Importe aus der DDR mit Devisen zu bezahlen. Und nicht nur das; auch seine Schulden an die ex-DDR soll Kuba jetzt in harter DM zurückerstaten. Sie beliefen sich 1990 auf zwei Milliarden Ostmark.

Die DDR war unter den sechs osteuropäischen RGW-Ländern Kubas Haupt-handelspartner. Robotron lieferte praktisch sämtliche Computer für die kubanischen Banken, Krankenhäuser, Büchereien etc. Überwiegend DDR-Maschinerie wurde in kubanischen Brauereien und der Lebensmittelverarbeitenden Industrie eingesetzt. Außerdem bezog Kuba aus der DDR Maschinen für die Metallverarbeitung, die Elektro-, Düngemittel und pharmazeutische Industrie. Im Gegenzug exportierte es in die DDR Zucker, Zitrusfrüchte und Nickel. Die Hilfe der DDR konzentrierte sich u.a. auf Maschinen für Zuckerfabriken, Chemiefabriken, Baumaterial, den Aufbau eines großen Druckzentrums und auf Ausrüstungen für die Textilindustrie.

Das Abkommen, wonach die DDR ca. 300.000 Tonnen Rohrzucker aus Kuba im Austausch gegen Futterhefe importierte, um ihn danach raffiniert wieder zu exportieren, wurde schon 1990 gekündigt; später zum 1.1.92 dann einseitig von der Bundesregierung alle sonstigen Kooperations- und Handelsabkommen zwischen der ex-DDR und Kuba. Im Einigungsvertrag hingegen war festgelegt worden, daß in bilateralen Verhandlungen zu klären sei, ob die von der Ex-DDR abgeschlossenen Abkommen fortgelten, ob sie veränderten Verhältnissen angepaßt werden oder ob sie erlöschen.

Langfristige RGW-Programme zielten seinerzeit auf die Erhöhung des Zucker- und Zitrusfrüchteexport Kubas sowie seiner Nickel- und Kobaltproduktion. Während auf dem Weltmarkt der Zuckerpreis wegen der weltweiten Überproduktion sank und andere Produzenten ihren Output eher drosselten, schlug Kuba mit der Aussicht auf einen garantierten Markt mit bevorzugten Abnahmepreisen (vor allem von der UdSSR, weniger von den anderen osteuropäischen Ländern) den entgegengesetzten Weg ein und intensivierte damit seine Monopstrukturen noch mehr. Trotzdem hatte die kubanische Regierung ständig mit dem Problem zu kämpfen, daß sie der vereinbarten Höhe der Zuckerlieferungen in den RGW nicht nachkommen konnte.

Mitte der 80er Jahre bezahlte die UdSSR bis zum Zehnfachen des Weltmarktpreises, später etwa das Sechsfache. Das liegt allerdings wesentlich an dem ungeheuren „Preisverfall“ für Zucker. Dessen Weltmarktpreis sank von 16,89 Cents/Pfund in 1981 auf 4,05 Cents/Pfund 1985 und stieg bis 1988 wieder auf etwa 10 Cents, während die UdSSR an Kuba bürgerlichen Berechnungen zufolge zwischen 35 und 45

## Wirtschaftliche Folgen und Antworten in Kuba auf den Zusammenbruch im Osten

Cents per Pfund bezahlte. Diesen Aufpreis als eine Subventionierung zu betrachten, wies allerdings 1990 der kubanische Vize-Präsident zurück. Dieser Preis entspreche den Produktionskosten, die der UdSSR bei Eigenproduktion selber entstanden wären. Andererseits werde der Ausgleich für den höheren Zuckerpreis durch den über dem Weltmarkt liegenden Preis, den Kuba für sowjetische Güter und Öl bezahlte, wieder hergestellt. Kuba erhielt ab 1975 das sowjetische Öl auf der Basis eines durchschnittlichen Weltmarktpreises der letzten fünf Jahre. In den Jahren es sogen. Ölpreisschocks bezahlte Kuba demzufolge niedrigere Preise. Als aber ab Mitte der 80er Jahre der Ölpreis scharf fiel, war Kuba weiterhin an den höheren Preis gebunden.

Die Sowjetunion und die sechs osteuropäischen Länder bezogen über 90 % des kubanischen Agroexports. Diese Märkte drohen nun fast ganz wegzubrechen. Ab 1990 sank der Export von Zucker nach Osteuropa rapide, in die DDR zum Beispiel um fast 70 %, denselben Rückgang verzeichnete Kuba mit Bulgarien und der CSFR. Man kann sich leicht ausmalen, was passiert, wenn Kubas Zuckerproduktion künftig mehrheitlich auf den Weltmarkt geworfen werden wird, weil sich die ehemaligen Abnehmer nach billigeren Alternativen umsehen (z.B. Zuckerrüben): ein drastischer Fall des Weltmarktpreises und für Kuba zugleich enorme Mindereinnahmen.

Die größten Schwierigkeiten bereite Kuba zunächst die Verringerung der Öllieferungen aus der UdSSR um 20 % in 1990. Wegen Mangels an harter Währung konnte es sich anderweitig nicht versorgen. Die kubanische Regierung war zu einem harten Energiesparprogramm gezwungen. Für den staatlichen Sektor wurde die Benzinration um die Hälfte, für den privaten um 30 % gesenkt. Die Regierung kündigte den Bezug von 700.000 Fahrrädern aus der VR China und den Aufbau von zwei Fahrradfabriken an. Eine Nickelfabrik mußte ganz geschlossen, die Arbeiten für die Errichtung einer Ölraffinerie abgebrochen werden. Ein nationales Projekt sieht vor, in der Landwirtschaft Traktoren durch Zugtiere zu ersetzen. Die Produktionszeit in der Bauindustrie wurde verringert. Den Haushalten wird 10 % weniger Energie zur Verfügung gestellt.

Was der teilweise Zusammenbruch der Wirtschaften in Osteuropa für Kuba bedeutet, mag man daran ersehen, daß es zu 80 bis 100 % osteuropäischen bzw. sowjetischen Maschinen, Transportmitteln und Rohstoffen abhängig ist. Für

1991 bis 1995 sollten mit der UdSSR und Osteuropa neue Verträge vereinbart werden. Soweit bekannt kamen keine konkreten Abkommen zustande.

Die UdSSR war Kubas einziger Lieferant von Zeitungspapier, Baumwolle und Holz. Inzwischen arbeiten 321 Fabriken der Leichtindustrie nur noch 24 Stunden pro Woche wegen fehlender Rohstoffe und Ersatzteile. 26 Fabriken (Textilien, Möbel) wurden geschlossen. Alle Publikationen der Provinzen, alle Magazine und Journale mußten eingestellt werden. Es gibt in Kuba wegen Papiermangels nur noch eine Tageszeitung, die „Granma“, und die zu doppeltem Preis.

Kuba bezog 90 % seines Weizen- und 100 % seines Weizenmehlbedarfs aus der UdSSR. Inzwischen sind die GUS-Länder selber extrem von westlicher Lebensmittellieferung und Weizenlieferungen abhängig, so daß Kuba gezwungen sein wird, künftig Weizen gegen Devisen, an denen es mangelt, anderweitig zu beziehen.

Kubas Antwort auf die neue Lage besteht unter anderem in drastischen Sparmaßnahmen und in der Umverteilung von Arbeitskräften vom industriellen in den agrarischen Sektor, da dort relativ weniger Importprodukte eingesetzt werden. Eine höhere Agrarproduktion soll wiederum die Notwendigkeit landwirtschaftlicher Einfuhren senken. Zugleich werden arbeitsintensive Techniken angewandt, um Energie zu sparen und Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Die kubanische Regierung bemüht sich um eine Diversifikation der Ausfuhrerzeugnisse und ihrer Handelspartner und ist jetzt auf der Suche nach neuen Märkten. 1990 wurde Kuba für die VR China über einen Kooperationsvertrag (Handelswert 420 Mio. \$) zum wichtigsten lateinamerikanischen Handelspartner. China wird Kuba mit Maschinen und technischer Unterstützung versorgen. Mit wenig Erfolg versuchte Kuba, seinen Handel mit den lateinamerikanischen Nachbarn zu verstärken. Kubas Exportwaren sind denen der lateinamerikanischen Länder zu ähnlich, zum anderen fehlen ihm Devisen.

Als Devisenquelle setzt Kuba künftig noch mehr auf den Tourismus. Bis 1993 sollen sich die Touristenzahlen verdoppeln. Darüberhinaus soll die Produktion und der Export biotechnologischer, pharmazeutischer und gentechnischer Produkte erhöht werden und harte Währung einbringen.

Quelle: Perez-Lopez, Swimming against the Tide, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Miami, Summer 1991



Etwa 1200 Menschen beteiligten sich am 23. Mai in Bonn an einem Solidaritätskongress „Solidarität mit Cuba! Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!“ Wir veröffentlichen Dokumente des Kongresses auf der folgenden Seite. — (Bilder: UPK)

Auf der Sitzung der UN-Menschenrechtskommission auf 2. März 1992 in Genf wurde auf Druck der USA die kubanische Regierung per Resolution der Menschenrechtsverletzung beschuldigt und die Ernennung eines Spezialberichterstatters für Kuba beschlossen. Nach mehrjährigen Erpressungsversuchen gegen Länder der „Dritten Welt“ nutzten die USA jetzt die Vollstreckung des Todesurteils gegen den Anführer einer dreiköpfigen exilkubanischen Terrorgruppe aus Miami, die am 29.12.91 schwerbewaffnet, mit hochwertigen Sprengstoffen und den Namen führender Dissidenten ausgestattet in Kuba gefaßt worden waren. (Die anderen beiden erhielten eine 30jährige Haftstrafe.) Sie gestanden, dem berüchtigten, vom CIA trainierten Commando L anzugehören. Deren Führer, Coesta, drang selbst mehrere Male in Kuba ein, wurde zweimal verhaftet, verurteilt und wieder freigelassen. Dies war bis vor kurzem das übliche Verfahren. Coesta fordert in den USA den Krieg gegen Kuba. An ihm zeige sich, so die kubanische Regierung, daß es sich nicht auszahle, solche Leute laufenzulassen.

Kuba fühlt sich heute nach dem Zusammenbruch im Osten und durch den „Siegestaumel des Imperialismus“ (Granma) akut von einer Invasion der USA bedroht. Bush erklärte jüngst auf einer Wahlkampfveranstaltung, er erwarte, „in nicht weit entfernten Tagen ... als erster Präsident der USA den freien Boden Cubas (zu) besuchen“. Nicht umsonst befürchtet Kuba, daß Bush mit einem militärischen Hand-

## Über Menschenrechte, Völkerrechte und drohende Schlachtfeste

streich gegen die Insel seine Wiederwahlchancen aufzubessern sucht. In amerikanischen Regierungskreisen gibt es das Wort, es sei an der Zeit, der verwundeten Bestie den Todesstoß zu versetzen. („The beast is wounded. It is time to go in for the kill.“) Mit diesem Argument wurde die seit 30 Jahren andauernde völkerrechtswidrige Wirtschaftsblockade gegen Kuba von den USA jetzt noch verschärft — bis hin zum Verbot der Lieferung medizinischer Fachliteratur. Gewaltakte kombiniert mit wirtschaftlicher Strangulierung sollen die kubanischen Massen zum Aufstand gegen die Regierung zwingen.

Die 600.000 Personen zählende exilkubanische Gemeinde in den USA mit einer starken Lobby in Washington gebärdet sich bereits, als stünde der siegreiche Einzug in Havanna unmittelbar bevor. Ihr Radiosender TV Marti (16 Mio. Dollar Subvention pro Jahr) greift zu immer aggressiveren Tönen, verlangt von Washington, das Gesetz aufzuheben, das kriegerische Aktionen gegen andere Staaten von nordamerikanischem Boden aus verbietet. Die exilkubanische Terrorgruppe Alpha 66 behauptet, ihr seien seit 1991 insgesamt 33 „Expeditionen“ nach Kuba gelungen. Jorge Mas Canosa, der millionenschwere Präsident der einflussreichen Kubanisch-Amerika-

nischen Stiftung, der sich bereits als künftiger kubanischer Präsident sieht, verkauft für 10.000 Dollar Optionsscheine für ein freies Kuba. Der Gegenwert sind Mitbestimmungsrechte an der künftigen, noch auszuarbeitenden Verfassung. US-amerikanischen Firmen beauftragen die Universität von Miami mit Studien für die Errichtung von Tochterfirmen auf Kuba. Es heißt, russische, osteuropäische und nicaraguanische Experten böten ihren Erfahrungsschatz an für den Fall des Sturzes von Castro. Private Fluggesellschaften haben bereits für tausende von Dollars Reservierungen für die „Stunde Null“ vorgenommen, etc.

Die KP Cubas (KPC) betrachtet die Abstimmung in der Menschenrechtskommission als Versuch, Kuba „an den Rand des Weltkonsensus zu drängen“. Für die antikubanische Resolution votierten alle sogenannten Industriestaaten einschließlich Rußland, Ungarn, die CSFR, Bulgarien, aber auch Argentinien, Costa Rica, Uruguay und Chile. Dagegen stimmten u.a. Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Venezuela. Mehrheitlich enthalten haben sich die nicht-paktgebundenen Länder.

Carlos Aldana, Mitglied des Politbüros der KPC nahm dazu Stellung: „Die Abstimmung in Genf enthielt viel Lehr-

reiches. Wenn wir die Bevölkerung der Länder zusammenzählen, die mit den USA abstimmten, können wir feststellen, daß der größte Teil der Menschheit nicht gegen uns stimmte. Anders ausgedrückt, es gab 29 Länder, einschließlich der Enthaltungen, die uns nicht verurteilten.“

Bei dem ganzen Druck, mit einem Herrn Quayle, der eine zu Tränen rührende Rede hielt, und einer us-amerikanischen Delegation, die einen pathetischen Appell an die Menschlichkeit abgab, kamen gerade 23 Stimmen zusammen, 21 Enthaltungen und 8 Gegenstimmen. Wenn diese Abstimmung geheim gewesen wäre, hätten wir keine Niederlage erlitten, denn die 23, die ihre Hand hoben, konnten nicht anders; sie sind politisch den USA verpflichtet oder stark verschuldet.“

Die Granma schrieb: „De facto haben die Vereinigten Staaten einen Pyrrhussieg davongetragen, wogegen Kuba dieses Ergebnis als einen Beweis von Verständnis und Solidarität seitens der Dritten Welt auffaßt.“ Der Ehrenpräsident des Menschenrechtskomitees von Mittelamerika, Guillermo Toriello, protestierte beim Vorsitzenden der UN-Menschenrechtskommission gegen die Vorgehensweise des „Haupttäters bei der Übertretung des Völkerrechts und Mei-

sters der Verletzung der Menschenrechte“. „Wenn dieser Unverschämtheit Washingtons nicht Einhalt geboten wird, so wird die Menschenrechtskommission dieselbe Diskreditierung erleiden, der bereits der UN-Sicherheitsrat anheimgefallen ist.“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Hermann Scheer schrieb kürzlich einen bemerkenswerten Artikel in der taz: „In keinem Land Lateinamerikas (sind) die sozialen Menschenrechte besser verwirklicht worden als in Kuba, und auch die USA könnten sich hier dicke Scheiben abschneiden: So ist die Kindersterblichkeit in Washington höher als in Havanna. (...) Die tatsächliche Situation ist die eines Kriegszustandes in der Phase eines langanhaltenden, aber vorläufigen Waffenstillstandes, was selbstverständlich negative Folgen für die Chance innerer Demokratisierung hat (...) Wer die Demokratisierung Kubas ernsthaft will, muß sich gleichzeitig entschieden als gerade modern gegen die amerikanische Wirtschaftsblockade wenden. Es ist heuchlerisch, von Kuba die Achtung individueller Menschenrechte zu fordern und gleichzeitig die völkerrechtswidrigen Aktionen der amerikanischen Regierung gegenüber Kuba zu tolerieren ...“

Quellen: Interview der dpa mit Carlos Aldana vom 23.3.92; The Economist, 18.1.92 (GB), taz, 27.2.92 in: edp-Entwicklungspolitik, März 92; Frankfurter Rundschau, 11.5.92; Cuba vive, März 92; Süddeutsche Zeitung, 25.4.92; The Nation, 24.2.92 (USA); Neues Deutschland, 9.3.92 — (frr)



# Solidaritätskongreß am 23. Mai in Bonn

Über 1200 Menschen nahmen an dem Solidaritätskongreß „Solidarität mit Cuba! Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!“ teil. Dem Trägerkreis des Kongresses gehörten an: Anti-EG-Gruppe Köln, Aktionskreis Internationalismus Karlsruhe, Barrel-Öl-Kampagne, ChristInnen für den Sozialismus, Cuba si, Cuba va, Cultur Cooperation Hamburg, DeCub, El Rojito, Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba, Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Inter-Red Cooperación, Informationsbüro Nicaragua, Lateinamerika-Initiative Karlsruhe, Monimbó, Sozialistische Linke Karlsruhe, Taller de Solidaridad sowie einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Der Kongreß befaßte mit den Themengruppen „Was hat die kubanische Revolution erreicht?“, „Cuba im Würgegriff der alten und neuen Weltordnung durch USA, EG und BRD“ sowie mit der Fragestellung „Wie wehrt sich Cuba und wie kann Solidarität aussehen?“ Fidel Castro hatte sich mit einer Grußbotschaft an den Kongreß gewandt. In einer Abschlusserklärung einigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einstimmig auf den Aufbau einer „Infostelle Cuba“. Wir dokumentieren aus der Grußbotschaft und aus der Abschlusserklärung. — (uld)

## Grußbotschaft von Fidel Castro

Liebe Freunde!

Einen Solidaritätskongreß mit der kubanischen Revolution unter den jetzigen schwierigen und komplizierten Bedingungen in der Welt zu veranstalten, ist ein Akt, den wir in all seiner Größe sehr hoch einschätzen. Dieser Kongreß reiht sich in die wachsende Unterstützung ein, die wir aus verschiedenen Teilen der Welt erhalten und ist für uns ein Ansporn, die legitimen Errungenschaften der Revolution aufrechtzuerhalten und die Unabhängigkeit unseres Landes um jeden Preis zu verteidigen.

Die Solidarität kennzeichnet den Geist unserer Revolution. Das kubanische Volk, das mit anderen Völkern die Früchte seiner Arbeit, seine Intelligenz und sogar sein Blut geteilt hat, ist für diese Freundschaftsgeste, die Ihr uns entgegenbringt, dankbar und fühlt sich dadurch stimuliert.

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Gemeinschaft in Osteuropa und dem Untergang der Sowjetunion, mit denen Kuba etwa 85 % seines Außenhandels getrieben hat, steht unsere Heimat nun mehr denn je vor einer Herausforderung unberechenbarer Folgen, da die Hauptquellen für unsere Warenlieferungen schlagartig eingestellt wurden, was in der Tat zu einer zweiten Blockade gegen unser Land geworden ist.

Zu dieser ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur kommt die durch die USA seit über drei Jahrzehnten verhängte grausame und unmenschliche Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die in letzter Zeit zu einer krankhaften und zügellosen Besessenheit geworden ist. So denkt man in Washington, daß wir nicht standhalten werden, daß die Stunde der Abrechnung mit Kuba gekommen sei. Zu diesem Zweck verschärfen die USA ihren ideologischen Krieg, verstärken ihre Erpressungsversuche und ihre militärischen Drohungen sowie ihre Feindseligkeiten und ihren Druck in jeder Hinsicht. Sie unternehmen Anstrengungen zur Vorbereitung konterrevolutionärer Aktivitäten, setzen alle Mittel und ihren ganzen Einfluß ein, um diese Politik inmitten einer Verleumdungs- und Diversionenkampagne ohnegleichen über ihre Grenzen hinaus zu führen, und versuchen, die kubanische Revolution vor der internationalen Gemeinschaft als isoliert darzustellen. In diese Politik haben sich mehrere europäische Regierungen und Institutionen eingereiht, indem politische Bedingungen zur Entwicklung der Zusammenarbeit und der bilateralen Beziehungen gestellt werden.

Es ist paradox, daß während die Blockade von Menschen aller Völker, weltbekannten Persönlichkeiten, Institutionen und nichtstaatlichen Organen, politischen Kräften verschiedenster Richtungen, Gewerkschaften, gesellschaftlichen Organisationen und Volksbewe-

gungen, Christen und vielen anderen abgelehnt wird, die USA nun diese Blockade zu verschärfen versuchen, indem sie neue Bestimmungen einführen, die das Einlaufen von Frachtschiffen aus Drittländern, die Handel mit Kuba treiben, in US-Häfen verbieten. Damit wird nicht nur beabsichtigt, ein ganzes Volk zu ersticken und verhungern zu lassen, sondern auch eine neue Art von Beziehungen auf der Welt durchzusetzen, in denen die internationalen Gesetze und die nationale Souveränität und Unabhängigkeit widerlegt werden, um auf diese Weise das Streben nach einer unipolaren Welt zu verstärken, in der die militärische und politische Macht der USA vorherrschen soll.

Mit Geduld und Entschlossenheit stellen wir uns dieser neuen, aufgrund äußerer Faktoren entstandenen Situation. Wir sind entschlossen, standzuhalten und vorwärtszukommen. Wir fühlen uns weder demoralisiert noch besiegt. Zielbewußt stützen wir uns auf unseren Kampfgeist, unsere Intelligenz und das von uns entwickelte wissenschaftliche Potential. Unser Volk hält in fester Einheit zusammen. Die überwiegende Mehrheit der Kubaner verteidigt die Idee, daß nur mit der Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Gerechtigkeit der Revolution die Lösungen für die gegenwärtigen Schwierigkeiten gefunden werden können. Auf dieser Grundlage werden wir unser sozialistisches Projekt weiter vervollkommen können und die edelsten Ziele unseres Volkes erreichen.

Denjenigen, die meinen, daß Kuba zerschlagen, erniedrigt und zerstört werden muß, antworten wir, daß unsere Revolution eigenständig bleiben wird, was am vergangenen 1. Mai mit den beeindruckenden Massendemonstrationen bewiesen wurde. Wir haben niemanden um Erlaubnis gebeten, um die Revolution einzuleiten, wir warten auf niemanden, der sie verteidigt. Die Revolution existiert und wird durch den souveränen Willen unseres Volkes weiter existieren.

Die Kubaner sind in dieser einzigartigen Lage nicht allein. Es soll kein Mitleid mit uns empfunden werden. Diejenigen, die keine Vergangenheit und keine Zukunft mehr haben, können Mitleid hervorrufen, aber nicht ein Volk, das eines der schönsten und heldenhaftesten Kapitel seiner Geschichte schreibt. Was Kuba jetzt braucht, ist Verständnis und Achtung, um unser Werk zu vervollkommen, ohne die wesentlichen Werte des Sozialismus zu zerstören.

Liebe Genossen und Freunde!

Ihr gebt uns viel mehr. Ihr bietet uns in diesem entscheidenden Moment eure uneingeschränkte politische und materielle Solidarität. In Kuba wird nicht nur über das Schicksal unseres Volkes, sondern auch über die Gerechtigkeitsprinzipien der ganzen Menschheit und über die Zukunft der Völker der Dritten Welt entschieden, die aufgrund der Unfähigkeit des Kapitalismus, die schweren, sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und menschlichen Probleme der Welt zu lösen, völlig verarmt sind.

Aus diesem Grund erlaubt mir, Euch zu versichern, daß die Kubaner die Sache des Fortschritts und der Revolution niemals verraten werden. Wir werden standhalten. Wir werden den endgültigen Sieg erreichen, den sowohl unser Volk als auch eure Solidarität verdienen.

Vielen Dank, liebe Freunde!

Fidel Castro Ruz

## Abschlusserklärung des Kongresses

Wir, Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Kongreß „Solidarität mit Cuba! Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!“ am 23. Mai 1992 in Bonn erklären:

Das kubanische Volk hat durch seine Revolution in einem Land der Dritten Welt Enormes erreicht, insbesondere bei der Verwirklichung der Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit, Wohnung, Bildung, Ausbildung, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit. Dem zollen selbst liberale bis konservative Politiker Bewunderung wie Robert McNamara, Hernando Rísoto oder der brasilianische Staatspräsident Fernando Collor de Melo, der Ende März vor Journalisten erklärte, kein Land der Welt habe in der

Gesundheitsversorgung und der Erziehung das kubanische Niveau erreicht. Das kubanische Volk hat außerdem immer wieder seine internationale Solidarität unter Beweis gestellt. Seine Ärzte, Lehrer und Techniker arbeiten in anderen Ländern der Dritten Welt; Verfolgten und Verletzten aus ganz Lateinamerika gewährte und gewährt es Zuflucht; Tausende von strahlengeschädigten Kindern aus Tschernobyl fanden und finden dort medizinische Betreuung. Cuba ist deshalb eine wichtige Referenz für andere Länder der Dritten Welt, gegen die wachsende Verelendung von Dreivierteln der Menschheit in der kapitalistischen neuen Weltordnung.

Doch die Lage in Cuba ist dramatisch. Seit mehr als 30 Jahren erhalten die USA ihre staatsterroristische Blockade aufrecht, ja haben sie gerade in den letzten Wochen weiter verschärft. Der Handel mit den bisher weitaus wichtigsten Handelspartnern UdSSR und osteuropäische Staaten ist fast zum Stillstand gekommen. Die EG verweigert jede Kooperation. Die Bundesregierung führt die Verträge Cuba-DDR nicht weiter. Die Versorgung der Bevölkerung ist daher gefährdet, die Lieferung von Energie und Rohstoffen praktisch zum Erliegen gekommen.

Cuba soll durch wirtschaftliche strangulierung, bewaffnete Subversion, ja ggf. offene militärische Intervention wieder in den zentralamerikanischen Hinterhof der USA eingemeindet werden. EG und BRD unterstützen die USA, um Cuba, aufbauend auf der alltäglichen Desinformation fast aller Medien, in einer weltweiten Atmosphäre der Gleichgültigkeit politisch zu isolieren und zum Abschuß freizugeben. Gerade in dieser bedrohlichen Situation versichern wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Cuba-Solidaritätskongreß, Cuba unserer umfassenden politischen und materiellen Unterstützung und beharren darauf, das Recht des kubanischen Volkes und seiner Regie-

rung auf Entwicklung und auf eine eigene Entwicklung einzufordern. Unsere und vieler anderer internationale Solidarität muß dem kubanischen Volk einen Freiraum zur schöpferischen Fortentwicklung des Erreichten eröffnen!

Deshalb fordern wir:

- die unverzügliche, bedingungslose Aufhebung der von EG und BRD unterstützten, völkerrechtswidrigen US-Wirtschaftsblockade;
  - die sofortige Beendigung aller Sanktionen gegen Unternehmen und Regierungen weltweit, die mit Cuba zusammenarbeiten;
  - den Abzug aller US-Truppen aus Guantanamo
  - Schluß mit CIA-unterstützter, bewaffneter Subversion und Terroraktionen gegen Cuba, keine offenen US-Militäraktionen;
  - die Erfüllung oder Fortführung der Verträge Cuba-DDR durch die BRD;
  - keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Cubas, auch nicht nur Instrumentalisierung der sogen. „Menschenrechte“ zur ausschließlichen gegen Cuba geschwungenen Waffe;
  - weder US-Hinterhof-Politik in Zentral- und Lateinamerika noch kapitalistische „neue Weltordnung“.
- Wir rufen alle, für die Solidarität auch weiterhin ein grundlegender Wert bleibt, auf, sich für Cuba politisch und materiell zu engagieren.

Wir rufen alle, die sich als Person oder Organisation als Freunde Cubas verstehen, auf, durch breite Gegeninformation dazu beizutragen, die von den Herrschenden betriebene Isolierung Cubas zu durchbrechen.

Cuba hat viele Freundinnen und Freunde in der Welt, in Lateinamerika und anderswo. Auch in der EG und der BRD müssen wir die Solidarität gegen die zunehmenden Angriffe auf Cuba verstärken. Deshalb fordert der Kongreß den Trägerkreis auf, in Zusammenarbeit mit den Initiativen der Cuba-Solidarität eine „Infostelle Cuba“ aufzubauen, um eine raschere Verbreitung von Informationen aus und über Cuba sowie über die jeweiligen Aktivitäten innerhalb der Cuba-Solidarität zu erreichen.

Weitere Informationen über: Dorothee Piermont, MdEP, Bundestag, HT 105, Tel. 02228/1691 98



## Neuerscheinungen

Anfang Juli erscheint: „Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß“ (Lukács), Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988-1992. Sieben Gefangene aus der RAF und neun Gefangene aus dem Widerstand äußern sich zur aktuellen Situation, zur Geschichte, zu Perspektiven... Die Beiträge wurden vom Celler AK Drinnen & Draußen gesammelt und zusammengestellt. Die Broschüre wird voraussichtlich ca. 100 Seiten im A4-Format umfassen und um die 10 DM kosten (übliche Konditionen für Mehrfachbesteller).

Bestellungen bitte ab sofort an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1.

Anfang bis Mitte Juli erscheint eine Broschüre, die sich in drei Beiträgen, ergänzt um Artikel aus den Politischen Berichten, mit der Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg, ihren Zielen, der Kontinuität der Balkanpolitik des deutschen Imperialismus und der aktuellen Situation auseinandersetzt. Die Broschüre wird voraussichtlich zwischen 48 und 64 Seiten im A4-Format umfassen und zwischen 5 und 7 DM kosten.

Bestellungen bitte ab sofort an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1.

## Termine

13. 6. 92 5. Seminar von sozialistischen Organisationen aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein. Tagesordnung: 1. Wirtschaftspolitik für Mecklenburg-Vorpommern; 2. Deutsche Ostexpansion. 10 bis 16 Uhr; Club M, Stadtfeldkamp 22, Kiel.

13. 6. 92 Mitgliederversammlung des Herausgeberkreises „Nachrichten Chemische Industrie“. Als Tagesordnung ist geplant: 1. Entgelt- und Manteltarifverhandlungen, tarifpolitische Lage; 2. Konzernstrategien zur Personalführung, Wertewandel; 3. Zusammenarbeit mit anderen Initiativen und Gruppen; 4. Projektierung der Nachrichtenhefte; 5. Finanzen und Verlag. 11 bis 18 Uhr, Naturfreundehaus „Kleiner Hagen“, Göttingen. Tel. 05 51/68796

13. / 14. 6. 92 Arbeitstagung des Arbeitskreises öffentlicher Dienst in der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik. Themen: Tarifpolitik der ÖTV; Referat: „Der öffentliche Dienst vor dem Binnenmarkt“; ÖTV-Gewerkschaftstag. Samstag, 13.30 Uhr, bis Sonntag, 13 Uhr. Haus der Jugend, Deutschherrnrufer 12, Frankfurt/Main.

13. 6. / 14. 6. 92 Zentrale Delegiertenkonferenz der VSP.

14. 6. 92 Arbeitsgemeinschaft bei der PDS „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung“. Treffen der Arbeitsgemeinschaft. Themen: Wirtschaftsdemokratie — Utopie oder Perspektiven? Immer mehr Wachstum — ist das wirtschaftlich und global vertretbar? Aus der Diskussion der PDS in Halle, Referent Friedrich Plate; B19-Diskussion — Diskussionsbeiträge aus der PDS Meinungen und der Schweinfurter Bürgeraktion B19. 11 Uhr, DGB-Jugendheim, Wilhelm-Leuschner-Str. 2, Schweinfurt.

19. 6. 92 B&G-Treffen der VSP zum Tarifvertrag 2000. Thema: Fraueninteressen. 17 h, Glashüttenstr. 106, HH.

20. 6. 92 Bundesweite Demonstration „Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen“. 11 Uhr, Bonn.

20. 6. 92 15. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalen. Beginn 10 Uhr; Schulzentrum Ostheim, Hardtgenbuscher Kirchweg 100, Köln-Ostheim.

3.-5.7.92 Gegenkongreß und Demonstration zum Weltwirtschaftsgipfel. München.

3. 8. - 6. / 7. 8. 92 Linke Sommerschule in Thüringen. Ort steht noch nicht fest. Die methodisch-methodologischen Grundsätze der Kurse sollen sein: — Brückenschlag zwischen Generationen sowie zwischen Linken unterschiedlicher Herkunft, besonders auch aus Ost und West. — Einstiege schaffen gegen die Verweigerung von Sachkompetenz durch die Herrschenden. — Soziales Wissen als sozialer Prozeß aneignen. — Zeit und Möglichkeit schaffen, sich selbst zu vergewissern. — Lernen, eigene Interessen zu formulieren, kenntlich zu machen und darüber in den Diskurs zu kommen. Folgende Kurse werden angeboten:

— Kritische Theorie, Dialektik der Aufklärung, Kommunikationsgesellschaft: Was leistet bzw. leistet nicht die Theorie vom kommunikativen Handeln?

— Strukturpolitik in den neuen Bundesländern und moderne ökonomische Theorien

— Das Jahr 1945 — eine verpaßte Chance?

Anmeldungen und Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Amthorstr. 11, O-6500 Gera, Telefon Gera 62326 10, Fax Gera 231 80; Christiane Schneider, GNN-Hamburg, Günterstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/22042 78, Fax: 229 74 19.

29. 8. 92 Treffen der Landes-Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Baden-Württemberg. Themen: Eigenbetriebsgesetz Baden-Württemberg und Krankenhausprivatisierung; Pflegediskussion. 10.30 Uhr. Mannheim, Friedensbüro.

26. / 27. 9. 92. Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen. Ort: voraussichtlich Nähe Leipzig.

## Kolonialismus im Untergang

Der Film „Indochine“ schildert den Niedergang des französischen Kolonialismus in Indochina in den dreißiger Jahren.

Die Erzählerin Liliane (Catherine Deneuve) ist Besitzerin einer Kautschuk-Plantage bei Saigon. Sie hat die verwaiste Tochter Camille eines benachbarten vietnamesischen Grundbesitzers adoptiert. Diese verliebt sich in den jungen Kolonialoffizier Jean-Baptiste, mit dem ihre Adoptivmutter ein heimliches Verhältnis hat. Zur Vermeidung eines Skandals wird Jean-Baptiste auf einen entlegenen Posten an der Küste im Norden des Landes versetzt, dessen wesentliche Funktion darin besteht, den Menschenhandel mit entflohenen Leibeigenen oder armen Bauern für die Kolonialplantagen im Süden zu organisieren.

Camille flieht und macht sich auf die Suche nach dem jungen Offizier. Sie schließt sich einer geflohenen Bauernfamilie an, die sich an dem oben erwähnten Ort anwerben lassen will. Dort angekommen, wird Camille von Jean-Baptiste aus der Menge der

Arbeitsklaven herausgeholt, erschießt einen der Offiziere und flieht mit ihrem Angebeteten. Sie erreichen den Schlupfwinkel einer Widerstandsgruppe. Mit einer wandernden Theatergruppe, die Agitation gegen Feudalherren und Kolonialisten betreibt, sollen sie nach Südkina gebracht werden. Unterwegs bringt Camille einen Sohn zur Welt. Kurz vor dem Ziel werden sie von der Kolonialarmee aufgegriffen. Camille kommt in ein Straflager, Jean-Baptiste und der Säugling werden nach Saigon gebracht. Das Kind kommt zu Liliane in Pflege, Jean-Baptiste wird durch einen fingierten Selbstmord umgebracht. Camille wird nach fünf Jahren durch eine Amnestie entlassen. Sie lehnt es jedoch ab, zu ihrer Adoptivmutter auf die Plantage zurückzukommen und schließt sich erneut der Befreiungsbewegung an. Liliane verkauft die Plantage und kehrt mit Etienne, dem Sohn von Camille und Jean-Baptiste, nach Frankreich zurück.

Diese vordergründige Handlung mag manchmal sehr romantisch und zuweilen auch etwas

konstruiert erscheinen. Was den Film jedoch interessant macht, ist der Kontrast zwischen der Ideologie der Erzählerin, die hilflos dem Zerfall ihrer einstmaligen vermeintlichen kolonialen Idylle zusehen muß, und den Bildern, die die koloniale Wirklichkeit in ihrer ganzen Brutalität, den Zynismus der Unterdrücker, aber auch ihre wachsende Angst und die Ausbreitung des Widerstands zeigen.

Als Liliane einen Plantagenarbeiter auspeitscht, sagt sie, daß eine Mutter ihre Kinder strafen müsse, auch wenn es ihr selbst weh täte. Der vietnamesische Verlobte von Camille verweigert gegenüber seiner Mutter den Gehorsam vor Ahnenaltar, Elternhaus und Obrigkeit, mit dem die Kompradorenklasse ihre eintägliche Zusammenarbeit mit den Kolonialherren ideologisch verbrämt.

Der Film läßt keinen Zweifel an der historischen Notwendigkeit des Untergangs des Kolonialismus, auch wenn er es aus der melancholischen Perspektive der Kolonialistin schildert. — (ulj)



Streik der Landarbeiter

## Night on Earth — Heiteres und Nachdenkliches zu Taxifahrten

Fünf Episoden in fünf westlichen Großstädten: Los Angeles, New York, Paris, Rom und Helsinki. Nachts. Jeweils eine Taxifahrt, jeweils eine zufällige Begegnung. Jede Handlung verläuft unterschiedlich, abhängig von den Personen, die zusammen treffen und geprägt von der Stadt, in der die Geschichte spielt. Die einzelnen Filme wurden am Schauplatz, mit einheimischen Schauspielerinnen und Schauspielern gedreht. Allesamt schildern sie, wie Leute versuchen, sich über Wasser zu halten, aus ihrem Leben das Beste zu machen. Jeder für sich, mit einer mehr oder weniger hoffnungsvollen Perspektive. Ein Film der 90er Jahre. Manchmal zum Lachen komisch. Sehenswert.

Los Angeles: Kalt, geschäftsmäßig, häßlich die Umgebung

des Flughafens. Zwei Frauen bei ihrer Arbeit. Die Taxifahrerin chauffiert die Filmschauspieler-Agentin, die ständig auf der Suche — das drahtlose Telefon immer bereit in der Handtasche — nach neuen Talenten ist.

Hektisch, grell, mit Farbigen ghettos New York, wo sich der noch unbeholfene Taxifahrer Helmut aus der ehemaligen DDR, gespielt von Armin Mueller-Stahl, zurechtfinden soll. Enthält auch ein amüsantes Wortgeplänkel über den Namen „Helmut“.

Paris mit seiner Kulisse einer historischen europäischen Weltstadt. Der Taxifahrer, ein Einwanderer von der Elfenbeinküste, setzt seine ersten Fahrgäste, zwei afrikanische Diplomaten, wütend und verbittert mitten im nächtlichen Paris ab. Sie haben sich über ihn lustig gemacht. Sei-

ne nächste Kundin, eine blinde Prostituierte, verblüfft ihn. In Rom, Stadt der Kirchen, Heiligen und Priester ist der Taxifahrer ein Sexbegeisterter, dem angesichts seines Fahrgastes — eines Priesters — die nicht zu bändigende Lust auf Beichte widerfährt. Schließlich Helsinki, leicht verschneit, verträumt. Nachdem der Taxifahrer drei Kumpels aufgenommen hat, von denen einer sich fast bis zur Bewußtlosigkeit betrunken hat, wird die scheinbar friedliche Stille dieser Nacht durchbrochen. Arbeitsplatzverlust und Familientragödien beschäftigen die vier Männer im Taxi.

Seine Spannung gewinnt der Film durch das unvorhergesehene Aufeinandertreffen unterschiedlichster sozialer und persönlicher Erfahrungen der Beteiligten. — (ccs)

## Der Macho, die Mutter und die Moral

Welche Überlegungen dem Film „Ilona und Kurt“ den Ernst Lubitsch Preis für die beste deutschsprachige Komödie 1992 eingebracht haben, ist schwer vorstellbar.

Weder ist er lustig, noch gelingt die Umsetzung seines offenkundigen Anliegens.

Die Zuschauer merken schon, daß der Film gegen Ausländerdiskriminierung und speziell gegen die Diskriminierung von Frauen nichtdeutscher (bzw. hier nichtösterreichischer) Nationalität eintreten will. Das ist aber wenig überzeugend dargestellt mit oft platten Dialogen und Mitteln, die eher eine Umkehrung dieses Anliegens bewirken.

Ort der Handlung: Salzburg. Da leben der plumpe Macho Kurt und seine ebenso plump und tief rassistische Mutter, die soeben das Haus einer verstorbenen Tante betrügerisch an sich gerafft haben.

Da kommt Ilona, aus der Türkei, nicht deutsch sprechend, aber zweifellos die Tochter und Erbin der Tante. Die Mißverständnisse und Schwierigkeiten, die damit auftreten, daß Ilona völlig fremd ist, kein Wort versteht und alles andere als erwünscht ist, wirken über weite Strecken mehr diskriminierend als komisch. Nach einem mißlungenen Mordversuch wird festgelegt: Kurt muß Ilona heiraten. Kurts Traumfrau aber trägt weder Kopftuch noch lange Röcke und möglichst auch keine Unterwäsche.

Dem widersetzt sich Ilona, die sich auch ohne Sprachkenntnisse zu helfen weiß und schnell merkt, was gespielt wird; sie will diese Art der „Integration“ nicht, sondern weiterhin so leben und aussehen, wie sie es gewohnt ist. Sie behält ihr Erbe und erzielt bei den Verkaufsverhandlungen ums Haus einen erheblich höheren Preis als die Summe, die

Kurt und seine Mutter überhaupt verlangt hatten.

Und die Sprache lernt sich auch schneller, als es vor allem Kurts Mutter lieb ist.

Leider ist diese Entwicklung nicht von Dauer. Ilona muß sich aus nicht näher dargestellten, schwer nachvollziehbaren Gründen in Kurt verlieben, paßt sich an und wird — nach seinen Maßstäben, die sie zunächst zurecht als entwürdigend empfindet — attraktiver als seine bisherige Freundin, die er auf Mutters Geheiß fallenlassen mußte. Kurt „scheißt auf die Mutter“, Ilona auf „die Moral“.

Die rassistische Mutter steht am Ende allein in jeder Hinsicht vor einem Trümmerhaufen (allerdings ohne daß eine wirkliche Kritik an ihren Auffassungen deutlich geworden wäre). Kurt hat Ilona und die Erbschaft; aber Ilona hat die Möglichkeit, ein eigenständiges Leben zu führen, vertan. — (evc)

## Verfilmung von Emily Brontës Roman „Sturmhöhe“

„Sturmhöhe“ ist der Name eines Gutshofs in der Moorlandschaft Yorkshires in Mittelengland. Der einzige Roman, den Emily Brontë schrieb, erschien 1847 unter diesem Titel. Den Namen, „Wuthering Heights“, erklärt sie selber: „Wuthering“ ist ein trefflicher mundartlicher Ausdruck, um den Aufruhr der Lüfte zu beschreiben, dem dieser Ort bei stürmischem Wetter ausgesetzt ist.“

Ein passender Rahmen für das aufrührerische und wilde Mädchen, das hier heranwächst, die Gutsbesitzerstochter Cathy. Zehnteiligt sie ihre Liebe zu dem Findeljungen Heathcliff, den ihr Vater ins Haus gebracht hat. Nach dem Tod des Vaters trotz sie dem unterdrückerischen Regime ihres Bruders, der Heathcliff die schwere Arbeit verrichten läßt und ihn zu brechen versucht.

Cathy schwankt zwischen ihrem Wunsch, der erstickenen Atmosphäre des Hauses zu entfliehen, ein angenehmes Leben in Schönheit und Reichtum zu

führen, wie es ihr auf dem Nachbargut vorgeführt wird, und der Bindung an Heathcliff, den sie als gleichartig, als ihr eigenes Sein empfindet. Ohne Liebe heiratet sie den Nachbarn. Heathcliff geht außer Landes, kehrt reich und rachsüchtig zurück. Cathy stirbt früh an der Schwindsucht.

Bis hierher schildert Emily Brontë ihre Menschen als Charaktere, deren Leidenschaften wie Naturgewalten auf ihr eigenes Leben und auf andere wirken und Glück und Ruhe zerstören. Sie unterwirft sie jedoch keiner moralischen Beurteilung. Ihre Kunst besteht in der Herausarbeitung der unlöslichen Widersprüche.

Sie behauptet, daß diese Liebe mit Cathys Tod nicht beendet ist, sondern daß die beiden Seelen mystisch weiter ihre Vereinigung suchen.

Nach vielen Jahren glaubt ein Gast nachts in dem verfallenen und trostlosen Wuthering Heights Cathys Erscheinung zu sehen. Heathcliff stürzt zu ihr

hinaus. Der Arzt, der ihn tot zurückbringt, erzählt, er habe beide gesehen, dann aber Heathcliff allein gefunden.

Der Regisseur William Wyler drehte vor über fünfzig Jahren in den USA einen Schwarzweißfilm nach diesem Roman, der jetzt in einigen Programmkinos zu sehen ist.

Das Drehbuch streicht die Romanhandlung auf die Liebesgeschichte von Cathy und Heathcliff zusammen und läßt die verzweigte Entwicklung der Romanhandlung über zwei Generationen weg. Die Spannung wird erhöht durch eine knappe Rahmenhandlung. Zu Beginn kommt der Gast nach Wuthering Heights während eines Schneesturms, sieht die Erscheinung und erfährt während der Suche nach Heathcliff in der Rückblende die Geschichte, die in der Gegenwart mit Heathcliffs Tod endet.

Der Film glänzt durch gute Schauspieler, in den Hauptrollen mit Merle Oberon und Laurence Olivier. — (anl)



Heathcliff auf der Suche nach Cathy

### Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Im Halbjahres-/Jahresabo (26- bzw. 52- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39- DM je Einzelabo).

☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

.....

(Bank Unterschrift)

### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226. Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czerninski 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26- DM (Förderabo 39- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52- DM (Förderabo 78- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AG, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage „Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken“.

### Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninski 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1  
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

### für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz